

Initiativkreis deutscher Regionen in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen

Abschlussbericht des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO)



Vorwort

Inhalt

1	Das MORO „Initiativkreis deutscher Regionen in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“	6
	1.1 Von grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen zu metropolitanen Grenzregionen	7
	1.2 Der „Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen“ (IMeG)	9
2	Metropolitane Grenzregionen in Europa	14
	2.1 Metropolitane Grenzregionen als neuer Raumtyp	15
	2.2 Bedeutung und Rolle im europäischen Kontext	24
3	Neu aufstellen: Metropolitane Governance in Grenzregionen	26
4	Strategien für starke metropolitane Grenzregionen	34
5	Mit gutem Beispiel vorangehen – Leitprojekte mit operativer Ausrichtung	44
	5.1 Grenzüberschreitende Mobilität fördern	45
	5.2 Kräfte in Grenzregionen bündeln, Infrastrukturen vernetzen	49
	5.3 Umweltschutz und Kulturlandschaft grenzüberschreitend entwickeln	51
	5.4 Metropolitane Grenzregionen als gemeinsame Wirtschafts- und Wissenschaftsräume stärken ..	53
6	Über nationale Grenzen hinaus schauen – Grenzüberschreitende Raumb Beobachtung ..	56
7	Kooperation und Konflikte besser managen	62
8	Der Schritt auf die europäische Ebene – Europäische Konferenz in Luxemburg	72
	8.1 Ziele der Konferenz	73
	8.2 Konferenzergebnisse	77
9	Zukunftsperspektiven des IMeG	82
	Verzeichnisse	84
	Abkürzungsverzeichnis	85
	Abbildungsverzeichnis	86
	Tabellenverzeichnis	87
	Literaturverzeichnis	87
	Bildnachweis	93
	Impressum	94

1. Das MORO „Initiativkreis deutscher Regionen in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“

Kapitel 1 im Überblick

Der Schritt, der mit der Initiierung des Modellvorhabens der Raumordnung zu grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen (MORO güV) und vor allem mit der Etablierung des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) gegangen wurde, war essentiell für die Diskussion um metropolitane Grenzregionen (MGR) in Deutschland. Bereits in der ersten MORO-Phase wurden wichtige Grundlagen für die spätere Arbeit des IMeG gelegt. Sie festigten das Netzwerk, gaben Orientierung für dessen strategische Ausrichtung und dienten sowohl der Positionierung auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Der mit den beiden Modellvorhaben eingeschlagene Weg wird heute – fünf Jahre nach dem Start des MORO güV und zwei Jahre nach der IMeG-Gründung in Berlin – von der Bundesebene als Erfolg gewertet (Erdmenger 2012). Diese Sichtweise wird von den Projektpartnern geteilt, da mit dem Modellvorhaben insgesamt eine gute und systematische Basis gelegt wurde, auf der die metropolitenen Grenzregionen auch in Zukunft weiterhin aufbauen können (Hüser 2012).

1.1 Von grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen zu metropolitanen Grenzregionen

Die Diskussion um die raumordnungspolitischen Leitbilder und Handlungsstrategien des Bundes und der Länder (BBR/BMVBS 2006: 8), die 2006 von der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) beschlossen wurden, gab den entscheidenden Impuls für das Modellvorhaben der Raumordnung zu grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen: Die wirtschaftlich starken Grenzregionen sahen sich in ihrer Rolle für die zukünftige raumstrukturelle Entwicklung in Deutschland nicht angemessen berücksichtigt. Dies galt insbesondere für das Konzept der europäischen Metropolregionen, die in ihrer Motorenfunktion für Wachstum und Innovation wie auch für die sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen einen zentralen Baustein des Leitbildes „Wachstum und Innovation“ darstellen. Die Notwendigkeit, dieses Konzept auch auf grenzüberschreitende Verflechtungsräume wie z.B. die Oberrheinregion oder den deutsch-belgisch-niederländischen Grenzraum auszuweiten, lag somit auf der Hand (BBR/BMVBS 2006: 44; vgl. auch Sinz 2007).

Die deutschen Binnenmetropolregionen schlossen sich 2001 in einem Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland (IKM) zusammen. Während in Deutschland der IKM die Diskussion um Rolle und Position der Metropolregionen vorantrieb, befassten sich einige Nachbarstaaten schon frühzeitig mit Initiativen, die über nationalstaatliche Grenzen hinausgingen. So haben grenzüberschreitende Verflechtungsräume Eingang in die Überlegungen zur Neuausrichtung der raumordnungspolitischen Systeme in Frankreich und der Schweiz gefunden – allerdings blieben die Ansätze auf den engeren Umgriff der grenzüberschreitenden Agglomerationen begrenzt (s. auch Hartz/Damm/Köhler 2010: 503ff).

Einen wichtigen Beitrag leistete das ESPON¹-Projekt Metroborder, das sich mit Grenzüberschreitenden Polyzentrischen Metropolregionen (GPMR) und deren Potenzialen für das Zusammenwachsen der EU beschäftigte (ESPON/University of Luxembourg 2010). Ansatzpunkt war die Erkenntnis, dass Grenzregionen zu einem prosperierenden Europa und zur Umsetzung der EU-Strategie Europa 2020 beitragen können, die nationale Fokussierung dem allerdings im Weg steht (ESPON/University of Luxembourg 2010: 5). In zwei Fallstudien, Großregion und Oberrhein, konnte aufgezeigt werden, dass diese Regionen eine „wichtige, neu entstehende Erscheinung der europäischen Raumordnung sind und große Entwicklungspotenziale bergen“ (ESPON/University of Luxembourg 2010: 15).

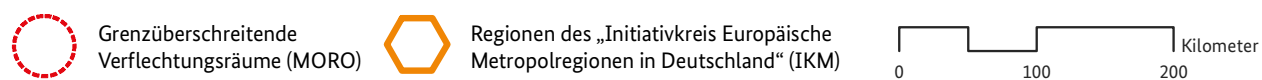
Diese Initiativen eröffneten die metropolitane Perspektive für Grenzregionen und waren damit nicht zuletzt Unterstützer für das Modellvorhaben der Raumordnung zu grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen – kurz MORO güV². Das MORO güV wurde durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in Kooperation mit der Regio Aachen (jetzt Zweckverband Region Aachen), den Regionalverbänden Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein, Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben sowie dem Saarland als federführendem Partner im Jahr 2008 gestartet. Die regionalen Partner repräsentieren Institutionen innerhalb der Euregio Maas-Rhein, der Großregion³, der Trinationalen Metropolregion Oberrhein und der Bodenseeregion. Im Februar 2011 legte die MORO-Partnerschaft ihren Abschlussbericht für die zweijährige Arbeitsphase vor (BMVBS 2011).

1 ESPON = European Spatial Planning Observation Network

2 Im Rahmen des MORO „Überregionale Partnerschaften in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“ (MORO güV) wurde die IMeG-Partnerschaft zwischen 2008 und 2011 auf den Weg gebracht. Von 2011 bis 2013 wurde die Partnerschaft im Rahmen des MORO „Initiativkreis deutscher Regionen in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“ gefördert.

3 Die Abkürzung „Großregion“ meint die Großregion Saarland – Lorraine – Luxemburg – Rheinland-Pfalz – Région Wallonne – Communauté Française de Belgique und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Abb. 1: Die Metropolregionen in Deutschland und die Regionen des MORO zu grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen
(Kartographie: agl auf der Basis von Geodaten des BBSR und Website IKM)



Das MORO setzte sich zum Ziel, die wirtschaftlich starken Grenzregionen in den Fokus der Raumentwicklung in Deutschland zu rücken. Ein weiteres Anliegen war und ist, auf die spezifischen Rahmenbedingungen der räumlichen Entwicklung in metropolitenen Grenzregionen aufmerksam zu machen. Obwohl die grenzüberschreitenden Kooperationen der MORO-Partner auf eine Jahrzehnte lange Tradition zurückblicken und diese auch an den Grenzen zum ehemaligen „Ostblock“ seit dem Fall des Eisernen Vorhangs zum Alltagsgeschäft gehören, entfalten nationalstaatliche Grenzen bis heute eine Barrierewirkung. Die Fokussierung auf nationale Politiken, unterschiedliche Planungs- und Verwaltungskulturen, funktionale und infrastrukturelle Doppelstrukturen, Sprachbarrieren sowie nicht zuletzt bis heute wirksame Stereotypen der Wahrnehmung der Nachbarn erschweren die Zusammenarbeit und eine abgestimmte territoriale Entwicklung in den Grenzregionen (BMVBS 2011: 9f). Diese Hemmnisse sind spezifisch für Grenzregionen und bestärken zugleich die Notwendigkeit zur grenzüberschreitenden Kooperation. Die Unterschiede dies- und jenseits der Grenze sind nicht zuletzt der Auslöser für enge (Pendler)Verflechtungen, eine wachsende grenzüberschreitende Mobilität und intensive wirtschaftliche Beziehungen.

1.2 Der „Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen“ (IMeG)

Die MORO-Partnerschaft verfolgte von Beginn an, sich zu einem Netzwerk zusammenzuschließen, um gemeinsam die Interessen der metropolitenen Grenzregionen besser vertreten zu können.

Die Gründung des IMeG am 17. März 2011 in Berlin ist das Ergebnis der intensiven zweijährigen Arbeitsphase im Modellvorhaben zu grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen. Um die Arbeit der IMeG-Regionen zu metropolitenen

Grenzregionen zu festigen, wurde die zweijährige Startphase des Netzwerks im Rahmen des MORO „Initiativkreis deutscher Regionen in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“, kurz MORO IMeG, von Seiten der Bundesraumordnung unterstützt.

Mitglieder und Organisationsstruktur

Die Projektpartner, die bereits im MORO gÜV zusammengearbeitet haben, sind zugleich die aktuellen Mitglieder des IMeG. Mit dem Beitritt der Euregio Maas-Rhein im Sommer 2013 ist erstmals eine MGR auch mit ihren Teilräumen jenseits der deutschen Grenze im IMeG vertreten. Das Land Rheinland-Pfalz ist als assoziiertes Mitglied der Partnerschaft beigetreten. Der IMeG ist offen für weitere Mitglieder; dies gilt einerseits für die Teilräume der IMeG-Regionen in den Nachbarländern, aber auch für weitere Grenzregionen, sofern deren räumliche und funktionale Strukturen dem Selbstverständnis und den Zielen des IMeG entsprechen.

Selbstverständnis

Der IMeG versteht sich nicht als Konkurrenz zu den etablierten Kooperationsstrukturen in Grenzregionen, sondern möchte die bestehenden Strukturen unterstützen, um die territoriale Zusammenarbeit und die grenzüberschreitende metropolitane Raumentwicklung weiter voranzutreiben. Da es sich bei den Mitgliedern im Kern um für räumliche Planung und Entwicklung zuständige Institutionen handelt, stehen – vergleichbar dem IKM – der raumordnungs- politische Auftrag und der regionale Entwicklungsansatz im Vordergrund der gemeinsamen Arbeit. Die territoriale Perspektive ist damit entscheidend für das Selbstverständnis des Netzwerks.

Ziele

- 1. Die Partnerschaft sieht die Notwendigkeit, eine auf funktionale Integration und Metropolisierung ausgerichtete Strategieentwicklung mit konkreten Projekten zu verbinden – Kooperationsstrukturen und regionale Governance sollen dazu weiterentwickelt werden.**

Ein Vorteil ist, dass wichtige Phasen des „Region-Building“ in den IMeG-Regionen bereits durchlaufen wurden. Nun steht die Effektivierung der Regionalisierungsprozesse an; dafür müssen bestehende und für Grenzregionen spezifische Barrieren aktiv abgebaut und gemeinsame Sichtweisen auf die Grenzregionen entwickelt werden. Es geht darum, die regionale Governance für eine auf territoriale Integration und Metropolisierung ausgerichtete Strategieentwicklung und Projektarbeit weiterzuentwickeln.

- 2. Die Partnerschaft engagiert sich dafür, europäische und nationale Förderpolitiken besser anzuwenden und zu synchronisieren. Das bedeutet: mehr Abstimmung mit den Nachbarstaaten in der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung!**

Das frühere INTERREG- bzw. heutige Mainstream-Programm Ziel 3 – Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) – hilft dabei, Kooperationen unter schwierigen Rahmenbedingungen zu erproben und auszubauen. Allerdings reicht das zukünftig nicht aus, um verstärkt Impulse in der Wirtschafts- und Raumordnungspolitik zu setzen, infrastrukturelle Herausforderungen in Grenzregionen zu bewältigen, konfliktreiche Themen anzupacken oder Systemdifferenzen zu überwinden. Der IMeG möchte sich deshalb dafür einsetzen, die Förderansätze auf nationaler Ebene auf die Grenzregionen auszuweiten, adäquate Förderprogramme einzustellen und Programme zu synchronisieren.

- 3. Die Partnerschaft möchte ein lernendes Netzwerk etablieren und das Selbstverständnis der metropolitanen Grenzregionen als Entwicklungsmotoren ausbauen.**

Die Partner engagieren sich für die metropolitanen Grenzregionen und entwickeln Strategien zur Förderung dieses Raumtyps stetig weiter – im Sinne eines lernenden Netzwerkes. Der IMeG will – aufbauend auf den Ergebnissen des 2008 begonnenen MORO-Prozesses – das Selbstverständnis der metropolitanen Grenzregionen vertiefen, diese Räume profilieren und gemeinsam Position beziehen. Gerade der letzte Punkt ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, im Rahmen der deutschen Raumentwicklungspolitik wie auch in größeren Netzwerken auf europäischer Ebene gemeinsam aktiv zu werden und die Interessen der metropolitanen Grenzregionen wirksam zu vertreten.

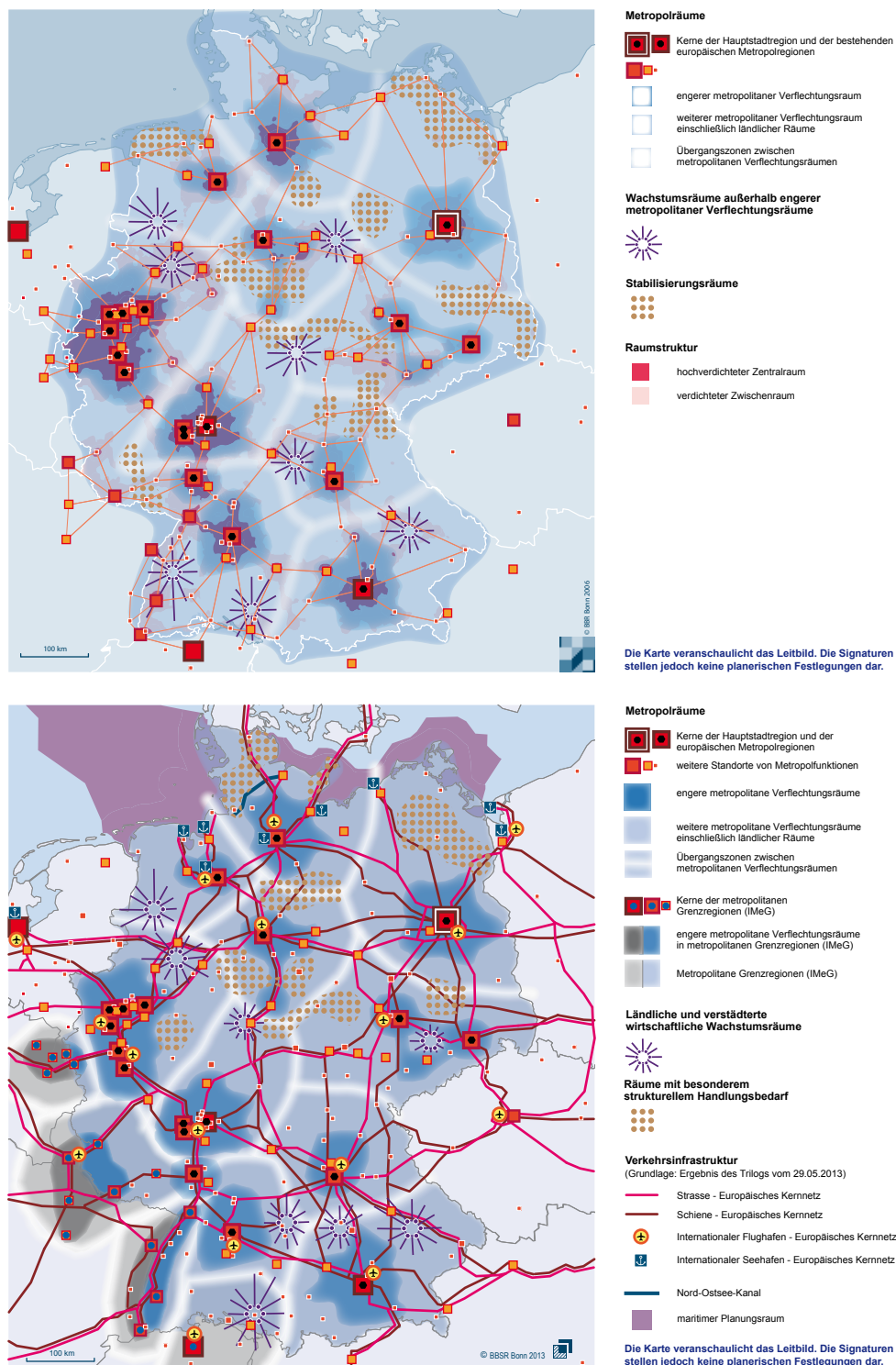
- 4. Die Partnerschaft setzt sich dafür ein, metropolitane Grenzregionen als „motorische“ Räume in den Leitbildern der Raumentwicklung zu verankern und auf dieser Basis eine Politik des Bundes und der Länder für diese Grenzregionen zu entwickeln.**

Hier lassen sich erste Erfolge verzeichnen: Der IMeG und seine Mitglieder begleiteten die Debatte um die Fortschreibung der Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland. Die metropolitanen Grenzregionen wurden auf Basis der Arbeiten des IMeG bereits im neuen Raumordnungsbericht auf Bundesebene berücksichtigt (BBSR 2012). Zudem ist vorgesehen, dass sie erstmalig Eingang in die Leitbild-Karte finden (s. Abb. 2).

- 5. Die Partnerschaft möchte die metropolitanen Grenzregionen im europäischen Raumentwicklungsdiskurs positionieren.**

Darüber hinaus setzt sich der IMeG für eine engere Verknüpfung nationaler Leitbilder mit europäischen Ansätzen zur Strukturentwicklung ein. Hierzu zählen beispielsweise die Fortschreibung der Territorialen Agenda der Europäischen Union 2020 (TAEU 2020), die Strukturfondsdebatte 2013+, das ESPON-Programm oder die Strategie Europa 2020. Um die mit der Strategie verbundenen Ziele zu verwirklichen, „benötigen wir integrierte, territorial differenzierte und institutionell akkordierte Antworten“, auch über administrative Grenzen hinweg, die innerhalb und zwischen Mitgliedsstaaten existieren (Streitenberger 2012).

Abb. 2: Die Leitbildkarte aus dem Jahr 2006 (oben; BBSR/BMVBs 2006: 40) und der Entwurf des Leitbilds für die Fortschreibung 2013 (unten; BBSR, Stand 20.08.2013)



6. Die Partnerschaft will den Initiativkreis in Europa besser vernetzen.

Der IMeG möchte weitere Partner für eine erfolgreiche Positionierung und Zusammenarbeit der metropolitanen Grenzregionen in Europa gewinnen. Gleichzeitig wird ein Erfahrungsaustausch mit europäischen Netzwerken wie der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) oder der Mission Opérationelle Transfrontalière (MOT) sowie anderen metropolitanen Grenzregionen in Europa angestrebt.

Aufgaben und Arbeitsprozess

Seit Gründung des IMeG baut die Partnerschaft ihre gemeinsame Arbeit inhaltlich und strategisch aus. Gerade in der Startphase wurde dabei der Vertiefung des gemeinsamen Selbstverständnisses mit Blick auf die Rolle metropolitaner Grenzregionen in Europa eine besondere Bedeutung beigemessen (s. Kap. 2). Die bereits im MORO güV identifizierten strategischen und operativen Handlungsfelder zur Förderung der metropolitanen Ausrichtung in Grenzregionen (BMVBS 2011: 76) dienten als Arbeitsgrundlage des IMeG auf der Suche nach regionalen Leitprojekten, die das Konzept der metropolitanen Grenzregionen unterstützen und veranschaulichen (s. Kap. 4 und 5). Auch die regionsübergreifenden Leitprojekte zu grenzüberschreitenden Geoinformationssystemen (GIS) und Kooperationsprozessen leisten hierzu einen entscheidenden Beitrag (s. Kap. 6 und 7). Der IMeG ist damit dem Auftrag des Bundes nachgekommen, eigene konzeptionelle Vorarbeiten durchzuführen und diese in den raumordnungspolitischen Diskussionsprozess einzubringen.

Der IMeG bemühte sich frühzeitig darum, mit den nationalen Teilräumen der Nachbarländer, aber auch mit anderen grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen, wie der EUREGIO/MONT-Region, der Grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin und der EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein, über eine mögliche Zusammenarbeit ins Gespräch zu kommen. Potenzielle Partner sind alle Grenzregionen, die intensive grenzüberschreitende Verflechtungen und metropolitane (Teil)Funktionen in einem polyzentrischen Raumgefüge integrieren sowie eta-

blierte grenzüberschreitende Institutionen aufweisen, oder Grenzregionen, die erkennbar auf dem Wege dorthin sind. Schnell wurde die Frage aufgeworfen, ob sich auch unter den Grenzregionen Deutschlands weitere metropolitane grenzüberschreitende Verflechtungsräume identifizieren lassen, deren deutsche Teilräume den Initiativkreis als Partner verstärken könnten. In einem längeren Prozess setzte sich die Partnerschaft mit dieser Fragestellung auseinander, suchte den Austausch und führte Gespräche mit Verantwortlichen vor Ort, um einen Eindruck der Regionen und ihrer grenzüberschreitenden Strukturen zu erhalten.

Darüber hinaus wurde ein intensiverer Austausch mit bundesweiten bzw. europäischen Netzwerken (IKM, MOT, AGEG) auf den Weg gebracht. Einen Beitrag zur Vernetzung auf europäischer Ebene hat insbesondere die europäische Konferenz „Metropolitane Grenzregionen in Europa“ geleistet, die am 19. und 20. November 2012 in Luxemburg stattgefunden hat (s. Kap. 8).

Positionsbestimmungen

Um sich mit den Zielen und Anliegen des IMeG an eine interessierte (Fach)Öffentlichkeit zu wenden, hat die Partnerschaft im November 2012 eine „Positionsbestimmung“ herausgegeben. Wichtige Botschaften sind, dass Grenzüberschreitende Polyzentrische Metropolregionen (GPMR) vor allem die Ziele der TAEU 2020 unterstützen: Sie leisten einen Beitrag zu territorialer Kohäsion und Kooperation in Europa. Als Wachstumsmotoren treiben sie die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Entwicklung in den europäischen Grenzregionen voran. Deshalb sind grenzüberschreitende Initiativen für Europa wichtig!

Mit den im Rahmen der Konferenz präsentierten „Luxemburger Thesen“ knüpfte der IMeG an die Straßburger Erklärung der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) vom 23. Februar 2007, an die EU-Strategie Europa 2020 und an die TAEU 2020 an. Die „Luxemburger Thesen“ sollen Anstoß geben, die grenzüberschreitende polyzentrische Raumentwicklung in der EU und die innovative Vernetzung von Stadtregionen und Städten weiter in den Vordergrund der nationalstaatlichen Raumordnungspolitik und der europäischen Kohäsionspolitik zu stellen (s. Kap. 8).



Initiativkreis Metropolitane
Grenzregionen

Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen

// Positionsbestimmung



Die Positionsbestimmung des IMeG finden Sie in deutsch, englisch und französisch auf www.metropolitane-grenzregionen.eu

2. Metropolitane Grenzregionen in Europa

Kapitel 2 im Überblick

Metropolitane Grenzregionen zeichnen sich durch spezifische konstituierende Merkmale aus:

1. intensive grenzüberschreitende funktionale Verflechtungen und Gemeinsamkeiten,
2. tradierte institutionelle Arrangements grenzüberschreitender Zusammenarbeit,
3. Großräumigkeit und polyzentrische Raumstruktur sowie
4. Metropolfunktionen und Potenziale für Wachstum und Innovation.

Die IMeG-Regionen sowie weitere europäische MGR wie die Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai oder Grand Genève liegen im europäischen Pentagon – dem wirtschaftsstärksten und bevölkerungsreichsten Raum Europas (BBSR 2010: 73f). Aber auch außerhalb des Pentagons gibt es dynamische und starke Grenzregionen: Zu ihnen zählen insbesondere die Öresundregion oder die centropé.

Nicht nur für die nationale Raumentwicklung, sondern auch für den europäischen Zusammenhalt spielen MGR eine wichtige Rolle: MGR sind das „Europa im Kleinen“, in dem EU-Gesetze und Richtlinien ihre direkte Wirkung zeigen, und zugleich „Laboratorien“ der europäischen Integration. Metropolitane Grenzregionen leisten einen Beitrag zur Umsetzung der Strategie EU-2020 und kurbeln die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas an. In Hinblick auf die europäische Regionalentwicklung fördern sie das territoriale Gleichgewicht und ein polyzentrisches Europa (Mehlbye 2012). Grenzüberschreitende territoriale Kooperation ist ein zentrales Element europäischer Kohäsionspolitik. Es liegt eine Chance darin, Grenzen als Ressource zu betrachten!

2.1 Metropolitane Grenzregionen als neuer Raumtyp

Zu Beginn des MORO zu grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen ging es darum, eine Annäherung und schließlich eine belastbare Definition für metropolitane Grenzregionen als (neuen) Raumtyp im europäischen Kontext zu finden. Grundlagen lieferten mehrere Workshops und Expertisen (TU Dresden 2009/2010a, b) zum Thema sowie die BBSR-Studie „Metropolräume in Europa“ (BBSR 2010). Im Ergebnis einigten sich die Partner auf konstituierende Merkmale, die die Eigenschaften der metropolitenen Grenzregionen und das Selbstverständnis der Partnerschaft zusammenfassen (BMVBS 2011: 40ff):

1. Metropolitane Grenzregionen zeichnen sich durch intensive grenzüberschreitende funktionale Verflechtungen und Gemeinsamkeiten aus.
2. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beruht auf tradierten institutionellen Arrangements.
3. Großräumigkeit und polyzentrische Raumstruktur prägen die Regionalisierung.
4. Die metropolitenen Grenzregionen integrieren metropolitane Funktionen und besitzen besondere Potenziale für Wachstum und Innovation.

Diese Merkmale kennzeichnen nicht nur die IMeG-Regionen, sondern auch andere MGR in Europa, wie die Öresundregion, die Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai, Grand Genève oder die centropé. Es handelt sich dabei um Grenzregionen mit hohem Potenzial für Wachstum, Integration sowie eine kohärente Raumentwicklung in Europa.

1. Intensive grenzüberschreitende funktionale Verflechtungen und Gemeinsamkeiten

Ein Blick auf die Karte der IMeG-Regionen zeigt, dass diese in ihren Kernbereichen grenzüberschreitende Agglomerationen oder Städtennetze mit intensiven funktionalen und räumlichen Verflechtungen umfassen. Die Verflechtungen spiegeln sich vor allem im Bereich der Wirtschaftskluster, Arbeitsmärkte und Ausbildungsangebote, Dienstleistungen im Einzelhandel oder Gesundheitswesen, der Verkehrsnetze oder auch der Kultur- und Freizeitangebote wider. Intensität und Reichweite der grenzüberschreitenden Verflechtungen sind wichtige Indikatoren für die funktionale Integration in den Grenzregionen. Die konkrete Analyse ist vor dem Hintergrund der schwierigen Datenverfügbarkeit, des hohen Erhebungsaufwands und fehlender Vergleichbarkeit der Datensätze jedoch keine leichte Aufgabe.

Ein Indikator, der die intensiven Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt und das enge Kooperationsgeflecht in metropolitenen Grenzregionen gut abbildet, sind die Pendlerverflechtungen. Zwar sind insgesamt nur 7% der EU-Bevölkerung grenzüberschreitend mobil, aber 80% dieser Mobilität findet in Grenzregionen statt (Euro-Institut 2010: 20). So erreicht die Zahl der interregionalen Grenzpendler in der Großregion Spitzenwerte in Europa (ESPON/University of Luxembourg 2010: 47ff). Rund 211.000 Personen pendelten hier 2011 zu ihrem Arbeitsplatz, wobei Luxemburg mit ca. 155.000 Personen (ca. 3/4 aller Grenzpendler) die höchste Einpendlerzahl aufwies (s. Abb. 5). Die Hälfte der in Luxemburg arbeitenden Einpendler hat einen Wohnsitz in Frankreich, je ein Viertel kommt aus Belgien und Deutschland (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2012: 84). Das Phänomen der steigenden Zahl der Grenzpendler in Richtung Luxemburg wird schon seit drei Dekaden beobachtet (Gerber/Enaux 2012: 6); auch in Zukunft wird die Zahl der Pendler in der Region wohl weiter steigen.

Abb. 3: Grenzgängerströme in der Großregion 2011 (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2013; Quellen: IGSS: BA: INAMI; INSEE (Schätzungen))



Hinweis: Die Zahlen der ein- und auspendelnden Grenzgänger in den einzelnen Regionen können nicht gegeneinander aufgerechnet werden, da das Einzugsgebiet des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes über das Gebiet der Großregion hinausreicht. Daher ist die Zahl der grenzüberschreitenden Einpendler in die Großregion höher als die der aus den Teilgebieten auspendelnden Personen.

Abb. 4: Mitgliedshochschulen der Internationalen Bodensee-Hochschule (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben/Regionalverband Hochrhein-Bodensee: 26)



Auch im wissenschaftlichen Bereich – gerade wenn es um die Zusammenarbeit zwischen Universitäten geht – entstehen immer stärkere Austauschbeziehungen. Die Bodenseeregion ist mit knapp 30 akademischen Einrichtungen bei ca. 3,8 Mio. Einwohnern ein grenzüberschreitender Ort des „Wissens“. Die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH) verbindet über 27 Hochschulen in den verschiedenen Teilen des grenzüberschreitenden Verflechtungsraums und steht in enger Kooperation mit Unternehmen vor Ort. Es handelt sich dabei um Verflechtungen, die insbesondere das Leitbild „Wachstum und Innovation“ unterstützen (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben/Regionalverband Hochrhein-Bodensee 2010: 27).

Dabei beschränken sich intensive funktionale Verflechtungen primär auf den grenznahen Raum und bilden keineswegs den administrativen Rahmen der grenzüberschreitenden Kooperation, beispielsweise der Großregion oder der Trinationalen Metropolregion Oberrhein, ab (TU Dresden 2010b: 8). Generell sind größere Regionsabgrenzungen aber wichtig, um eine verstärkte internationale Wahrnehmbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit im Sinne des Metropolenkonzepts erreichen zu können. Es bedarf einer kritischen Masse, um als grenzüberschreitende Region überhaupt in den Blick genommen zu werden, und eines großräumigen Zuschnitts, um spezifische Entwicklungspotenziale unterschiedlicher Teilräume identifizieren und nutzen zu können.

2. Tradierte institutionelle Arrangements grenzüberschreitender Zusammenarbeit

In den IMeG-Regionen konnten sich stabile institutionelle Kooperationsstrukturen ausbilden, die in dieser Form nur wenige Metropolregionen in Deutschland aufweisen. Die bestehenden institutionellen Arrangements bieten die Chance, neue Konzepte metropolitaner Governance anzudocken. Zugleich bedeutet die Anpassung langjähriger Routinen und administrativer Handlungsräume der grenzüberschreitenden Kooperation eine besondere Herausforderung.

Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre nutzten die heutigen IMeG-Regionen die ersten Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Kooperation, um darauf aufbauend offizielle Regierungskommissionen mit teils räumlichen Regionalausschüssen bzw. Regionalkommissionen und entsprechenden thematischen Arbeitsgruppen zu gründen. Gemeinsam wollte man auf diese Weise den Problemen dies- und jenseits der Grenze besser entgegenwirken. So wurden u.a. in der Euregio Maas-Rhein die Stiftung Euregio Maas-Rhein (1975), in der Großregion die Deutsch-Französisch-Luxemburgische Regierungskommission und die Regionalkommission Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier/Westpfalz (1969-1971), am Oberrhein die Deutsch-Französisch-Schweizerische Regierungskommission und die spätere Oberrheinkonferenz (1975) bzw. die Internationale Bodenseekonferenz (1972) mit ihrer Konferenz der Regierungschefs und den thematischen Kommissionen als administrative grenzüberschreitende Organe ins Leben gerufen.

Die späten 1980er und frühen 1990er Jahre standen im Zeichen des kontinuierlichen Ausbaus der grenzüberschreitenden Institutionen: Legislative Organe wie der Interregionale Parlamentarierrat (1986) als das legislative Organ der Großregion, der Bodenseerat (1991) in der Bodenseeregion, der Euregiotrat (1995) in der Euregio Maas-Rhein oder der Oberrheinrat 1997 zwischen dem Elsass, Baden, der Nordwestschweiz und der Südpfalz wurden eingerichtet.

Mit der in den 1990er Jahren durch die Europäische Kommission eingeführten Gemeinschaftsinitiative INTERREG kam es zu einem Schub in der grenzüberschreitenden Kooperation: Eine Vielzahl von Projekten mit verschiedensten thematischen Schwerpunkten wurde seitdem durchgeführt. Mittlerweile ist INTERREG als Ziel 3 „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ in die Mainstreamförderung der EU integriert. Die wesentlichen Elemente des Förderprogramms wie Konsultation, Partnerschaftsprinzip, Kofinanzierungsnotwendigkeit, Programmplanung und -begleitung wurden über die Jahre weiterentwickelt (Euro-Institut 2010: 7f). Seit mehr als 20 Jahren stellt die EU den europäischen Regionen Finanzmittel im Rahmen von INTERREG bzw. ETZ zur Verfügung – eine Erfolgsgeschichte, die auch in der fünften Förderperiode fortgesetzt (2014-2020) werden soll.

Erst später, ab dem Jahr 2000, setzte eine „ebenesspezifische Differenzierung“ ein – eine Phase, in der beispielsweise kommunal getragene Eurodistrikte und Städtetnetze ins Leben gerufen wurden (Euro-Institut 2010). Die vorwiegend staatlich dominierten Strukturen wurden seitdem um netzwerkartige, nicht-institutionelle Formen der grenzüberschreitenden Kooperation mit Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft ergänzt (Blatter/Scherer 2006: 283).

Da hierarchische Steuerungsoptionen und formale Sanktionierungsmöglichkeiten im grenzüberschreitenden Kontext weitgehend fehlen, sind die Akteure somit auf ein freiwilliges Aushandeln von Interessen und eine konsensorientierte Zusammenarbeit angewiesen. Die entstandenen Kooperationsstrukturen und Praktiken stehen sinnbildlich

für das gemeinsame Ziel der Akteure, die Probleme in den Grenzregionen aktiv in Angriff zu nehmen. Die langjährigen Erfahrungen der Akteure und Institutionen bilden eine Schlüsselkompetenz für den territorialen Zusammenhalt in Europa. (Euro-Institut 2010)

In jüngster Zeit lässt sich eine Neuorientierung in der institutionellen Ausrichtung der Grenzregionen beobachten, die die metropolitanen Funktionen stärker repräsentieren sollen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Weiterentwicklung der Oberrheinregion zu einer Trinationalen Metropolregion oder die auf den ESPON-Ergebnissen (ESPO/University of Luxembourg 2011) gestützten Bemühungen zur Ausgestaltung einer Grenzüberschreitenden Polyzentrischen Metropolregion in der Großregion (s. Kap. 3).

Tab. 1: Phasen der Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Kooperation in den IMeG-Regionen (nach Euro-Institut 2010, aus: BMVBS 2011: 61; verändert)

Phase	Zeitraum	Merkmal	Ausprägung in den MORO-Regionen
Administrative Institutionenbildung	späte 1960er bis frühe 1970er Jahre	Erste administrative Erfahrungen und der systematische Aufbau grenzüberschreitender Beziehungen führen zur Gründung offizieller Regierungskommissionen mit teilträumlichen Regionalausschüssen bzw. Regionalkommissionen und entsprechenden thematischen Arbeitsgruppen bzw. zur Gründung von Stiftungen	Euregio: Gründung der Stiftung Maas-Rhein 1975 Großregion: Gründung der Deutsch-Französisch-Luxemburgischen Regierungskommission und der Regionalkommission Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier/Westpfalz 1969-1971 Oberrhein: Gründung der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Regierungskommission und der späteren Oberrheinkonferenz 1975 Bodensee: Gründung der Internationalen Bodenseekonferenz 1972 mit ihrer Konferenz der Regierungschefs sowie thematischer Kommissionen
Gouvernementale Differenzierung	späte 1980er bis frühe 1990er Jahre	Schaffung legislativer Organe	Euregio: Euregiorat 1995 Großregion: Interregionaler Parlamentarierrat 1986, dem ein Interregionaler Wirtschafts- und Sozialausschuss folgte Oberrhein: Oberrheinrat 1997 Bodensee: Bodenseerat 1991
Projektorientierte Professionalisierung	ab Beginn 1990er Jahre	Durchführung grenzüberschreitender Projekte	Insbesondere befördert durch die Implementierung und erfolgreiche Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG in allen vier Grenzregionen
Ebenenspezifische Differenzierung	ab 2000	Gründung von Eurodistrikten, Städtetnetzen, Durchführung von Agenda-Prozessen	Euregio: Eurodistrict Aachen-Heerlen (Projekt) Großregion: Eurodistrict SaarMoselle, Städtetnetz QuattroPole Oberrhein: 4 Eurodistrikte (REGIO PAMINA, Strasbourg-Ortenau, Freiburg/ Centre et Sud Alsace, Trinationaler Eurodistrict Basel) Bodensee: Bodensee Agenda 21

3. Großräumigkeit und polyzentrische Raumstruktur

Sowohl bei den binnendeutschen Metropolregionen als auch bei den metropolitanen Grenzregionen stehen großräumige Regionalisierungsprozesse im Vordergrund, um auf europäischer oder gar globaler Ebene wettbewerbsfähige Kooperations- und Handlungsräume etablieren zu können. Mit Beginn erster grenzüberschreitender Kooperationen wurden gleichzeitig die großräumigen Zuschnitte der IMeG-Regionen festgelegt und nach und nach erweitert, so in der Euregio Maas-Rhein, der Bodenseeregion und der Großregion (s. Abb. 5).

Die metropolitanen Grenzregionen zeichnen sich durch eine polyzentrische Raumstruktur aus (s. Abb. 6). Neben Agglomerationen und Stadtregionen integrieren sie auch ländlich strukturierte Räume. Die Zusammenarbeit von Städten, deren Umland und ländlichen Teilräumen sowie zwischen wachstumsstarken und strukturschwachen Teilräumen führt zu einer Funktions- und Arbeitsteilung, die sich zur Stärkung der Gesamtregion offensiv nutzen lässt: „In einem partnerschaftlichen Miteinander dieser strukturell und ökonomisch unterschiedlichen Regionstypen sollen alle Teilräume dazu beitragen, dass insbesondere Wachstum und Innovation gestärkt werden“ (BMVBS 2011: 15).

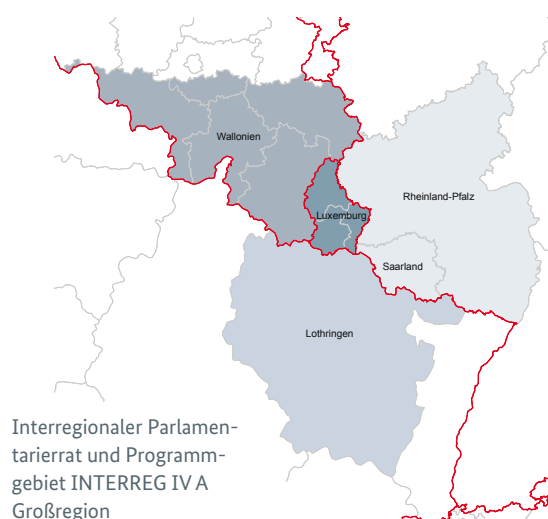
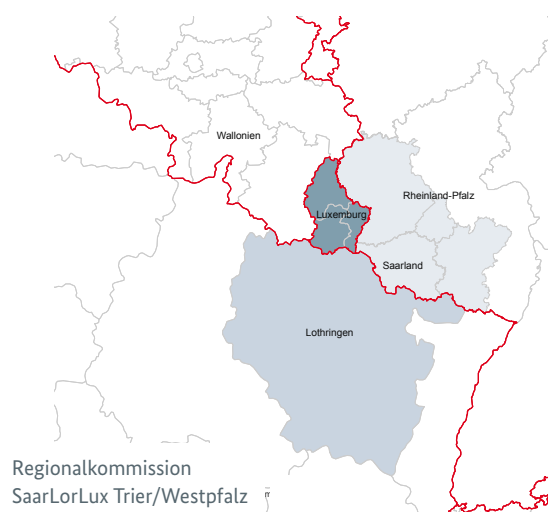
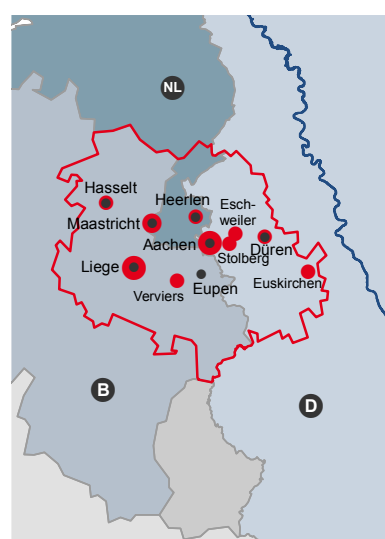
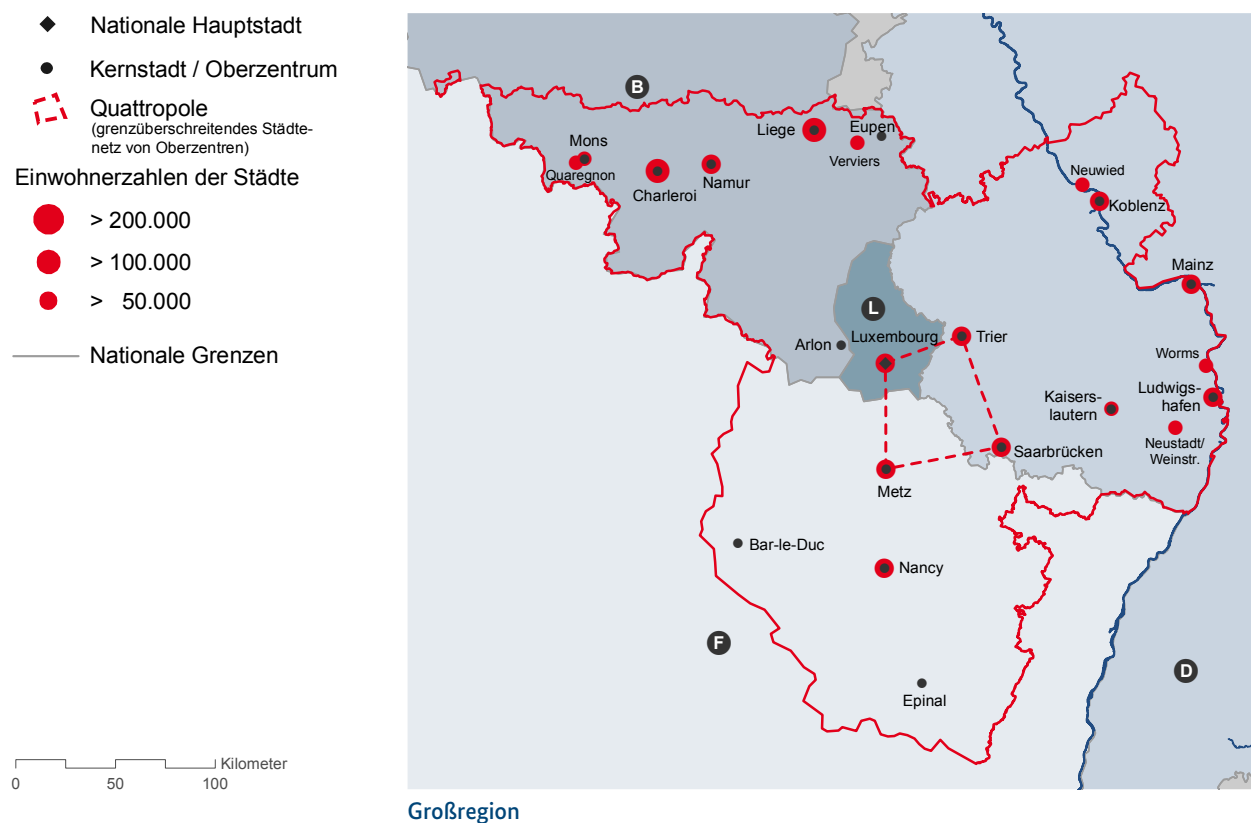
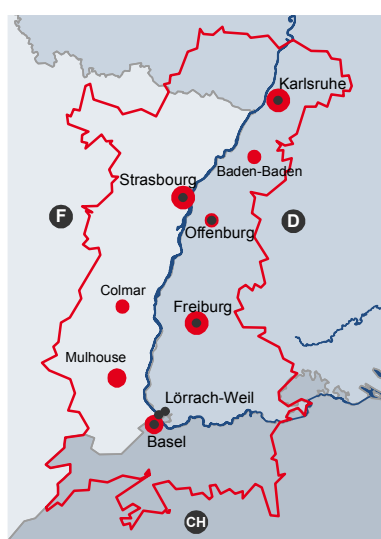


Abb. 5: Großräumige Regionalisierungsprozesse am Beispiel des SaarLorLux-Raums (Kartographie: agl auf der Basis von Geodaten des BBSR und der Regionen; s. hierzu Schulz 1997)

Abb. 6: Das polyzentrische städtische System in den vier IMeG-Regionen
(Kartographie: agl auf der Basis von Geodaten des BBSR und der Regionen; aus BMVBS 2011: 25, 27, 30, 32)



Euregio Maas-Rhein



**Trinationale Metropolregion
Oberrhein**



**Grenzüberschreitender
Verflechtungsraum Bodensee**

4. Metropolfunktionen und Potenziale für Wachstum und Innovation

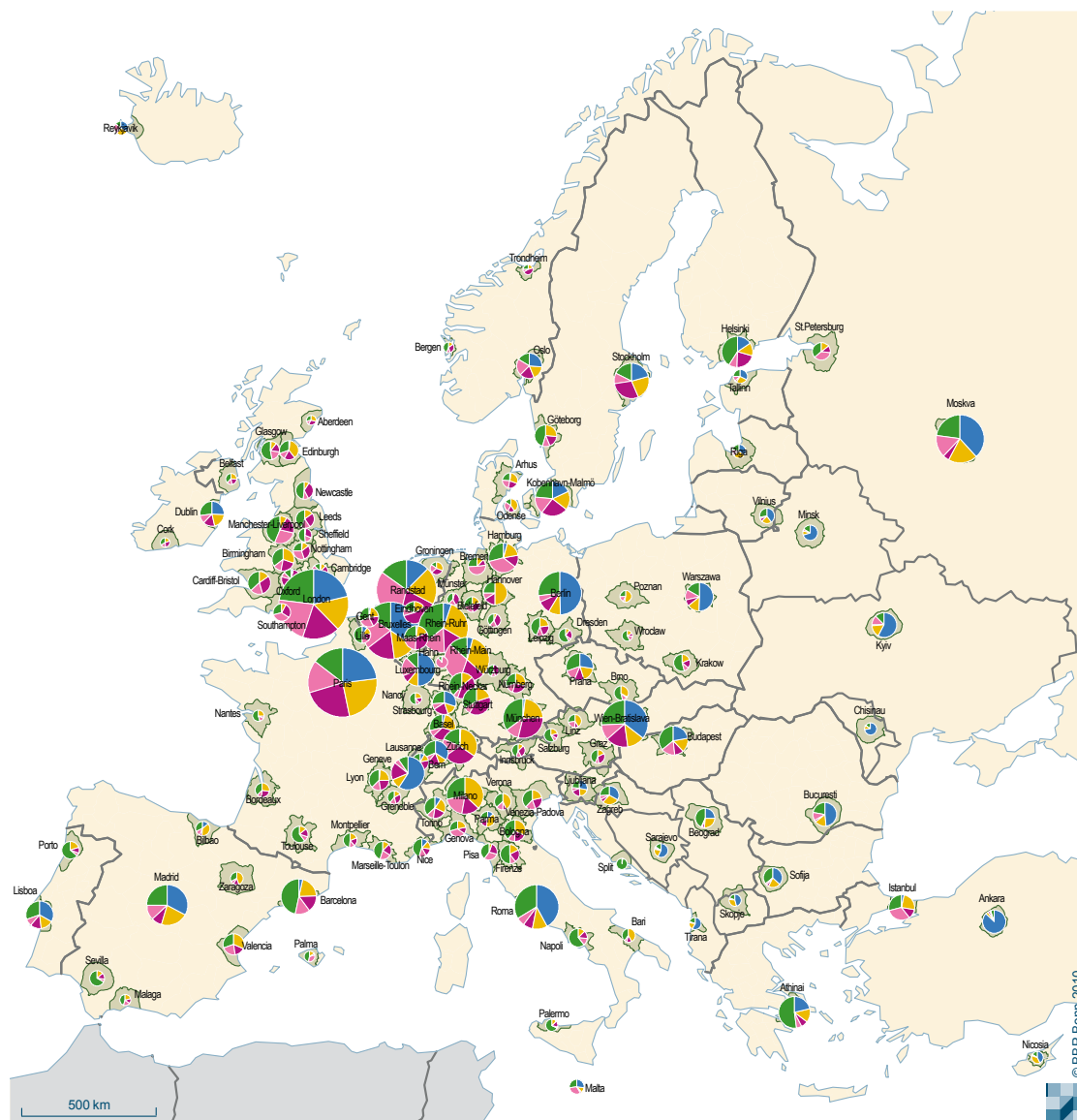
Ein wesentliches Merkmal der IMeG-Regionen sind ihre metropolitanen Standortfaktoren. Bereits 2005 kam eine vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) und dem Regionalverband Bodensee-Oberschwaben durchgeführte Fachveranstaltung zu dem Ergebnis, dass sich „deutliche Hinweise darauf ergeben, dass gerade bei grenzüberschreitenden Wachstumsräumen, vielleicht aber nicht nur bei diesen, das Konzept der Metropolregionen um andere Wachstumsmotoren zu ergänzen ist“ (Köhler 2007: 118).

Untermauert wurde das Ergebnis u.a. durch die BBSR-Studie zu „Metropolräume in Europa“ (BBSR 2010), die auf eine Neubestimmung der Metropolfunktionen, die Darstellung ihrer räumlichen Verteilung auf europäischer Ebene und eine Abgrenzung und Typisierung von Metropolräumen abzielten. Metropolräume im Sinne der Studie sind „solche Räume bzw. Orte, in denen sich die Metropolfunktionen in den Bereichen in hoher Dichte und Vielfalt räumlich konzentrieren“ (BBSR 2010: 6). Es konnte nachgewiesen werden, dass sich die Metropolfunktionen in erster Linie auf den Kernraum Mitteleuropas, vor allem auf das europäische Pentagon mit den Eckpunkten London, Hamburg, München, Mailand und Paris beziehen (BBSR

2010: 73f). Derzeit werden 46% des europäischen Bruttoinlandsproduktes (GDP) im Pentagon erwirtschaftet, das nur 14% der Fläche Europas ausmacht und in dem 32% der europäischen Bevölkerung leben. Die IMeG-Regionen liegen inmitten dieses Raumes und verfügen über metropolitane Teilfunktionen, die z.T. durchaus mit denen der binnendeutschen Metropolregionen vergleichbar sind (BMVBS 2011: 51). Aber auch außerhalb des Pentagons gibt es dynamische und starke Grenzregionen: Zu ihnen zählen u.a. die Öresundregion und die centrope.

Das Ergebnis der BBSR-Studie zu Metropolräumen in Europa wird durch die Analyse des ESPON-Projekts Metroborder unterstützt (ESPON/University of Luxembourg 2010: 15ff). Als Analysebasis diente u.a. die ESPON-Kategorie „Functional Urban Areas“ (FUA). Es zeigte sich, dass Grenzüberschreitende Polyzentrische Metropolregionen in Teilräumen über nicht zu unterschätzende metropolitane Qualitäten verfügen. Zudem wird deutlich, dass die Städte nur im polyzentrischen Gefüge der Grenzregionen einen Beitrag zur metropolitanen Dimension der Grenzregion leisten, es sich um komplementäre Elemente eines komplexen polyzentrischen Systems handelt. Neben den IMeG-Regionen entsprechen insbesondere die Öresundregion, die Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai, Grand Genève und die centrope den funktionalen Charakteristika metropolitane Grenzregionen in Europa.

Abb. 7: Räumliche Verteilung der Metropolfunktionen in Europa (BBSR 2010: 72)



Indexwert der Metropolräume
(normiert, Maximum = 100)



Anteile nach Funktionsbereichen

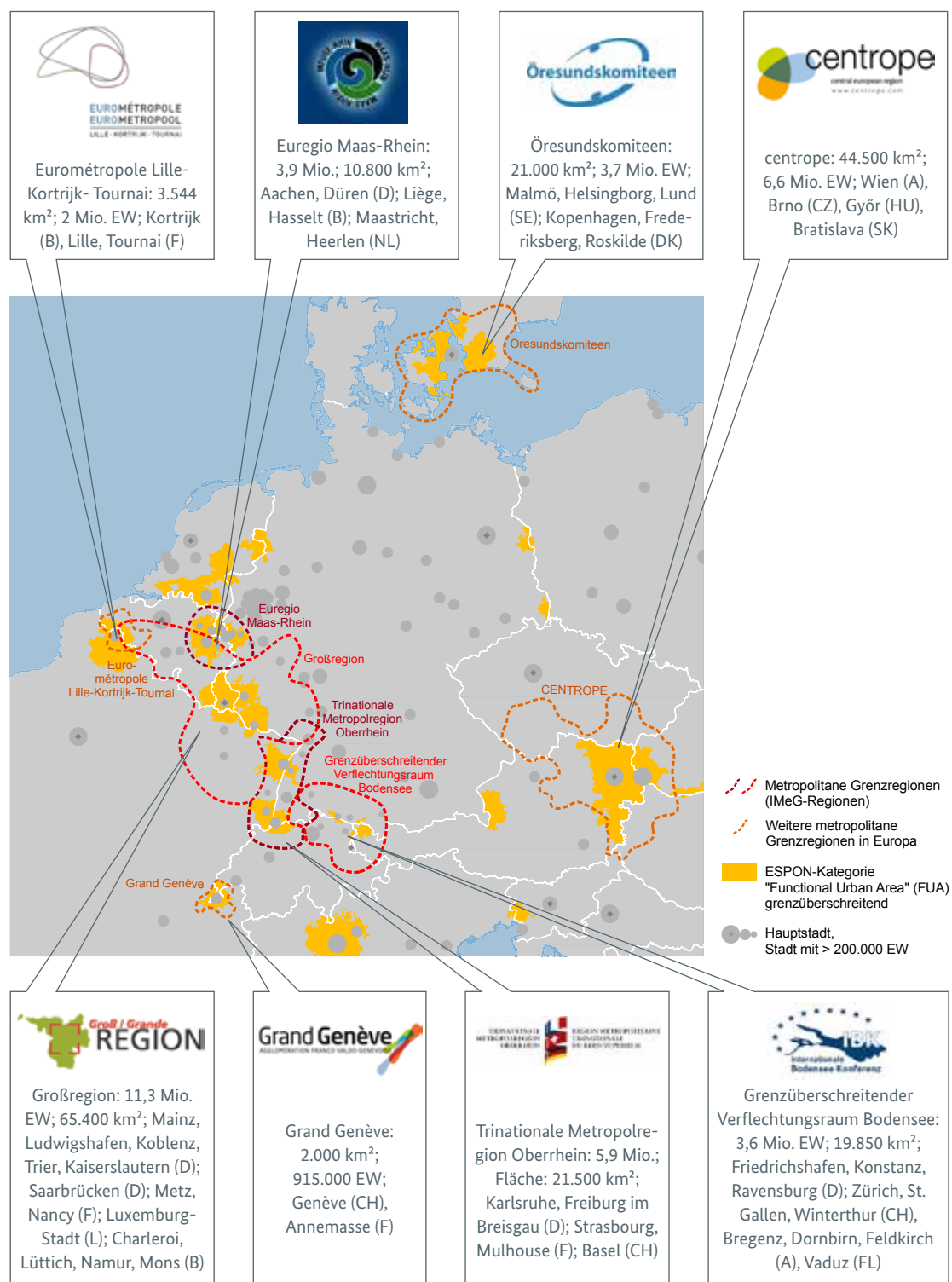


Bedeutende Metropolräume

London	100,0
Paris	97,9
Randstad	74,5
Bruxelles	66,8
Rhein-Ruhr	51,1
Moskva	47,2
Wien-Bratislava	45,1
Rhein-Main	41,2
Roma	40,8
Berlin	38,7

Datenbasis: Eigene Erhebung des BBSR
Geometrische Grundlage: GfK GeoMarketing,
BBSR LAU-2

Abb. 8: Die metropolitanen Grenzregionen in Europa (Kartographie: agl auf der Basis von Geodaten des BBSR, ESPON und der Regionen)



2.2 Bedeutung und Rolle im europäischen Kontext

„Europa im Kleinen“

Auf europäischer Ebene konnten durch das Schengener Abkommen, die Einheitliche Europäische Akte (EEA), den Vertrag von Maastricht und die Einführung des Euro im Rahmen der Währungsreform wichtige Schritte für das Zusammenwachsen Europas unternommen werden. Am deutlichsten zeigen sich deren Auswirkungen in den Grenzregionen und dem Alltagsleben der Bevölkerung. Grenzregionen sind Motoren des Integrationsprozesses und Wiege für intensive Verflechtungen über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg – das Europa im Kleinen. Für die Bewohner der Grenzregionen bieten sich viele Möglichkeiten, die aus der Grenzsituation erwachsen: Das spezifische Angebot an Arbeitsplätzen und Dienstleistungen, Bildungsstätten, kulturellen Aktivitäten und Freizeiteinrichtungen dies- und jenseits der Grenze sowie speziell auf Grenzräume ausgelegte Infrastrukturen und Angebote, wie bilinguale Kindergärten, Ausbildungsstätten und Studiengänge, werden gerne genutzt. (BMVBS 2011: 9)

Trotz der Erfolge der Europapolitik und den spezifischen Chancen von Grenzregionen zeigen sich hier auch die Herausforderungen eines Europas der Regionen (vgl. Hrbek/Weyand 1994): Die metropoliten Grenzregionen liegen aus Perspektive der Nationalstaaten in Randlage; dies spiegelt sich auch in den nationalen Politiken wider. Unterschiedliche administrative Kompetenzen und Zuständigkeiten der jeweiligen Nationalstaaten führen in den Grenzregionen zu komplexen Mehr-Ebenen-Verflechtungen und erfordern eine ständige nationale Rückbindung. Dies erschwert das gemeinsame grenzüberschreitende Handeln und verzögert Verwaltungsabläufe. (TU Dresden 2010a: 9)

„Laboratorien“ der europäischen Integration

Grenzregionen sind damit nicht nur Sinnbild für Europa, sondern auch „Laboratorien“ der europäischen Integration. Hier werden die auf europäischer Ebene entwickelten Konzepte wie das der territorialen Kohäsion wirksam. Ein

Meilenstein hierzu ist u.a. die Territoriale Agenda der EU 2020, in der die polyzentrische Raumentwicklung und die innovative Vernetzung von Stadtregionen und Städten als erste territoriale Priorität in den Vordergrund der europäischen Kohäsionspolitik gestellt werden. Eine Forderung der TAEU 2020 ist, dass sich die Entwicklungsstrategien der Städte und Regionen stärker an den Zielen der EU-Strategie Europa 2020 – intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum – orientieren sollen, um den territorialen Zusammenhalt und die Nutzung der territorialen Potenziale zu fördern. Grenzüberschreitende Polyzentrische Metropolregionen können dazu einen besonderen Beitrag leisten, da sie als Wachstumsmotoren die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Entwicklung in Europa entlang der Binnengrenzen vorantreiben und damit die Wettbewerbsfähigkeit und die nachhaltige Entwicklung Europas im Sinne der territorialen Kohäsion unterstützen. Und ihre Potenziale sind noch längst nicht ausgeschöpft: In Zukunft gilt es, metropolitane Strategien für Grenzregionen zu entwickeln und ihre Entwicklung dadurch bestmöglich zu fördern.

Dabei lassen sich Unterschiede in den europäischen MGR aufgrund der geschichtlichen Ereignisse nicht von der Hand weisen: „Das, was sich an den Westgrenzen tut, hat eine lange Tradition; an den Ostgrenzen ist dies noch viel neuer und muss erprobt werden. Daher ist es wichtig, solche Prozesse wie den des IMeG zu begleiten und nachahmenswerte Beispiele zu propagieren. An allen nationalen Grenzen beobachtet man genau das, was hier Vielen im Alltag vertraut ist: Vielfältige soziale und kulturelle Beziehungen, Abhängigkeiten, neue Formen der Arbeitsteilung zwischen städtischen und ländlichen Regionen, Stadt und Land [...]“ (Erdmenger 2012).

Nationalstaatliche Grenzen als Ressource

„Grenzregionen sind durch ein widersprüchliches Verhältnis zum Nationalstaat gekennzeichnet, da die besonderen Chancen von Grenzregionen zum einen auf der Wirksamkeit und zum anderen auf der praktischen Infragestellung nationalstaatlicher Regelungen beruhen“ (Heidenreich 1999: 6). Aus diesem Spannungsfeld ergibt sich ein Gefälle entlang nationalstaatlicher Grenzen, das entscheidende Impulse für die wirtschaftlichen Verflechtungen in den

Grenzregionen setzt. Das Arbeits- und Steuerrecht, Tarifverträge und soziale Absicherungen, Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse, aber auch umweltrechtliche Auflagen sind in den nationalen Teilräumen der Grenzregionen sehr unterschiedlich geregelt. Diese Unterschiede machen es interessant, neue Möglichkeiten auf der anderen Grenzseite offensiv zu nutzen: Dazu zählen u.a. die „Erschließung neuer Absatzmärkte durch ausländische Vertriebs- und Produktionsstätten, Kostensenkungen durch die Nutzung von Lohn- und Arbeitskostenunterschieden und unterschiedlichen Umweltauflagen; die Erschließung von Innovationspotenzialen durch Nutzung verschiedener technologischer Kompetenzen. Zum anderen können Grenzregionen aber auch von den besonderen Chancen räumlicher Nähe profitieren; sie können zur Plattform grenzüberschreitender Kooperations- und Innovationsnetzwerke werden“ (Heidenreich 1999: 2).

Zahlreiche Unternehmen in den Grenzregionen sind international ausgerichtet und am Weltmarkt äußerst erfolgreich – sie nutzen den Vorteil der starken regionalen Wirtschaftscluster und profitieren häufig von mehrsprachigen Arbeitskräften, die als Pendler die grenzüberschreitende Mobilität ankurbeln (TU Dresden 2010a: 11ff).

Grenzüberschreitende Kooperation kann die finanziellen Handlungsspielräume in der Region erhöhen: „The example of Basel and Geneva shows however that the border can also represent a source of new opportunities and at different levels. From a political perspective, the border situation enables the local authorities concerned to hope for increased autonomy through cooperation and alliances

which transcend institutional and territorial divides. In this quest for autonomy, the mobilisation of financial resources enabled by cross-border cooperation constitutes without any doubt a strong motivation. On the institutional level, the presence of a State border creates the opportunity to invent original forms of governance, considering in particular the wide flexibility of legal and regulatory provisions which surround cross-border cooperation” (Sohn/Reitel/Walther 2009: 16).

Am Beispiel der centropoe zeigt sich exemplarisch, dass der Faktor „Differenz“ insbesondere in der anfänglichen Institutionalisierungsphase dieses Grenzraums eine zentrale Stärke war: Während Österreich mit seinem technischem Know-how und der technologischen Entwicklung einen Anreiz zur Kooperation bietet, zeichnen sich die tschechischen, slowakischen und ungarischen Regionen durch kostengünstige Produktionsmöglichkeiten aus (Lutter 2012).

MGR verfügen über entscheidende Wettbewerbsvorteile im europäischen Kontext; doch in Anbetracht der fortschreitenden Globalisierung müssen sie ihre Chancen global sehen: „Competition is world-wide and no longer a zero-sum-game within Europe or a nation“, so Peter Mehlbye, Direktor der ESPON-Koordinierungsstelle 2012 in Luxemburg. Die Voraussetzungen dafür sind gut, da die Grenzen immer leichter zu überwinden sind und die Vorteile durch die Unterschiede dies- und jenseits der Grenze von Unternehmen und Grenzgängern leichter genutzt werden können. Grenzen sind daher nicht als Barriere zu sehen, sondern vielmehr als Ressource, die zukünftig verstärkt genutzt werden soll (Sohn/Walther 2011: 1).

Tab. 2: Die Grenze als Ressource (Sohn 2012)

Types of benefit	Border functions involved	Rationales	Examples of CBMRs
Positional benefit	Delimitation	Territorial gateway	Basel, Geneva
		Cross-border delocalization (metropolitan overflow)	Basel (EuroAirport)
Differential benefit	Differentiation	Exploitation of cost differentials (value capture)	Luxembourg, Geneva, Basel
Locus of hybridization	Differentiation	Confrontation of differences resulting in cultural or institutional innovation	Basel, Geneva, Lille, Aachen-Liège, Maastricht
Object of recognition	Affirmation	Staging of the international character of a city-region (territorial marketing)	Basel, Copenhagen-Malmö
		Political recognition of peripheral actors	Geneva

3. Neu aufstellen: Metropolitane Governance in Grenzregionen

Kapitel 3 im Überblick

Alle metropolitanen Grenzregionen haben ihre Kooperationsstrukturen unter regionsspezifischen Voraussetzungen etabliert – manche MGR verfügen über seit Jahrzehnten entwickelte institutionelle Gefüge, andere gehen dieses Thema aufgrund der politischen Umbrüche erst jetzt aktiv an, wie das Beispiel der centrope eindrucksvoll zeigt.

Veränderte Rahmenbedingungen führen dazu, dass Grenzregionen ihre tradierten Strukturen von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand stellen. So hat beispielsweise die Trinationale Metropolregion Oberrhein erkannt, dass eine Weiterentwicklung der Institution zur Stärkung des metropolitanen Charakters unerlässlich ist. Dieser Prozess wurde mit der Etablierung des Vier Säulen-Modells in der Oberrheinregion bereits auf den Weg gebracht.

Relativ neu in der Diskussion um Möglichkeiten einer Optimierung von Governancestrukturen ist das 2007 eingeführte Instrument des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ). Durch EVTZs sollen die Hindernisse in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einfacher überwunden werden. Die Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai war 2008 die erste Region in Europa, die dieses neue Angebot angenommen hat. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl an EVTZs; neue Gründungen wie z.B. in der Euregio Mas-Rhein werden ausgelotet.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Initiativen zur Neuausrichtung der grenzüberschreitenden Kooperation in den IMeG-Regionen wie auch in anderen europäischen MGR (z.B. centropo oder Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai) auf den Weg gebracht. Dies trifft auf Grenzregionen zu, die bereits auf eine lange und erfolgreiche Tradition der Zusammenarbeit und Institutionalisierung zurückblicken und diese nun an veränderte Rahmenbedingungen anpassen möchten. Zugleich etablieren sich an der ehemaligen Grenze zum Ostblock seit einigen Jahren neue Formen der grenzüberschreitenden Kooperation. Gemeinsam ist sowohl den alten als auch den sich gerade neu aufstellenden Grenzregionen, dass sie sich zukünftig verstärkt damit auseinandersetzen müssen, wie ihre grenzüberschreitenden Strukturen auf eine metropolitane Governance ausgerichtet werden können.

Trinationale Metropolregion Oberrhein

Die Weiterentwicklung der Oberrheinregion zu einer Trinationalen Metropolregion wurde auf Basis umfangreicher fachlicher und politischer Vorarbeiten der Regionalverbände in den Jahren 2005 bis 2007 auf dem 11. Dreiländerkongress im Januar 2008 beschlossen. Die Gründung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein fand am 09. Dezember 2010 in Offenburg auf Initiative und Mitwirkung der Auswärtigen Ämter der Französischen Republik, der Schweizer Eidgenossenschaft sowie der Bundesrepublik Deutschland statt.

Es wurde ein auf vier Säulen basierendes Governancemodell eingeführt, das dazu dienen soll, die wirtschaftlichen Ressourcen der Oberrheinregion nachhaltig weiterzuentwickeln, die Region im nationalen und internationalen Wettbewerb bestmöglich zu positionieren und raumrelevante Vorhaben durch eine gemeinsame Raumordnungspolitik umzusetzen. Nicht zuletzt soll damit ein attraktiver grenzüberschreitender Lebensraum am Oberrhein geschaffen werden. (Website TMO)



Abb. 9: Die auf vier Säulen basierende Neuorganisation der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO 2010: 7)

Die Strategie verfolgt das Ziel, „durch eine intensive [sektorale und horizontale] Zusammenarbeit von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft den Oberrhein als ein europäisches Kraftzentrum sichtbar zu machen und auszubauen“ (TMO 2010: 3). Dabei soll keine neue Verwaltungsstruktur geschaffen werden: „Es geht vielmehr darum, die Koordinierung zwischen den traditionellen Akteuren zu verbessern und sich für neue Partner zu öffnen, um Plattformen und Netzwerke aufzubauen und gemeinsam die vorhandenen Potenziale voll auszuschöpfen sowie die verfügbaren Ressourcen zu bündeln“ (Website TMO). Mit diesem Schritt wird versucht, Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft (Handelskammern, Unternehmen etc.), aber auch Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entwicklung ihrer Region einzubeziehen.



Die Großregion

1995 haben das Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, die Wallonie sowie die Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens die Grundsatz-erklärung zur Bildung der Großregion als Fortführung der Saar-Lor-Lux-Region abgegeben. Die interregionale Zusammenarbeit wird u.a. durch Ausschüsse, z.B. den Wirtschafts- und Sozialausschuss, durch Arbeitsgruppen, den EVTZ INTERREG Großregion und den Interregionalen Parlamentarierrat geleistet. Die politischen Vertreter tauschen sich regelmäßig im Rahmen von Gipfeltreffen aus.

Mit der sog. „Berliner Erklärung“ verpflichteten sich die Exekutiven bereits auf einem informellen Gipfel am 07. Juli 2011 in Berlin, die Großregion zu einer Grenzüberschreitenden Polyzentrischen Metropolregion (GPMR) zu entwickeln und ein Programm zur Umsetzung festzulegen. Auf dem 13. Gipfel im Januar 2013 bestätigten die politischen Vertreter die metropolitane Entwicklungsstrategie für die Großregion. Sie soll unter Berücksichtigung der sich ergänzenden funktionalen Voraussetzungen in den jeweiligen Teilräumen auf eine polyzentrische territoriale Entwicklung ausgerichtet sein. Die Strategie dient der schrittweisen Schaffung einer GPMR und soll sich als roter Faden durch die Arbeiten des Gipfels ziehen (Gipfel der Großregion 2013). Damit sind verschiedene Interessen verbunden: Das wirtschaftliche Potenzial, die Anziehungskraft und die Fähigkeit der Großregion, mit anderen großen europäischen Metropolräumen konkurrieren zu können, soll erhöht bzw. verbessert werden. Es geht auch darum, eine polyzentrische Raumentwicklung zu fördern, neue Stadt-Land-Verhältnisse zu schaffen und den gleichberechtigten Zugang zu Wissen und Infrastrukturen durch den Ausbau der Bildungs- und Forschungsnetze zu gewährleisten (Diederich 2012). Erste Überlegungen zum Aktionsprogramm wurden in der Zwischenzeit vorgelegt (Gipfel der Großregion 2013). Zukünftig stellt sich jedoch die Frage, ob zur Etablierung einer GPMR auch die bestehenden Governancestrukturen angepasst werden müssen. Dies wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

links: Bürgerforum der Trinationalen Metropolregion Oberrhein am 22.01.2011 in Karlsruhe (Foto: Dirk Kron, „suedlicht moderation . mediation . planungsdialo“/Freiburg)

Euregio Maas-Rhein

Die Euregio Maas-Rhein setzt zwar seit den 1990er Jahren sehr erfolgreich INTERREG-Projekte um, sieht aber dennoch seit 2009 den Bedarf, die institutionellen Strukturen und Handlungsfelder der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gezielt auszubauen. Mit ihrer Strategie EMR 2020 hat die grenzüberschreitende Region ihre Prioritäten für die nächsten Jahre definiert. Innerhalb des euregionalen Raumes haben sich weitere Kooperationen gebildet, die dem Ansatz variabler Geometrien in der Zusammenarbeit Rechnung tragen wollen, so z.B. die AG Charlemagne. Auch hier wurde über angemessene Governancestrukturen nachgedacht. In einer Absichtserklärung zwischen Stadsregio Parkstad Limburg und der StädteRegion Aachen wurde am 19. Oktober 2009 das Ziel festgehalten, die Kooperation durch Gründung eines (EVTZ) zu stärken.

In den Prozess wurden 2010 auch die Gemeinde Heerlen, die Stadt Aachen, die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens und die Gemeinde Vaals einbezogen. Schon ein Jahr später fassten die Partner den Beschluss, zunächst die trinationale Arbeitsgemeinschaft Charlemagne zu gründen. Die Arbeitsgemeinschaft ist eine flexiblere Form der Zusammenarbeit, auf deren Basis die Ausführung von verschiedenen Projekten gemeinsam organisiert wird, der aber kein rechtlicher Status innewohnt (Website Städte-Region Aachen). Im Moment ist es offen, ob sich aus der Arbeitsgemeinschaft eine EVTZ-Struktur entwickeln wird: Einige Partner haben nach wie vor ein starkes Interesse, diese Richtung einzuschlagen, andere stehen dem eher zögerlich gegenüber.



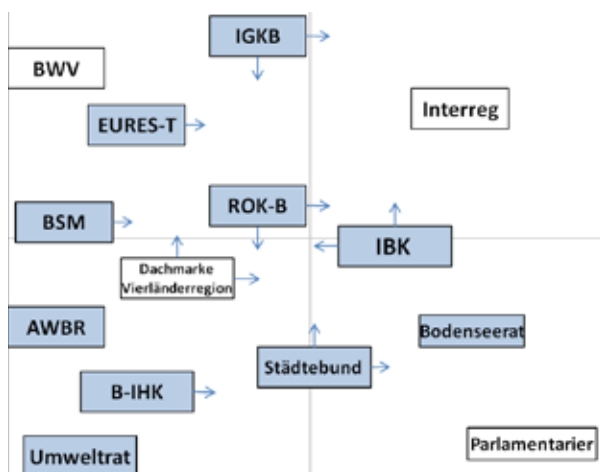
Dreiländerpunkt in Vaals (Foto: Euregio Maas-Rhein)

Grenzüberschreitender Verflechtungsraum Bodensee

In der Bodenseeregion konnten sich seit der Nachkriegszeit mit der Gründung der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB, 1959) feste Kooperationsstrukturen entwickeln: 1972 fand die erste Bodenseekonferenz als informelle Plattform für die Bodensee-Anrainerländer und -kantone statt. Nach der Durchführung von zwei Nachfolgekongressen wurde 1979 die Internationale Bodensee Konferenz (IBK) als Organisation etabliert. In einer letzten Erweiterung der IBK kamen der Kanton Zürich und das Fürstentum Liechtenstein hinzu. (Website IBK)

Auf der gesamträumlichen Ebene wird der IBK nach wie vor der größte Stellenwert beigemessen. Unterstützung findet sie durch die zahlreichen formellen und informellen Institutionen und Netzwerke auf der sachlich-funktionalen Ebene je nach Themen- und Aufgabenstellung. Diese variablen Strukturen funktionieren sehr gut und demonstrieren die Stärke der informellen Netzwerke am Bodensee.

Abb. 10: Die Vierländerregion Bodensee – Netzwerkartige Kooperationsstrukturen organisieren (IBK-Archiv)



Gleichzeitig zeigen die Kooperationsstrukturen institutionelle Defizite: „Die grenzüberschreitende Kooperation in der Regio Bodensee kann als ‚Schönwetter-Politik‘ verstanden werden. Das heisst, innerhalb der grenzüberschreitenden Gremien werden (fast) ausschließlich Themen

behandelt, bei denen keine Konflikte zwischen den einzelnen Ländern bestehen. Themen, z.B. die Problematik des Flughafen Zürichs oder das (geplante) radioaktive Endlager Benken (CH) wurden in der Vergangenheit nicht in den zentralen grenzüberschreitenden Gremien behandelt“ (Scherer/Schnell 2002: 14). Sie bieten demzufolge nur wenige Optionen zur Bearbeitung konflikthafter Themen und Planungsaufgaben in der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung.

Aufgrund der langjährigen vertrauensvollen Zusammenarbeit zeichnet sich in jüngster Zeit allerdings eine zunehmende Bereitschaft ab, auch „schwierige“ Themen anzupacken. So hat die seit 2000 bestehende internationale Raumordnungskommission Bodensee (ROK-B) im November 2011 den Beschluss gefasst, eine gemeinsame Strategie zum Umgang mit raumbedeutsamen Windenergieanlagen zu entwickeln. Diese soll Grundlage für die jeweiligen Pläne der Bodensee-Anrainer sein (Protokoll der ROK-B vom 09.11.2012).

Derzeit strebt die Internationale Bodensee Konferenz auf verschiedenen Ebenen eine Optimierung der grenzüberschreitenden Governance an. So wurde mit Partnergremien wie der Parlamentarierkonferenz, dem Städtebund oder dem Bodenseerat eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Auch mit Raumentwicklungsfragen will sich die IBK verstärkt befassen und dazu die Kooperation mit der Raumordnungskommission Bodensee (ROK-B) vertiefen. Unter anderem ist vorgesehen, die von der ROK-B in Erarbeitung befindlichen „Eckpunkte für ein grenzüberschreitendes Raumentwicklungskonzept“ auch auf Ebene der IBK-Regierungschefs politisch zu diskutieren und abzustimmen.



Foto: IBK-Archiv

Centrope Capacity: Konzentrierte Anstrengungen überwinden Grenzen

Die nationalen Teilräume der centrope-Region sind zwar eng verflochten und blicken auf eine lange gemeinsame Geschichte im Rahmen der Donaumonarchie zurück, waren jedoch lange durch den Eisernen Vorhang getrennt. Erst durch den Beitritt aller beteiligten Nationalstaaten der centrope zur EU und die Beseitigung der letzten Barrieren auf dem Arbeitsmarkt im Mai 2011 konnte sich die Region wie im Zeitraffer entwickeln; gleiches gilt für die neu geschaffenen Governancestrukturen (s. Abb. 11).

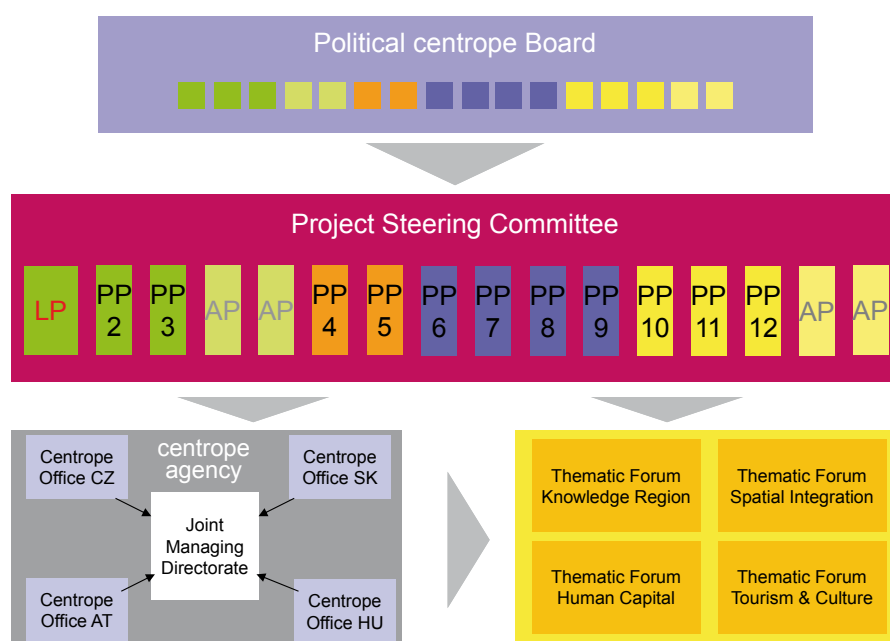
Mit Hilfe des EU-geförderten Leitprojekts centrope capacity wurden bis Ende 2012 wesentliche Voraussetzungen für den institutionellen Aufbau der Grenzregion geschaffen. In zwei INTERREG-Projekten sind dazu bis 2007 die notwendigen Vorarbeiten und Entwicklungsschritte zur Etablierung der „Europe Region Mitte centrope“ durchgeführt worden. (Website Regionalmanagement Burgenland)

In der centrope steht heute das „Politische Board“ an oberster Stelle (= political centrope board), das aus Landeshauptleuten und Bürgermeistern der centrope-Partnerregionen und -städte gebildet wird und sich auf halbjährlichen

centrope-Gipfeln über den aktuellen Stand der Kooperation auf politischer Ebene, ihre Inhalte und Ziele verständigt (centrope Koordinationsbüro 2012a: 6). So einigte man sich beispielsweise auf dem 4. Gipfel im Jahr 2012 darauf, sich weiterhin für die Verbesserung der Governancestrukturen einzusetzen: „Aufbauend auf unserem gemeinsamen Engagement [...], das transnationale Kooperationsmodell von centrope zu bewahren und einen weiter verbesserten Governance-Rahmen für eine dauerhafte, effiziente und ausgewogene Zusammenarbeit zu schaffen, vereinbaren wir im Rahmen unserer derzeitigen finanziellen Möglichkeiten die Umsetzung des vorliegenden ‚centrope Businessplans 2013+‘“ (centrope Koordinationsbüro 2012b: 2).

Durch die Etablierung der regionalen Büros in Tschechien, der Slowakei und Ungarn sowie dem übergeordneten centrope Koordinationsbüro hat die Kooperation seit 2009 einen enormen Schub erfahren (s. Abb. 12), was sich in einer Vielzahl von Projekten zeigt (Chinalski 2010: 60). Derzeit wird allerdings diskutiert, in welcher Form die zentrale Koordination künftig wahrgenommen werden soll. Übergangsweise könnte diese nach dem Rotationsprinzip mit jährlichem Wechsel des centrope-Vorsitzes erfolgen, mittelfristig wird eine gemeinsam finanzierte Koordinationsstruktur (ggf. ein EVTZ) angedacht.

Abb. 11: Der institutionelle Aufbau der centrope (© centrope agency)



Die alle centrope-Partner umfassende Basis Kooperation funktioniert vor diesem Hintergrund gut; darüber hinaus wird der Schwerpunkt auf strategische Allianzkooperationen der „interessierten“ centrope-Partner gelegt. Die Basis Kooperation stellt die Grundlage der Initiative dar und ist für die Steuerung und Entwicklung des Gesamtvorhabens zuständig. Dies bedeutet auch, dass sie als zentrale Service- und Entwicklungseinheit z.B. die politischen und administrativen Entscheidungsträger unterstützt (s. Abb. 13). Die Allianzkooperationen beziehen sich auf thematische Umsetzungsprojekte, die je nach Interesse von einzelnen

Partnern bearbeitet werden können (Chinalski 2010: 60). Die Akteure sind sich bewusst, dass die Kooperationsbemühungen nur durch Projekte wirksam und von der Bevölkerung wahrgenommen werden. (Lutter 2012)

„Das wichtigste Ziel [aller Kooperationsbemühungen in der centrope] ist jedoch die Etablierung und Erprobung einer tragfähigen transnationalen Struktur für die partnerschaftliche Steuerung – die ‚Governance‘ – der Zusammenarbeit in der Gesamtregion“ (Website centrope).

Abb. 12: Die Entwicklung der centrope im Rahmen des capacity-Prozesses (© centrope agency)

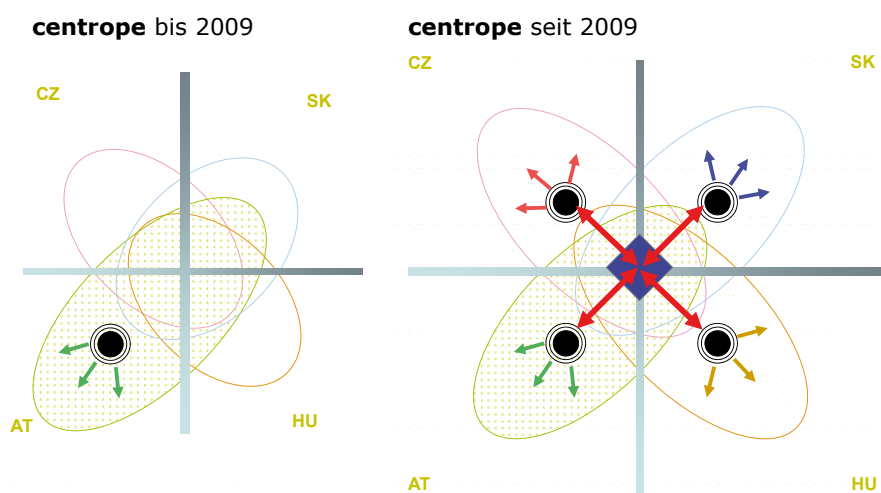
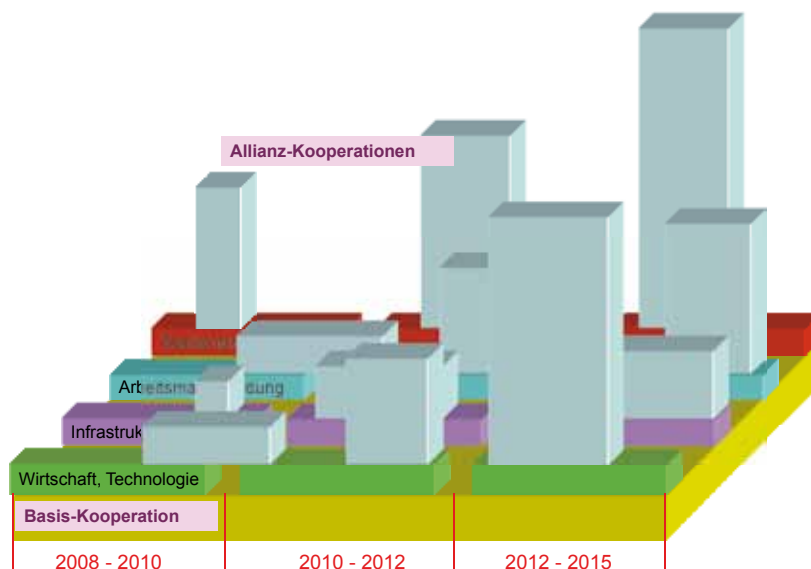


Abb. 13: Basis- und Allianzkooperationen als Erfolgsfaktor für integrierte territoriale Entwicklung (© centrope agency)



Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai: Der erste europäische EVTZ

Hinsichtlich der Weiterentwicklung des institutionellen Rahmens in der Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai wurde 2008 mit der Gründung des ersten „Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit“ ein neuer Weg beschritten. Die Gründung des EVTZ folgte aus der Erkenntnis, dass frühere Strukturen, wie z.B. die Ständige Grenzüberschreitende Interkommunale Konferenz , nicht mehr ausreichten, um den grenzüberschreitenden Aufgabenstellungen gerecht zu werden.

Der EVTZ Lille-Kortrijk-Tournai zeichnet sich durch seinen Governanceansatz aus, der von den 14 an der Gründung beteiligten Institutionen zusammen erarbeitet wurde und an den Belangen einer polyzentrischen, trikulturellen und

binationalen Metropole ausgerichtet ist. Daraus ergibt sich ein klares Aufgabenverständnis: Der EVTZ soll die Grundlage für Kooperation, Dialog und politische Debatten sein und alle wichtigen Institutionen zu versammeln. Er zielt darauf ab, die grenzüberschreitende Kohärenz im gesamten Gebiet zu fördern und beste Voraussetzungen für das innere Funktionieren der Region zu schaffen. Darüber hinaus will der EVTZ grenzüberschreitende Projekte begünstigen, unterstützen und initiieren.

Die Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai ist mit der Gründung des ersten EVTZ in Europa Vorreiter für mittlerweile weitere 14 Verbünde für territoriale Zusammenarbeit geworden. Fünf Jahre nach der Gründung zeigt sich, dass sich diese Strukturen für die Grenzregion bewährt haben und sich die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure deutlich verbessert hat.

Abb. 14: Organigramm des EVTZ
Lille-Kortrijk-Tournai (Eurométropole
Lille-Kortrijk-Tournai 2011: 23)



4. Strategien für starke metropolitane Grenzregionen

Kapitel 4 im Überblick

Eine grenzüberschreitende Metropolregion braucht gemeinsame Sichtweisen und Bilder, um die Region lebendig zu machen. Raumbilder können ein gemeinsames Verständnis über die Potenziale der Grenzregion fördern und Entwicklungsszenarien oder Leitbilder visualisieren. Sie können damit den Rahmen für integrative Planungen oder konkrete Vorhaben setzen. Bilder entfachen eine große Wirkung – sie sprechen gerade in multinationalen Grenzregionen eine für alle Betrachter einheitliche Sprache.

Leitprojekte mit strategischer Ausrichtung befassen sich darüber hinaus mit grundsätzlichen Planungspraktiken und konzeptionellen Ansätzen. Grenzüberschreitende Raumentwicklungskonzepte und Aktionsprogramme für die Grenzregion bilden eine effektive Basis für die territoriale Zusammenarbeit und eine wichtige Grundlage für die zukünftige metropolitane Entwicklung.

Während sich die binnendeutschen Metropolregionen in den letzten Jahren gut etablieren konnten, muss das Konzept der metropolitenen Grenzregionen noch stärker verankert werden: Schon lange werden zwar Projekte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit initiiert und erfolgreich umgesetzt. Allzu oft konzentrieren sich die Partner jedoch auf win-win-Projekte und vermeiden konfliktreiche Themen (Schniedermeier 2010: 108f). Die Bindungswirkung strategischer Dokumente bei der Generierung und Auswahl von Projekten ist dementsprechend gering (Bächtold 2010: 34).

Bereits im MORO güV haben sich die IMeG-Partner diesem Thema gewidmet und erste prioritäre strategische und operative Handlungsfelder festgelegt, die die Umsetzung des Konzepts der metropolitenen Grenzregionen befördern (BMVBS 2011: 76ff). Die Handlungsfelder dienen dazu, die funktionale Integration in den Grenzregionen zu stärken, ihre spezifischen Standortvorteile und Potenziale besser zu nutzen und Hemmnisse hinsichtlich einer integrierten Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit abzubauen. Im Folgenden werden Beispiele strategisch ausgerichteter Leitprojekte vorgestellt und in Kap. 5 um Beispielprojekte mit operativem Charakter ergänzt. Dabei handelt es sich um Projekte, die in den IMeG-Regionen oder in anderen europäischen MGR umgesetzt wurden bzw. werden.

Strategien sind in jeder Region, egal ob im Binnenland oder an der Grenze, eine wichtige Grundlage für die zukünftige regionale Entwicklung. Leitprojekte mit strategischer Ausrichtung können sich auf verschiedene Bereiche beziehen, z.B. auf grundsätzliche Planungspraktiken und konzeptionelle Ansätze, die einen effektiven Rahmen bzw. eine Basis für die territoriale Zusammenarbeit darstellen: „Ein wichtiges Ziel ist, die Raumakteure in die Lage zu versetzen, die grenzüberschreitenden Verflechtungsräume als kooperative Handlungsräume zu definieren und ihre Wahrnehmbarkeit nach innen und nach außen zu stärken. Hier stehen die spezifischen Entwicklungspotenziale und Handlungserfordernisse sowie gemeinsame Sichtweisen und Haltungen, Ziele und Leitbilder, Informationssysteme und Geodaten im Vordergrund“ (BMVBS 2011: 77). Deshalb beziehen sich Leitprojekte mit strategischer Ausrichtung in erster Linie auf gemeinsame Konzepte in der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung. Weitere strategische

Handlungsfelder sind das grenzüberschreitende Informationsmanagement und Regionalmonitoring (Kap. 6) sowie die Verbesserung des Konfliktmanagements (Kap. 7).

Der Bedarf nach gemeinsamen Sichtweisen, Bildern und Konzepten in Grenzregionen erschließt sich u.a. aus den großräumigen regionalen Flächenzuschnitten der MGR: Die Großregion veranschaulicht mit einer Fläche von 65.400 km² diese Großräumigkeit auf sehr beeindruckende Weise – sie ist die größte der IMeG-Regionen. Aber selbst die 10.800 km² große, und damit um ein Vielfaches kleinere Euregio Maas-Rhein ist ungefähr doppelt so groß wie die IKM-Regionen Mitteldeutschland (4.300 km²), Rhein-Neckar (5.600 km²) oder Rhein-Ruhr (4.400 km²) (BMVBS 2011: 25; Website IKM).

Die „Betriebsgrößen“ der Grenzregion überschreiten die Alltagsradien der dort lebenden Bevölkerung deutlich, was deren Wahrnehmung als Kooperationsraum erschwert. Gemeinsame Raumbilder und Symbole können helfen, die Region bewusster wahrzunehmen. Wie der Bodensee in der Bodenseeregion zeigt, bestimmen Identifikationsanker und -räume die Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrer Region; sie können zudem Grundlage für die grenzüberschreitende Kooperation sein. Auch technische Bauwerke wie die Öresundbrücke haben das Potenzial, Wahrzeichen der Region zu werden. Jedoch nutzen noch nicht alle Grenzregionen die Identität stiftende Wirkung grenzüberschreitender Symbole und Räume (BMVBS 2011: 77).

Raumbilder können zur Etablierung von Identifikationsankern einen ersten Anstoß geben. Für Planer sind gemeinsame Raumbilder von Bedeutung, da sie eine Verständigung über grenzüberschreitende Raumentwicklungsstrategien befördern können. Raumentwicklungsstrategien sind hilfreich, um die weitere regionale Entwicklung an konsensualen Zielsetzungen auszurichten und damit kohärent gestalten zu können.

Nachfolgend werden hierzu einzelne Leitprojekte vorgestellt, die auf verschiedenen räumlichen Ebenen umgesetzt werden bzw. wurden: Die centropo Strategie 2013+ und das Programm DACH+ in der Bodenseeregion haben die gesamte Grenzregion im Blick. Das Raumentwicklungskonzept Nordwest+ an der deutsch-schweizerischen Grenze

Strategie 2013+ für die grenzüberschreitende Region centrope

Ausdruck kommen – wofür centrepe steht, und was in den kommenden Jahren konkret erreicht werden soll“ (Website centrepe). Als strategischer Überbau dient die centrepe Vision, in der die centrepe als Labor für die Zukunft Europas am Schnittpunkt der vier EU-Mitgliedstaaten Österreich, Ungarn, Slowakei und Tschechien, als eine Quelle für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand durch einen echten gemeinsamen Markt und als eine Drehscheibe für Zentraleuropa gesehen wird.

„Mit dem Start einer neuen Periode der EU-Kohäsionspolitik 2014 und den damit einhergehenden Möglichkeiten der Kofinanzierung ist der Weg frei für eine strukturierte und breitflächige Umsetzung der [...] centrope Strategie 2013+. Es ist die erklärte Absicht der Partnerregionen und -städte, den Zielsetzungen der Strategie über die kommende Programmperiode hinweg nachzukommen und bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts die darin enthaltenen Projekte und Initiativen zu verfolgen.“ (centrope 2012)

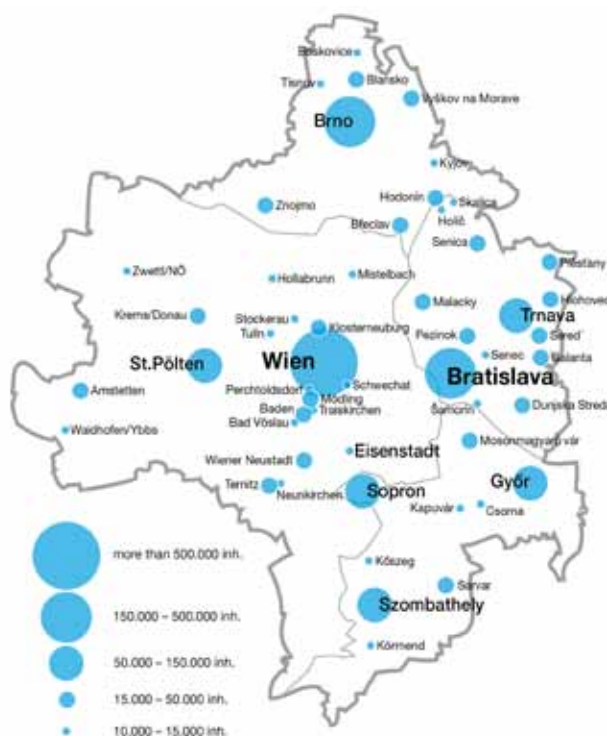
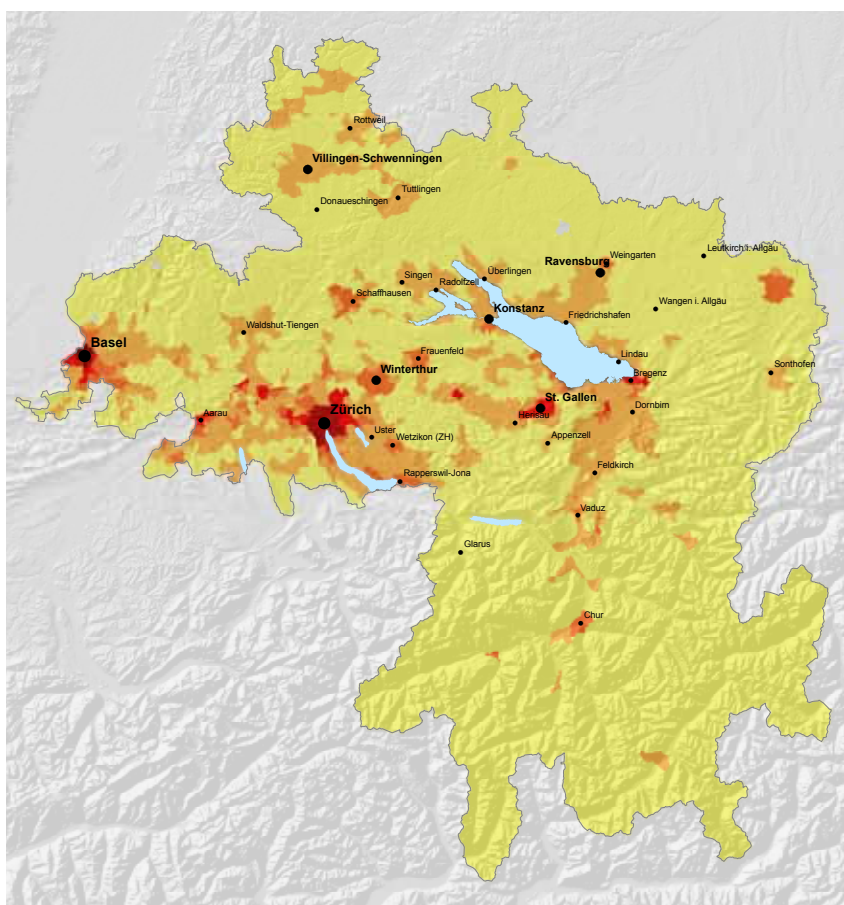


Abb. 15: Cover des Berichts „centrope Strategie 2013+ – centrope Aktionsplan“ und polyzentrisches Gefüge der centrope
(© centrope agency)

Mit Hilfe von DACH+ werden seit einigen Jahren erste Raumbilder für den Grenzraum von Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein generiert. Die Karten greifen die raumstrukturelle Vielfalt der Bodenseeregion auf und stellen das Geflecht aus stark verdichteten und ländlichen Räumen, seine zentralen Orte, Entwicklungsachsen und Zentren sowie funktionsräumliche Schwerpunkte dar. Zudem bilden sie für die Raumentwicklung relevante Faktoren ab: Neben der Bevölkerungsentwicklung, den Pendlerbewegungen oder auch den Logiernächten in der Bodenseeregion können sich Interessierte u.a. auch ei-

nen Überblick über die Naturräume und Landschaften der Grenzregion verschaffen. Die so entstandenen Karten sind etwas Besonderes: Sie bilden erstmals die Raumstruktur und aktuelle Entwicklungen für die gesamte Grenzregion ab und verzichten dabei auf die Darstellung nationaler Grenzen. Sie ermöglichen den Akteuren wie auch der Bevölkerung eine bessere Vorstellung des grenzüberschreitenden Raums (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben/Regionalverband Hochrhein Bodensee 2010). Die Datensätze werden derzeit aktualisiert und ergänzt, z.B. um die Arbeitsplatzdichte oder die Fremdenverkehrsintensität. Sie liefern damit aktuelle Raumdaten und neue Planungsgrundlagen (s. Abb. 16)!

	< 100 Arbeitsplätze je km²
	100 bis < 500 Arbeitsplätze je km²
	500 bis < 1.000 Arbeitsplätze je km²
	1.000 bis < 2.500 Arbeitsplätze je km²
	2.500 bis < 5.000 Arbeitsplätze je km²
	≥ 5.000 Arbeitsplätze je km²

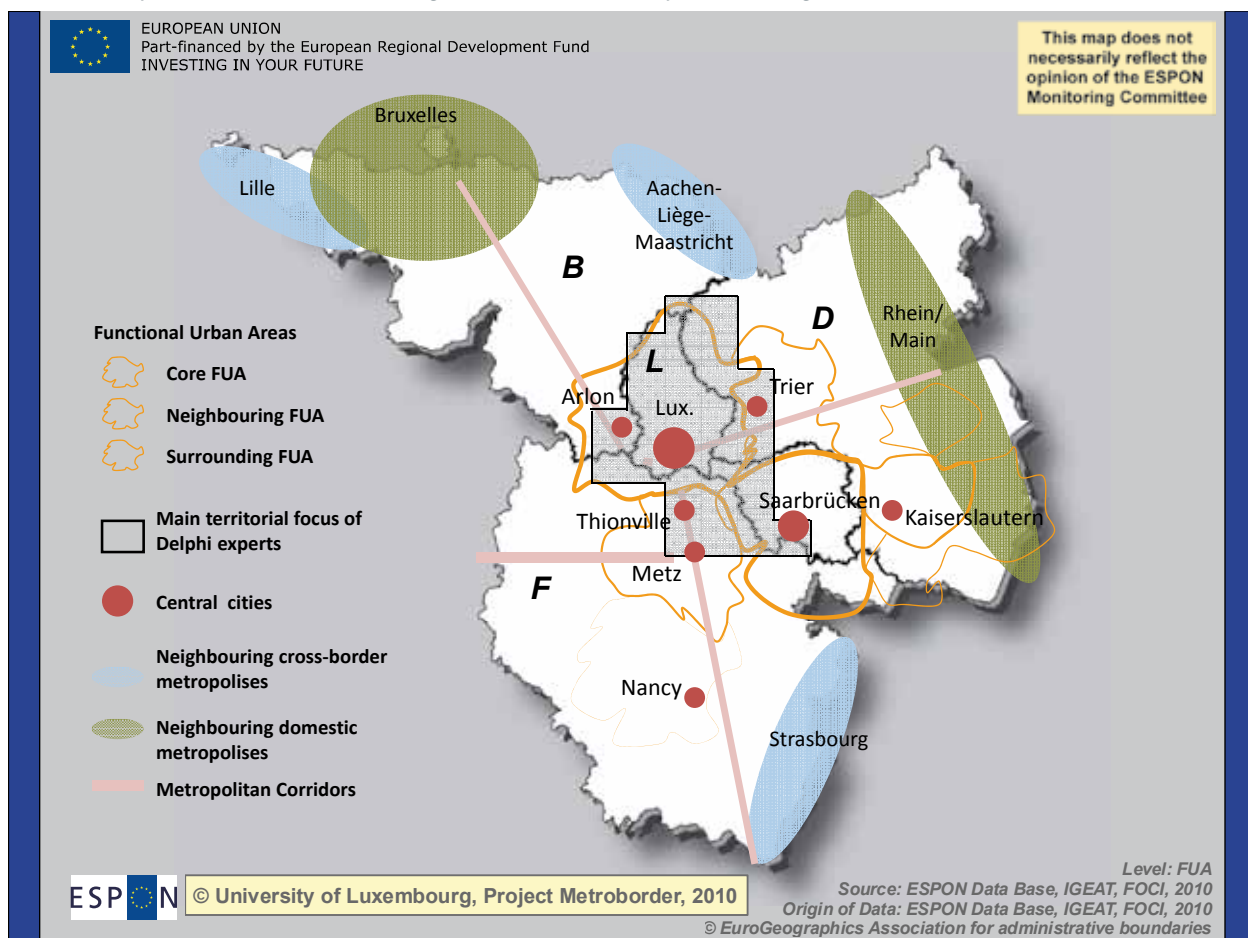


ESPON-Projekt Metroborder in der Großregion

Das ESPON-Projekt Metroborder lieferte mit einem neuen „Bild“ von einer Grenzüberschreitenden Polyzentrischen Metropolregion in der Großregion (ESPON/University of Luxembourg 2010: 21; s. Abb. 17) eine entscheidende Diskussionsgrundlage für einen andauernden und durchaus kontroversen politischen Prozesses. Die Großregion verfügt über eine ausgeprägte funktionale, demographische und morphologische Polyzentralität: „Die Großregion umfasst zwei grenzüberschreitende Funktionale Stadtregionen

(FUA) – die FUA Luxemburg inkl. Arlon auf der belgischen Seite und die FUA Saarbrücken inkl. Sarreguemines auf der französischen Seite. Dass zwei metropolitane FUAs aneinandergrenzen, ist in Europa einzigartig. Sie können sogar als bipolarer, metropolitaner, grenzüberschreitender Korridor angesehen werden. [...] Gemeinsam mit den benachbarten und umliegenden FUAs Sillon Lothringen und insbesondere Trier sehen wir wichtige Beweise für einen metropoliten, polyzentrischen, grenzüberschreitenden Kernbereich der Großregion“ (ESPON/University of Luxembourg 2010: 73).

Abb. 17: Ergebnis des ESPON-Projektes „Metroborder“: Eine Grenzüberschreitende Polyzentrische Metropolitanregion in der Großregion – schematische Synthesekarte der Metroborder-Ergebnisse (ESPON/University of Luxembourg 2010: 21)



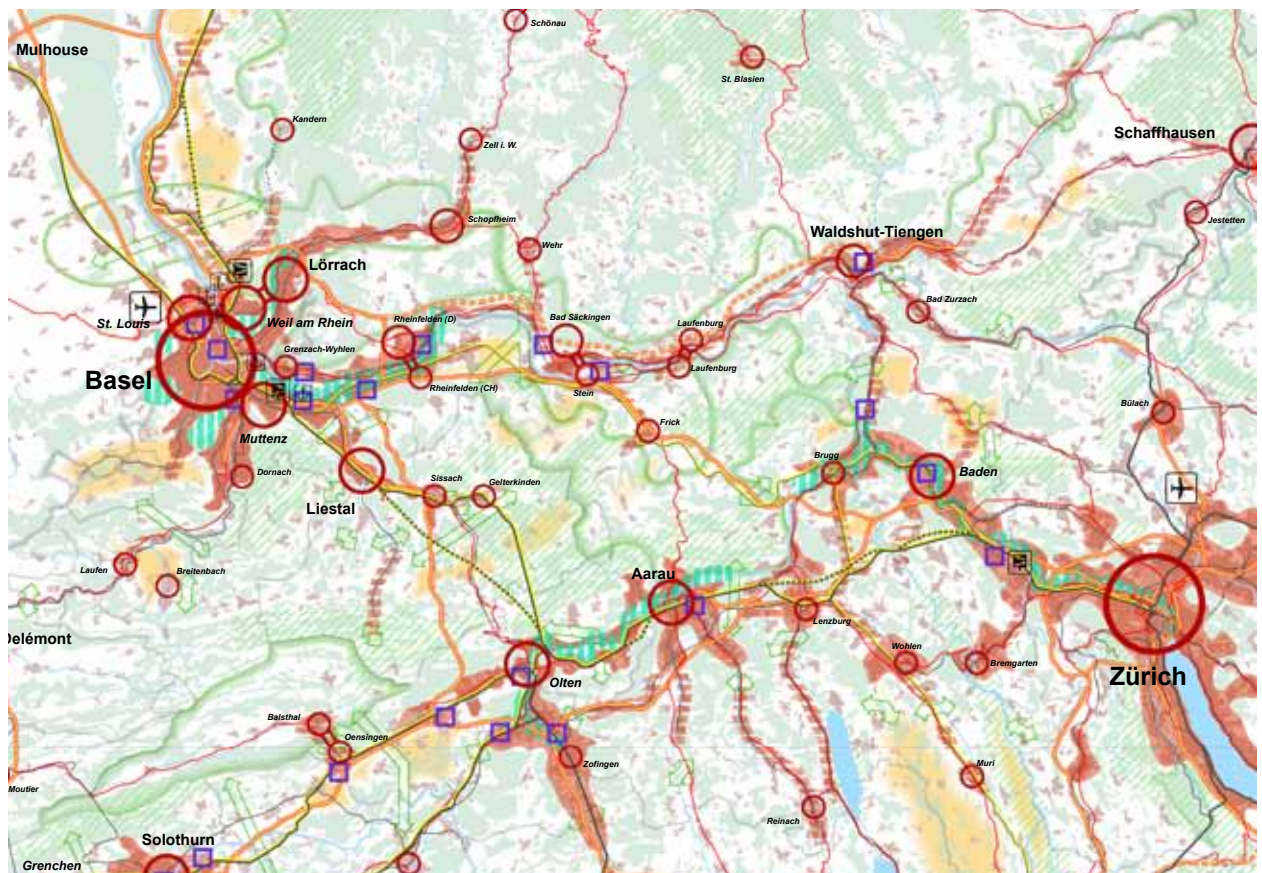
Raumentwicklungskonzept Nordwest+ im Grenzraum Deutschland-Schweiz

Mit dem Raumentwicklungskonzept (REK) Nordwest+ erarbeiteten die leitenden Planer im Grenzraum eine informelle Arbeitsgrundlage für die kantonsübergreifende Richtplanung der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Solothurn sowie für die Regionalplanung im deutschen Teilraum. Als informelles Instrument, das die Richtpläne der Kantone, den Regionalplan Hochrhein-Bodensee und das Raumkonzept Schweiz auf einer gesamt-räumlichen Ebene ergänzt, werden im Raumentwicklungskonzept Nordwest+ die gesamte Nordwestschweiz sowie die angrenzenden Räume betrachtet (Website Kanton Aargau). Ähnlich wie in klassischen Raumordnungsplänen werden Themen wie Siedlung und Verkehr, Natur und Landschaft in den Kontext der zukünftigen Raumentwick-

lung eingeordnet. Neu war, dass der so entstandene Plan keine nationalen Grenzen ausweist – das Nordwest+-Gebiet erscheint in diesem als ein „grenzenloser“ Raum.

Vor allem das gemeinsame Planen, Entwickeln und Entscheiden hat die Akteure zusammengeführt und eine Vertrauensbasis für den Aufstellungsprozess geschaffen. So entstehen die zentralen Voraussetzungen zur Bewältigung der wachsenden grenzüberschreitenden Belange im Kontext der Raumentwicklung. In öffentlichkeitswirksamen Karten werden die Zielvorstellungen auch der Bevölkerung nahe gebracht. Mit dem Raumentwicklungskonzept Nordwest+ als Basis wird die bestehende Zusammenarbeit über Kantons- und Landesgrenzen hinaus einfacher. Das Projekt zeigt nicht nur neue Ansätze auf, sondern formuliert auch offene Fragen der Regionalplanung (Website REK Nordwest+).

Abb. 18: Raumentwicklungskonzept Nordwest+ (Ausschnitt; Kanton Aargau et al. 2011: 71)



Agglomerationsprogramm Basel

Im Gegensatz zum grenzüberschreitenden REK Nordwest+ sind die Agglomerationsprogramme ein spezifisches und langfristiges Instrument der Schweizer Raumordnung, das periodisch erneuert wird und priorisierte Maßnahmen zur Lenkung der Siedlungsentwicklung, der Infrastruktur und des Verkehrs im ganzen Agglomerationsraum umfasst. Als Anreiz dienen Bundesmittel, die für die Umsetzung der Programme bereitgestellt werden, sofern bestimmte Anforderungen, die sich u.a. auf die Bereiche Partizipation, Trägerschaft sowie Analysen zu Landschaft, Siedlung und Verkehr beziehen, erfüllt werden. (Website ARE)

Die Agglomeration Basel ist die einzige trinationale Großagglomeration der Schweiz und verfügt über eine bedeutende Wirtschaftskraft. Als eine der drei metropoliten Agglomerationen der Schweiz ist sie von hoher internationaler Bedeutung. Der Agglomerationsraum Basel ist Teil der europäischen Nord-Süd-Transitachse, in der sich der regionale, nationale und internationale Personen- und Güterverkehr auf Straße und Schiene überlagert und so zu hohen Verkehrsaufkommen führt. Neben der Verkehrsentwicklung ist hier die abgestimmte

Siedlungspolitik eine besondere Herausforderung (Website Agglomerationsprogramm Basel).

Um sich diesen Aufgaben besser stellen zu können, wurde ein „trinationales abgestimmtes, konsistentes Zukunftsbild, das Auskunft gibt, über die beabsichtigte Entwicklung der Region“ entwickelt. Es „ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Einreichung eines Agglomerationsprogramms“ (Website Agglomerationsprogramm Basel). Mit der Vision 2020 des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) lagen bereits erste Vorarbeiten vor, die aber im Rahmen des Agglomerationsprogrammes weiterentwickelt werden mussten, um den Anforderungen des Schweizer Bundes hinsichtlich einer Kofinanzierung gerecht zu werden. So entstand das Zukunftsbild 2030 „Korridor+“: Es stellt auf beeindruckende Weise eine räumliche Vision für die trinationale Grenzregion dar, in der nationalstaatliche Grenzen hinter den gemeinsamen Zielvorstellungen zurücktreten. Auf diese Weise entstanden keine „Sollbruchstellen“: „Wenn man die Grenzen bei den Überlegungen, wo man eigentlich hinwill, weglässt, ergibt sich ein großes Potenzial und ein grenzüberschreitendes Konzept“, so der Geschäftsführer der Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm, Dr. Patrick Leypoldt, auf der IMeG-Konferenz (2012).



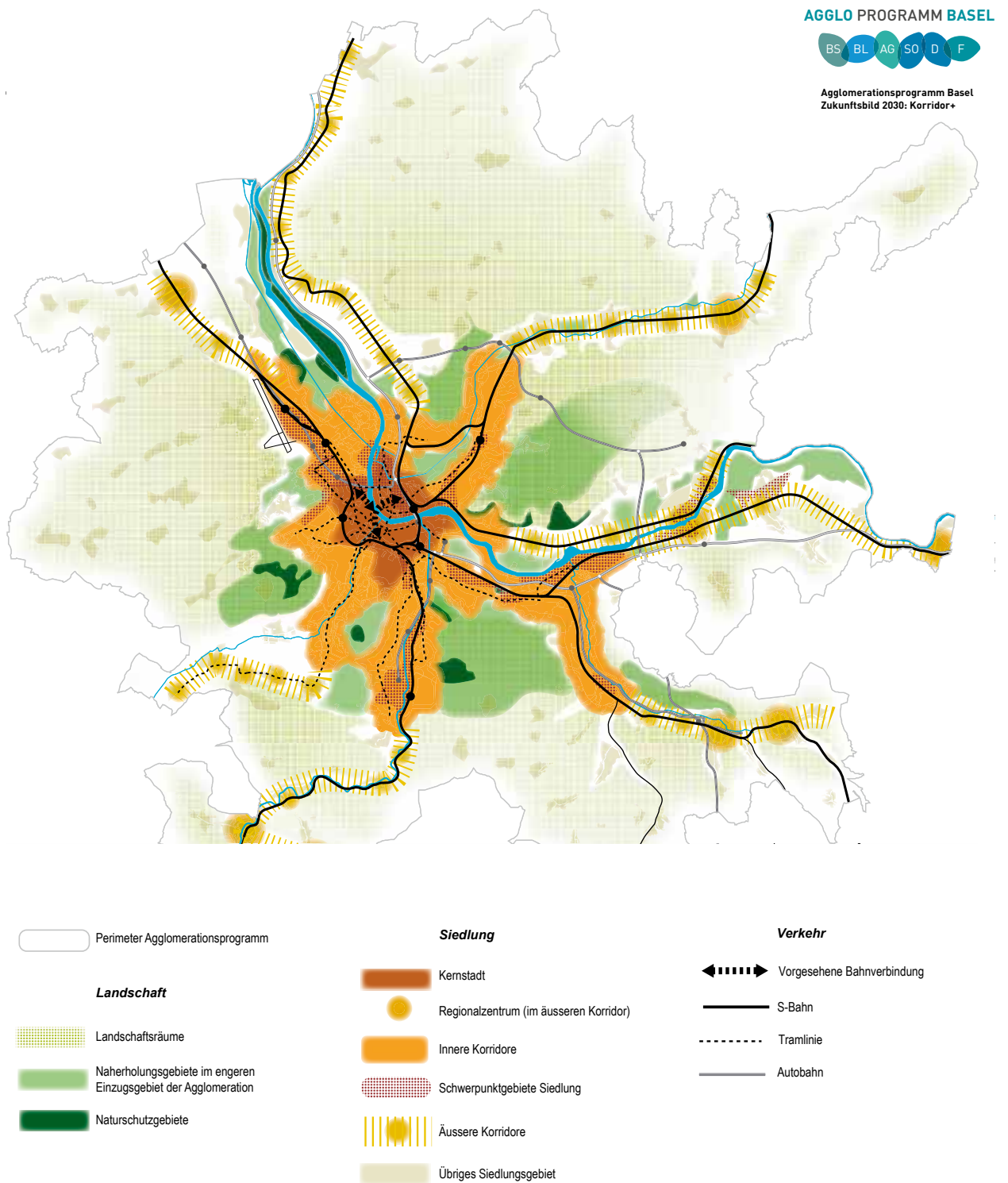


Abb. 19: Zukunftsbild 2030: Korridor+ (Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm Basel); www.agglobasel.org
Fotos links: Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm Basel 2012: 18, 16

Vorstudie zum Grenzüberschreitenden Entwicklungskonzept Oberes Moseltal (EOM)

Die Vorstudie zum Grenzüberschreitenden Entwicklungskonzept Oberes Moseltal (EOM) wurde als Modellprojekt im Rahmen des MORO „Landschaftsnetz Mosel“ auf den Weg gebracht. Ende 2011 wurden sieben Modellprojekte genehmigt, die beispielhaft für eine integrierte Flusslandschaftsentwicklung im Grenzraum sind und gleichzeitig die Bedeutung des Moseltals für die Großregion aufzeigen sollen (BMVBS/BBSR 2012a: 1). „Die Mosellandschaften stehen für die Vielfalt der Großregion, verbunden durch die Mosel als gemeinsames Band. Das Natur- und Kulturerbe ist ein herausragendes Potenzial für die Großregion, gleichzeitig eine Herausforderung für die grenzüberschreitende Kooperation [...]“ (BMVBS/BBSR 2012b: 17). Nicht zuletzt, weil die Mosel vier von fünf Teilgebiete der Großregion berührt und den zentralen Bereich der GPMR diagonal durchquert, bestehen beste Voraussetzung, die Mosel als zentralen Fluss der Großregion und zugleich als Identifikationsanker zu etablieren (BMVBS/BBSR 2012b: 7).

Der Fokus des Projektes liegt auf der Dreiländermosel: „Der wirtschaftliche Aufschwung im Großherzogtum Luxemburg wirkt sich auch auf die Moselanrainer aus. Die Zahl der Grenzpendler erhöhte sich und damit auch das Verkehrsaufkommen. Der Bedarf an Wohnungen und Wohnbauland steigt. Das preisgünstige Wohnen auf deutscher, aber auch auf französischer Seite zieht zahlreiche Luxemburger an (s. Website GR Atlas – Atypische Grenzgänger). Im grenznahen Saarland und Rheinland-Pfalz bedeutet dies, dass die Gemeinden Bevölkerungswachstum verzeichnen und sich darauf einstellen – mit der Ausweisung neuer Wohngebiete, aber auch mit der notwendigen Infrastruktur“ (BMVBS/BBSR 2012b: 7).

Das grenzüberschreitende Entwicklungskonzept Oberes Moseltal setzt am Spannungsfeld zwischen Siedlungsentwicklung und Erhalt der historischen Kulturlandschaften im Moseltal an und zielt darauf ab, die grenzüberschreitende Raumentwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit zu koordinieren und Schwerpunkte der zukünftigen Entwicklung festzusetzen. Dazu werden die Potenziale in den Bereichen Verkehr und Mobilität sowie Siedlungs- und Landschaftsentwicklung aufgegriffen und vertieft. Gestärkt werden sollen die grenzüberschreitenden funktionalen Verflechtungen, die sich nicht zuletzt auf die Lebenswirklichkeit der Bewohner auswirken.

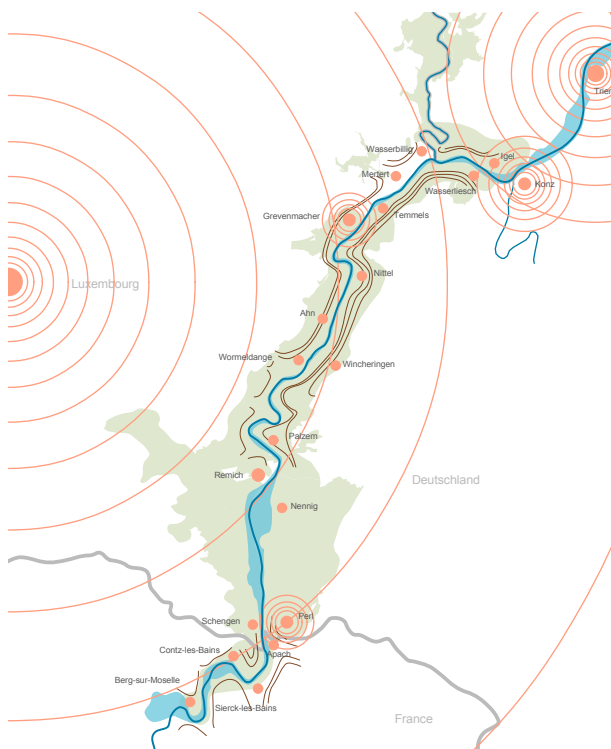


Abb. 20: Das grenzüberschreitende städtische System an der Mosel mit Siedlungsschwerpunkten (vgl. auf Basis von Daten Website EEA, Website Ministère de l'Écologie, du Développement durable et de l'Énergie, MIAT 2009)

Legende

- Potenzieller Überschwemmungsbereich
- Historische Kulturlandschaft | Europäisches Netz Natura 2000
- Siedlungsschwerpunkte

Maastricht – Kulturhauptstadt 2018

Die Initiative „Kulturhauptstadt“ wird jährlich an zwei Städte in der EU vergeben und soll dazu beitragen, Reichtum, Vielfalt und Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes zu unterstreichen und das Verständnis der Bürger untereinander zu verbessern (Website Europäische Kommission, Arens 2012). Für das Jahr 2018 sind Malta und die Niederlande vorschlagsberechtigt. In den Niederlanden hat sich unter anderem die Stadt Maastricht zu einer grenzüberschreitenden Bewerbung mit der gesamten Euregio Maas-Rhein entschieden (Arens 2012). Ein wesentliches Ziel der Bewerbung Maastrichts als „Europäische Kulturhauptstadt“ ist, die Grenzregion gezielt in ihrem metropolitanen Potenzial zu fördern.

In einem breit angelegten euregionalen Partizipationsprozess sind in Arbeitsgruppen, Werkstätten und Einzelgesprächen die Chancen und Herausforderungen der gemeinsamen Bewerbung herausgearbeitet worden. Maastricht und die Euregio verstehen sich im Kontext der Bewerbung zur Kulturhauptstadt als Zugpferde eines neuen Europas der Bürger, in dem die Vielfalt an Kulturen, Sprachen, Traditionen und Landschaften die Verbindung zwischen den Menschen darstellt. Über das Kunstfestival hinaus sollen strukturelle Entwicklungen spürbar vorangebracht werden. Die Bewerbung mit dem Titel „Europa wiederentdecken“ wurde im November 2012 von der Jury als vielversprechend bezeichnet und für die Endrunde nominiert. Eine Festlegung auf konkrete Projekte erfolgt frühestens nach der Entscheidung der Kommission im Herbst 2013. (Arens 2012)



Abb. 21: Cover der Bewerbungsschrift „Europa wiederentdecken“ zur Initiative „Maastricht – Kulturhauptstadt 2018“ (Stichting Maastricht Culturele Hoofdstad 2018)

5. Mit gutem Beispiel vorangehen – Leitprojekte mit operativer Ausrichtung

Kapitel 5 im Überblick

Die operativen Handlungsfelder zielen mit konkreten Strategien und Projekten zur grenzüberschreitenden Raumentwicklung auf eine Verbesserung der funktionalen Integration sowie das innere Funktionieren ab. Die IMeG-Partner sehen prioritär in folgenden Bereichen Ansatzpunkte für Projekte mit operativer Ausrichtung:

- grenzüberschreitende Mobilität fördern
- Kräfte in Grenzregionen bündeln, Infrastrukturen vernetzen
- Umweltschutz und Kulturlandschaft grenzüberschreitend entwickeln
- metropolitane Grenzregionen als gemeinsame Wirtschafts- und Wissenschaftsräume stärken

Projekte, die sich an den strategischen Bedarfen der Grenzregion orientieren, können einen erheblichen Mehrwert für eine metropolitane Positionierung der Grenzregion erbringen. Sie können Anstoß für neue Projekte geben und regen an, über die zukünftigen Entwicklungsoptionen einer Grenzregion nachzudenken.

Operative Leitprojekte fördern mit ihrer konkreten Ausrichtung die territoriale Kohäsion und metropolitane Entwicklung in Grenzregionen. Es geht um eine spürbare Verbesserung der innerregionalen Funktionalität mit Blick auf die Lebens- und Arbeitswelten der grenzregionalen Bürger, zudem um eine offensive Positionierung im internationalen Standortwettbewerb. Dazu wurden vier operative Handlungsfelder definiert (BMVBS 2011: 89):

- grenzüberschreitende Mobilität fördern
- Kräfte in Grenzregionen bündeln, Infrastrukturen vernetzen
- Umweltschutz und Kulturlandschaft grenzüberschreitend entwickeln
- metropolitane Grenzregionen als gemeinsame Wirtschafts- und Wissenschaftsräume stärken

Im Folgenden werden Beispiele aus den IMeG-Regionen und weiteren europäischen Metropolregionen vorgestellt, die aufzeigen, wie Grenzregionen durch auf diese Handlungsfelder ausgerichtete Projekte gestärkt werden können. Die Projekte orientieren sich an den Bedarfen der grenzüberschreitenden Regionen und generieren einen metropolitanen Mehrwert.

5.1 Grenzüberschreitende Mobilität fördern

Integrierte und auf die Bedürfnisse der Bewohner angepasste Verkehrskonzepte sind wichtige Voraussetzungen für das innere Funktionieren einer Grenzregion wie auch für deren Einbettung in überregionale Netze. Die besondere Bedeutung der grenzüberschreitenden Mobilität zeigt sich an der zunehmenden Zahl der Grenzpendler. Die wachsende Mobilität wird in den Grenzregionen begrüßt; schwierig sind jedoch die daraus resultierenden Verkehrsprobleme aufgrund mangelnder infrastruktureller Erschließung und einem nicht an den Bedarfen der Pendler ausgerichteten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Insbesondere in Bezug auf die Anschlüsse an das übergeordnete Verkehrsnetz, deren Ausbaugrad und Zustand, die Qualität der Angebote sowie die Verbindungs- und Erschließungsqualität bestehen oft noch Mängel und Lücken (Ahrens/Schöne 2008: 96). Hier gibt es Nachholbedarf. Gerade beim Sektor Verkehrsinfrastruktur und insbesondere beim ÖPNV, kann die Bevölkerung erleben, wie leicht Grenzen zu überwinden sind.

Die Saarbahn: In der Agglomeration Saar-Moselle grenzüberschreitend unterwegs (Foto: Dirk Michler)

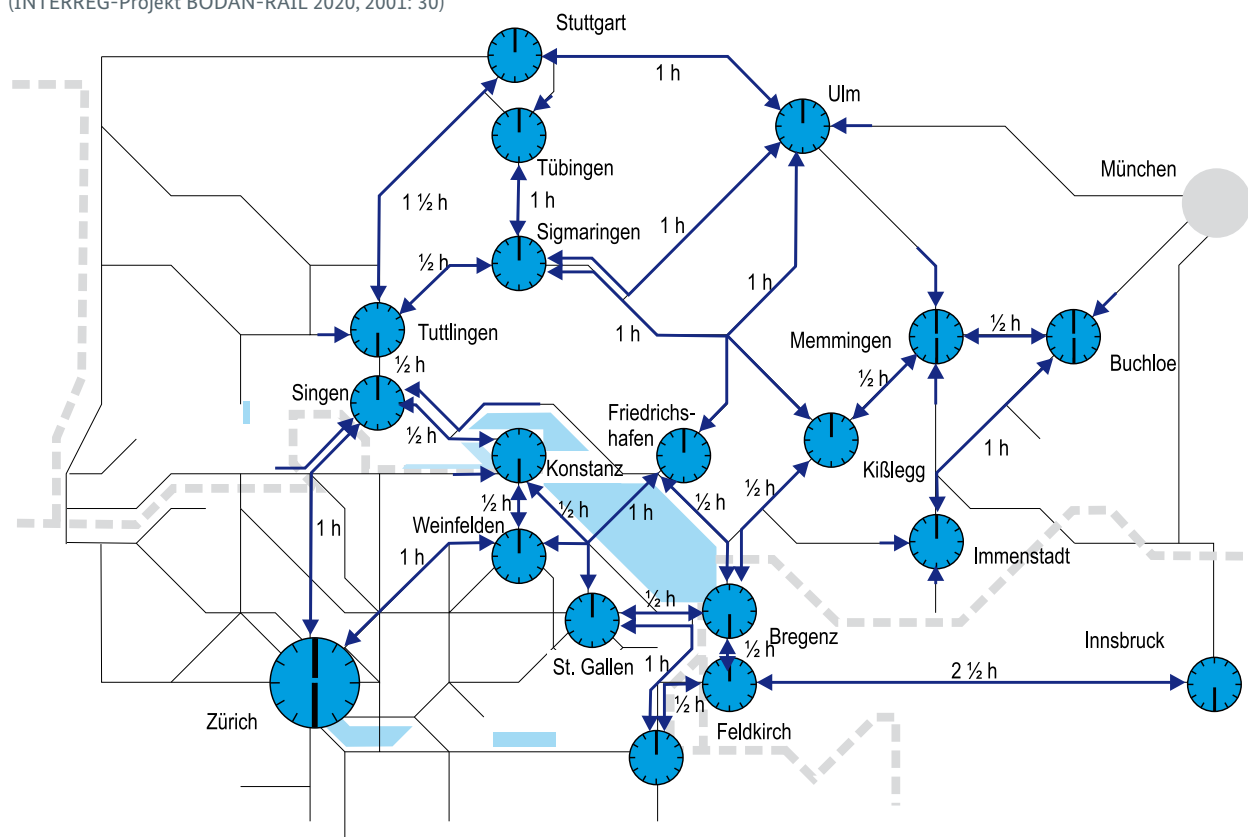


BODAN-RAIL 2020 in der Bodenseeregion

Die Bodenseeregion ist mit ihren 4,5 Mio. Einwohnern ein wichtiger grenzüberschreitender Wirtschaftsraum, in dem der Bodensee der zentrale Identifikationsanker und wesentlicher Wirtschafts- bzw. Standortfaktor ist. Gleichzeitig trennt er die nationalen Teilräume voneinander und stellt eine Barriere für den zunehmenden grenzüberschreitenden Verkehr dar. Hier bieten sich deutliche Optimierungspotenziale an, die strategisch in einem grenzüberschreitenden Verkehrskonzept koordiniert werden sollen. Das Projekt BODAN-RAIL 2020 zeigt erstmalig den erwünschten künftigen Zustand von Bahnnetz und Bahnbetrieb im Großraum Bodensee als einheitliche Planungsregion. Mit BODAN-RAIL 2020 konnte nachgewiesen werden, dass die Bahnsysteme von Deutschland, Österreich und der Schweiz in ein durchgängiges Knotensystem mit integriertem Taktfahrplan eingebunden werden können. (Website BODAN-RAIL)

Durch die Schaffung eines durchgängigen, höherwertigen und aufeinander abgestimmten Verkehrsangebots mit regelmäßiger verkehrenden (direkten) Zügen und z.T. erheblichen Reisezeitverkürzungen ist das Konzept besonders bürgerfreundlich und gleichzeitig rentabel: Durch das verbesserte Angebot werden überproportional mehr Einwohner das Angebot nutzen, so dass Modellrechnungen zufolge der Betrieb sogar kostendeckend erfolgen wird. Das Projekt BODAN-RAIL lieferte nicht nur konkrete Vorschläge für die Verknüpfung aller Bahnen im Umkreis des Bodensees, sondern auch Planungsinstrumente wie z.B. ein Netzplanungsmodell und ein Nachfragemodell. Darüber hinaus unterstützt es durch die Zusammenarbeit und Abstimmungsprozesse der verschiedenen Verkehrsträger neue grenzüberschreitende Governancestrukturen. (Website BODAN-RAIL)

Abb. 22: Knoten und Kanten im B-Zugnetz, das die Mittel- und Kleinzentren für ein schnelles grenzüberschreitendes Angebot verbindet (INTERREG-Projekt BODAN-RAIL 2020, 2001: 30)



M3 – Mobilität ohne Grenzen in der Euregio Maas-Rhein

Mobilität ist auch ein großes Thema in der Euregio Maas-Rhein, dem in Hinblick auf die Weiterentwicklung zu einer europäischen Metropolregion eine besondere Bedeutung zukommt. Die angestrebten bzw. bereits erreichten Verbesserungen im grenzüberschreitenden ÖPNV orientieren sich zum einen an den bereits nachgefragten Verkehrszwecken – insbesondere Berufspendeln, das Pendeln für Studium und Ausbildung sowie für Einkauf und Tourismus. Zum anderen werden gezielt solche Angebote zur Verfügung gestellt, von denen man sich eine lenkende Funktion in Hinblick auf eine Intensivierung (nachhaltiger) Wirtschafts- bzw. Regionalverflechtungen im Grenzraum verspricht. (Warnecke 2012)

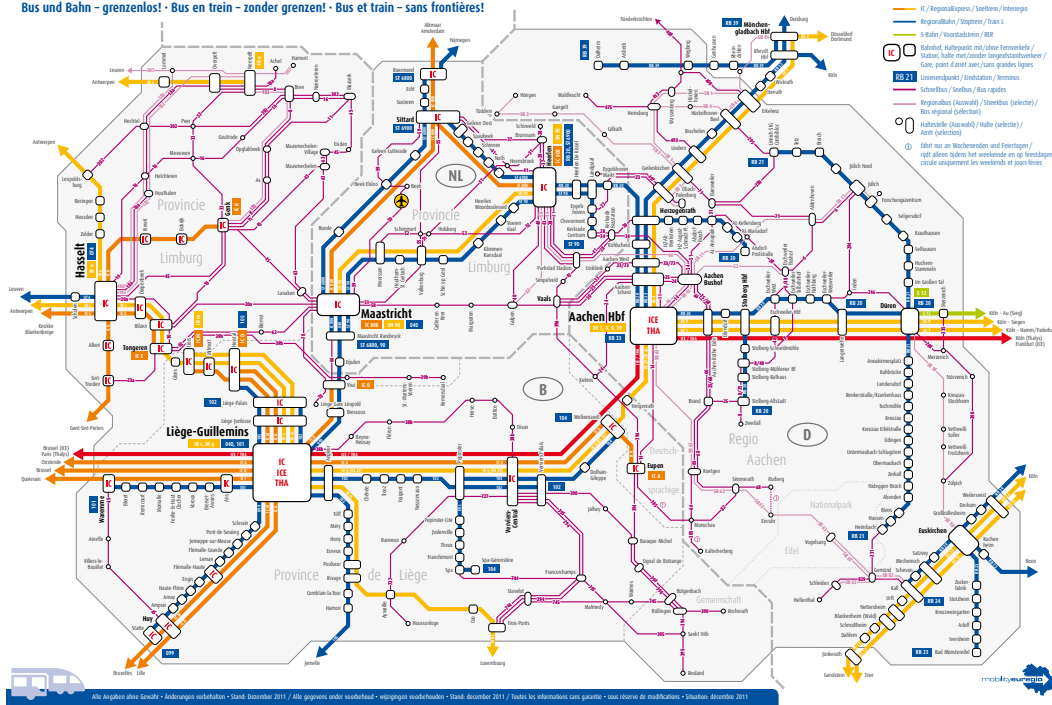
Das INTERREG-Projekt M3 sieht dazu eine große Bandbreite an Maßnahmen vor: Planung zusätzlicher grenzüberschreitender ÖPNV-Verbindungen im Schienen- und Busverkehr, die Verbesserung des vorhandenen Leistungs-

angebotes, die Attraktivierung der Tariflandschaft für den Kunden sowie eine bessere Kundeninformationen durch grenzüberschreitende Fahrplanauskunft und die Nutzung moderner Technologien im elektronischen Ticketing (Website mobility-euregio). Um die Bevölkerung aufmerksam zu machen, wurde das Marketinglabel „mobility euregio“ mit eigener Website initiiert. Über die Website www.mobility-euregio.com steht den Kunden neben der grenzüberschreitenden Fahrplan- und Tarifauskunft ein Freizeitportal zur Verfügung, das die gesamte Euregio Maas-Rhein abdeckt. Wissenswertes über aktuelle Entwicklungen oder Angebote im grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr findet sich auf der Startseite (Warnecke 2012).

Mit insgesamt ca. 1,6 Mio. € aus dem INTERREG-Programm der EUREGIO Maas-Rhein und fast 500.000 € seitens des Landes NRW wird das Projekt „M3 – Mobilität ohne Grenzen in der Euregio Maas-Rhein“ gefördert. Die Maßnahmen werden gemeinsam von den Partnern Aachener Verkehrsverbund, Provinz Limburg (NL), De Lijn (B), Région Wallonne & Transport en Commun (TEC) und der Stadt Aachen entwickelt und umgesetzt.

Abb. 23: Bus und Bahn – grenzenlos! Schnellverkehrsplan in der Euregio Maas-Rhein (AVV GmbH)

Schnellverkehrsplan · Netplan snelverkeer · Plan réseau rapide
Bus und Bahn – grenzenlos! · Bus en trein – zonder grenzen! · Bus et train – sans frontières!



Öresundregion – „Greater mobility means more opportunities“

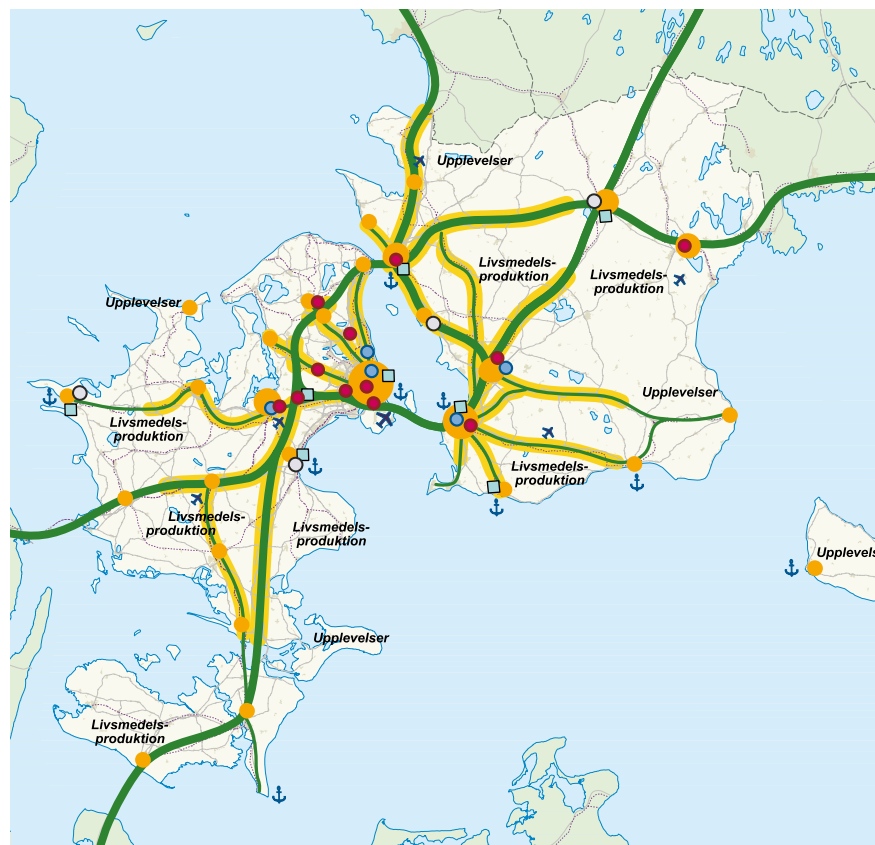
Die Öresundbrücke entfaltet seit ihrer Fertigstellung im Jahr 2000 eine starke symbolische Kraft für die gesamte Grenzregion: Sie wurde zum Symbol für ein Zusammenwachsen der nationalen Teilräume und einen intensiven Austausch zwischen Dänemark und Südschweden. Dies offenbaren die gestiegenen Pendlerzahlen: Seit der Eröffnung der Brücke hat sich die Zahl der Grenzpendler bis 2008 versiebenfacht. Rund 19.300 Personen überquerten 2008 die Brücke täglich wegen der Arbeit oder des Studiums (Øresundsbro Konsortiet 2009: 3, 13). Zusätzlich zur Brücke wurde auf Malmöer Seite im Jahr 2010 eine 17 km lange Eisenbahnstrecke (Citytunnel) zwischen dem Hauptbahnhof von Malmö und der Öresundbrücke fertiggestellt. Durch kürzere Fahrzeiten und eine erheblich bessere Anbindung wurde Malmö dadurch als Wohnstandort für

Pendler in den letzten Jahren umso attraktiver. Nicht zuletzt hat der Mobilitätsausbau zu weiteren Bauprojekten geführt (Tiedemann 2012). So entstanden in Kopenhagen die „Ørestad“ und in Malmö „Västra Hamnen“ als neue, moderne Stadtteile.

Auch zukünftig werden große Infrastrukturprojekte in der Region geplant, um die internationale Erreichbarkeit, die innerregionale Mobilität sowie das Durchqueren der Region selbst zu verbessern. Geplant ist eine weitere Brücke zwischen Helsingborg (SE) und Helsingør (DK). Zudem soll der Status des Kopenhagener Flughafens als Hauptknotenpunkt gewahrt, der öffentliche Verkehr auf beiden Seiten des Sunds weiterentwickelt und ein Schienennetz u.a. mit höheren Geschwindigkeiten nach Kastrup geschaffen werden (Website Öresundskomiteen). Auf einer gemeinsamen Konferenz mit den Infrastrukturpolitikern wurde bereits Anfang 2013 über diese Themen diskutiert (Tiedemann 2012).

Abb. 24: Improved accessibility and mobility: Scenario Konkurrentskraft 2025 (Region Skåne)

- Storregionala järnvägar
- Regionala järnvägar
- Kunskapsintensiva arbetsplatser
- Universitet
- Logistikcentrum
- ✈ Flygplats
- ⚓ Hamn
- Industriellt centrum
- By/stad centrum
- Ökat boende inom gång- och cykelavstånd från station



5.2 Kräfte in Grenzregionen bündeln, Infrastrukturen vernetzen

Wie können Infrastrukturen und Angebote besser vernetzt, Doppelstrukturen vermieden werden? Diese Frage beschäftigt insbesondere Raumakteure in Grenzregionen. Doppelstrukturen finden sich dort in allen Bereichen des täglichen Lebens und Wirtschaftens: in der Daseinsvorsorge, bei der Standortentwicklung für Industrie und Gewerbe, beim Ausbau regenerativer Energien, aber auch in den Bereichen Tourismus, Freizeit und Kultur. Dabei könnte die Zusammenlegung erhebliche Synergien mit sich bringen, da vor dem Hintergrund knapper Kassen Kosten gespart, und die komplementären Einrichtungen in metropolitenen Grenzregionen gleichzeitig durch Spezialisierungen gestärkt werden können.

Upper Rhine Valley – Tourismus in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Das INTERREG-Projekt „Upper Rhine Valley – Tourismus in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein“ (Website URV; Website FWTM Freiburg) zeigt, dass eine Bündelung der Aktivitäten dazu führen kann, eine grenzübergreifende Region nicht nur innerhalb Deutschlands oder Europas erfolgreich zu vermarkten, sondern auch in den USA, Kanada, China, Japan, Südkorea und Indien. In diesen Ländern werden Reiseveranstalter und Pressevertreter gezielt angesprochen und erhalten im Rahmen von spezifischen Reiseangeboten die Möglichkeit, den Oberrhein zu besuchen. In der Oberrheinregion selbst engagieren sich die Projektpartner für die grenzüberschreitende Kooperation von Tourismusakteuren durch Info-Stammtische und Expertentouren. Es werden grenzüberschreitende Produkte geschaffen, z.B. zu Rad-Tourismus oder zeitgenössischer Kunst, und die Basis für eine gemeinsame Vermarktung mit den jeweiligen Akteuren wie Radverleiher oder Museumsbetreiber gelegt. Mehrere Arbeitsgruppen organisieren die notwendigen

Abstimmungsprozesse. So entstehen neue informelle Netzwerke, die die metropolitenen Governancestrukturen unterstützen und weiterentwickeln.

Gerade auf dem internationalen Markt kann sich die Oberrheinregion mit ihrem landschaftlich sehr reizvollen und zugleich metropolitenen Charakter profilieren und somit auch die regionsinternen Verflechtungen fördern. Die Steigerung der Übernachtungszahlen und die Multiplikatorfunktion des Wirtschaftsfaktors Tourismus tragen zum langfristigen regionalen Nutzen des Projektes bei.

UPPER RHINE VALLEY
ALSACE REGION BASEL BLACK FOREST PALATINATE



Abb. 25: Die Oberrheinregion als Tourismusdestination (Website Upper Rhine Valley)

Grenzüberschreitendes Netzwerk Energieeffizienz/Erneuerbare Energien in der Großregion

In einem deutsch-französischen Netzwerk werden seit 2009 die Vernetzung von Fachakteuren und der Informationsaustausch zu den Themen Energieeffizienz und erneuerbare Energien in der Großregion unterstützt. Primär fokussiert das INTERREG-Projekt auf einen Vergleich der länderübergreifenden Märkte und Strukturen, um so Entwicklungsschwierigkeiten zu identifizieren und praktikable Lösungen zu finden. Beteiligt sind drei Partner aus zwei Ländern. Federführend ist die ARGE SOLAR, das saarländische Beratungszentrum für Energie und Umwelt, aktiv.

Die Website des Projektes (www.eneff-interreg.eu) bietet aktuelle Informationen zu innovativen Techniken wie Photovoltaik, Kraft-Wärme-Kopplung oder Geothermie sowie zu den durchgeführten Leuchtturmprojekten, die auf einer ECO-Map verortet sind. Die Projekte stehen im Zusammenhang mit öffentlichen und sozialen Gebäuden sowie innovativen Technologien im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien. Das Klimaschutzkonzept für Kaiserslautern, mit dem jährlich nun 339 t CO₂ eingespart werden, oder der Umbau von verschiedenen Gebäuden zu Passivhäusern sind erste richtungsweisende Schritte für eine energiebewusste Zukunft.



Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Geschwister-Scholl-Schule als eines der Leuchtturmprojekte (Foto: Stadt Kaiserslautern)

Grenzüberschreitende Ärzteversorgung im deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum

Grenzüberschreitende Gesundheitsvorsorge ist seit je her ein komplexes Thema. Dies zeigt sich u.a. bei Doppelstrukturen von Krankenhäusern dies- und jenseits der Grenze oder der nationalen Ausrichtung der Krankenversicherungssysteme. Das Projekt zur grenzüberschreitenden Ärzteversorgung markiert einen Meilenstein und übernimmt eine Vorreiterfunktion, da bereits vor der ab 2014 geltenden EU-Patientenrechte-Richtlinie die Staatenkooperation im Gesundheitswesen eingeführt wird (Website Ärztezeitung). So ist es Patienten bestimmter Versicherungen aus den Niederlanden und Belgien seit 2013 möglich, Leistungen deutscher Ärzte wahrzunehmen, sofern sie die neue Gesundheitskarte „eGCI“ bzw. „eIZOM“ beantragt haben. Auch Versicherte der AOK Rheinland/Hamburg können die Gesundheitskarten beantragen, um medizinische Versorgung und Service bei Behandlungen in den Niederlanden oder Belgien zu nutzen. Derzeit nehmen 8.200 Niederländer, 6.000 Belgier und 3.000 Deutsche diese Möglichkeit in Anspruch (Website Mönchengladbacher Zeitung). Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – und v.a. der wachsenden Zahl betagter und hochbetagter Menschen – führt die grenzüberschreitende Ärzteversorgung zu flexibleren Versorgungsstrukturen und ermöglicht den grenznahen Bewohnern den kürzesten Weg zum Arzt – auch wenn sich die Praxis im Nachbarland befindet.



Abb. 26: Die eIZOM-Gesundheitskarte (Website CSC - Grenzgängerdienst)

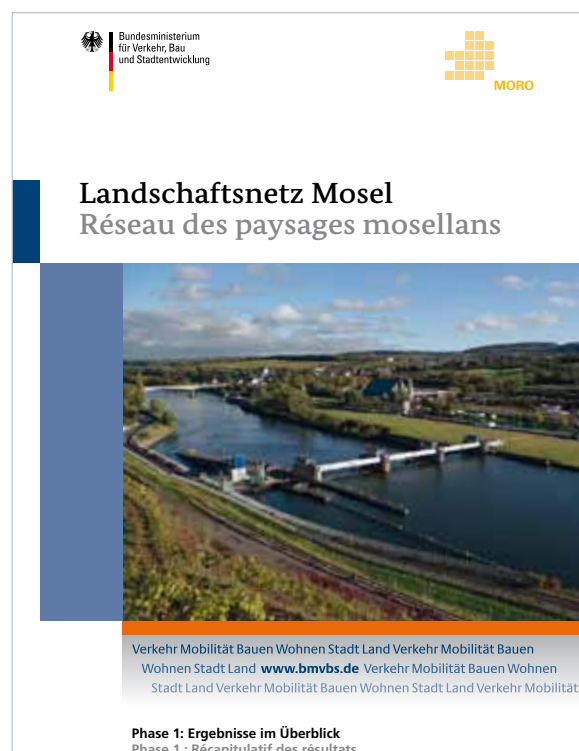
5.3 Umweltschutz und Kulturlandschaft grenzüberschreitend entwickeln

Der grenzüberschreitende Umweltschutz hat eine lange Tradition: Die Gründung der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee im Jahr 1959 war eine Antwort auf die zunehmende Gewässerverschmutzung. Gemeinsam konnte erreicht werden, dass der Bodensee auch weiterhin als Trinkwasserspeicher gesichert wurde. Inzwischen wurden Meilensteine des Umweltschutzes auf europäischer Ebene verankert. So sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzgebiete auszuweisen, die das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 bilden. Bislang ist die Ausweisung jedoch eher national orientiert und sollte zukünftig verstärkt grenzüberschreitend koordiniert werden (Website FFH-Gebiete). Gleiches gilt für Kulturlandschaften, die durch die Europäische Landschaftskonvention seit 2000 verstärkt auf der Agenda der EU stehen und als „Grundbestandteil des europäischen Natur- und Kulturerbes“ gelten (Website Europarat – ELC). Themen wie Hochwasserschutz und Gewässerreinigung sind schon länger Gegenstand intensiver grenzüberschreitender Kooperation: „Gerade die Einzugsgebiete von Fließgewässern und die Entstehung von Hochwasserrisiken orientieren sich nicht an nationalstaatlichen Grenzen, allerdings auch nicht an den Grenzen tradierter grenzüberschreitender Verflechtungsräume“ (BMVBS 2011: 86).

MORO-Initiative „Landschaftsnetz Mosel“

Das MORO „Landschaftsnetz Mosel“ vernetzt Vorhaben und Aktivitäten zum Schutz und zur behutsamen Weiterentwicklung des Natur- und Kulturerbes der Mosellandschaften der Großregion. Einen räumlichen Schwerpunkt legt die Initiative auf die „Dreiländermosel“: Die historische Weinbaulandschaft der Dreiländermosel unterliegt einem tiefgreifenden Wandel. Treiber dieses Wandels sind die voranschreitende Verbrachung und Verbuschung der Weinbauflächen auf deutscher Seite bzw. die großflächige Flurbereinigung auf luxemburger Seite. Zudem beflügelt der Wirtschaftsboom Luxemburgs das Siedlungswachstum im Moselengtal.

Schon in der ersten Phase (2009–2011) konnten Akteursnetzwerke geknüpft, räumliche Perspektiven zur Entwicklung der Mosellandschaften entworfen und Schwerpunktthemen gemeinsam erarbeitet werden. In den MORO-Workshops wurden die Handlungsschwerpunkte festgelegt und Perspektiven für die Raumentwicklung diskutiert. In der zweiten Phase des MORO (2012 bis Ende 2013) werden nun sieben Modellprojekte an der Dreiländermosel umgesetzt. Themenschwerpunkte sind beispielsweise die Entwicklung von Naturerbe und Kulturlandschaft, die Aufwertung bzw. Vernetzung von Uferbereichen, die Neubewirtschaftung von verbrachten Weinbauhängen oder die Förderung des wasserbezogenen Tourismus. Durch interkommunale bzw. fachgebietsübergreifende Abstimmungs- und Bündelungsprozesse wird die Umsetzung einer integrierten grenzüberschreitenden Flusslandschaftsentwicklung gemeinsam vorangetrieben. Zugleich hat das Projekt eine starke strategische Ausrichtung, die sich auf die zukünftige Entwicklung der Region und die Stärkung der Mosel als Identifikationsanker für die Bevölkerung und die gesamte Großregion bezieht.



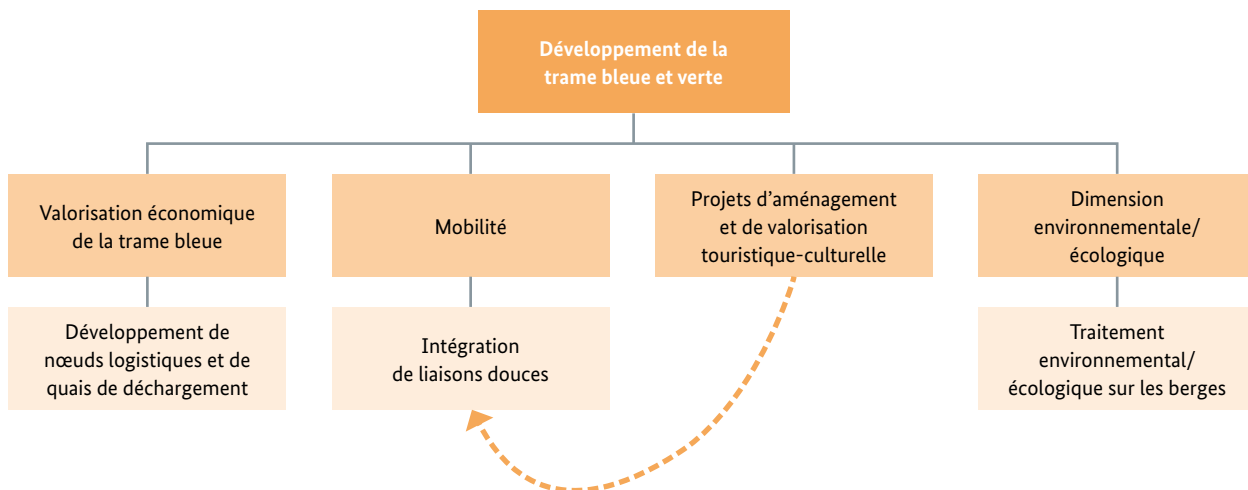
Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai – Trame bleue et verte

Im Rahmen der Strategie 2014-2020 hat die Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai gezielt Prioritäten für die Entwicklung der Grenzregion gesetzt: Das ökonomische Potenzial soll weiterentwickelt, die Mobilität innerhalb der Eurométropole bzw. die internationale Erreichbarkeit der Region gestärkt sowie die „blauen“ und „grünen“ Achsen für eine attraktive Landschaft ausgebaut werden. Mit dem Konzept der „Trame bleue et verte“ möchte die Eurométropole Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung werden. Ein integrierter Ansatz steht dabei im Vordergrund: Beim Ausbau der „blauen“ und „grünen“ Achsen spielen deshalb auch ökonomische Aspekte eine wichtige Rolle.

So wird eine Möglichkeit der Verknüpfung von ökologischen und ökonomischen Potenzialen darin gesehen, die Wasserwege, die sog. „trame bleue“, auch als Logistikknoten und Umschlagplätze zu nutzen. Darüber hinaus sollen die Achsen in Verbindung mit Mobilität und touristisch-kulturellen Aspekten entwickelt werden. Als übergeordneter Aspekt steht die naturschutzfachliche Dimension im Vordergrund. Die verträgliche Ufergestaltung ist ein Beispiel wie in diesem Bereich Maßnahmen aussehen können (s. Abb. 27). Insgesamt gilt es, ein „grenzenloses“ Netzwerk der blauen und grünen Achsen zu etablieren und dadurch die Verbindungen in der Eurométropole zu stärken (Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai 2011).

Abb. 27: Trame bleue et verte (Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai)

Exemple: Intégrer la dimension économique des voies d'eau dans un projet transversal prenant en compte toutes les fonctionnalités



5.4 Metropolitane Grenzregionen als gemeinsame Wirtschafts- und Wissenschaftsräume stärken

Aus wirtschaftlicher Sicht ist eine Stärkung der spezifischen harten und weichen Standortfaktoren sowie deren Verknüpfung innerhalb der Grenzregionen essentiell. Seit Beginn der 1990er Jahre – als die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums auf der europäischen Agenda stand – hat die EU zahlreiche Abkommen geschlossen, die den Handel auf dem europäischen Binnenmarkt vereinfacht haben. Die Potenziale für Wirtschaft und Innovation werden in Grenzregionen bislang jedoch noch nicht angemessen vernetzt: „Die Anstrengungen, grenzüberschreitende Verflechtungsräume zu gemeinsamen Wirtschaftsräumen auszubauen, könnten einen erheblichen Mehrwert für die nationalen Teilräume erbringen“ (BMVBS 2011: 87).

Wie die nachfolgenden Beispiele zeigen, muss die Basis für einen gemeinsamen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum in der Region selbst geschaffen werden: durch die Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung an einer konkreten Marketingstrategie und die enge Zusammenarbeit von Unternehmen in Bezug auf zukunftssträchtige Wirtschaftscluster. Die metropolitenen Grenzregionen gelten aufgrund ihrer hohen Dynamik schon jetzt als Motoren der europäischen Entwicklung und werden sich durch die Bündelung ihrer Stärken auch global behaupten können.

Auch im Wissenschaftsbereich nutzen die MGR die spezifischen Chancen des Grenzraums. In Kooperationsverbünden der Universitäten, wie z.B. der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH), werden Kompetenzen gebündelt, und die Studierenden können vielfältige Qualifikationen erwerben. Besonders attraktiv ist das Angebot, wenn dabei die Mehrsprachigkeit gefördert wird.

Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee (IWB)

Viele leistungsfähige kleine und mittlere Unternehmen sowie herausragende international agierende und z.T. weltmarktführende Unternehmen sind das Markenzeichen der Bodenseeregion. Um die wirtschaftlichen Aktivitäten offensiv zu gestalten und zu koordinieren, wurde das Projekt „Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee“ mit der Bodensee Standort Marketing GmbH als federführendem Partner im Rahmen des INTERREG-Programms ins Leben gerufen. Die Wahrnehmung der Region als „dynamischer Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität, Freizeitattraktivität, Wettbewerbsfähigkeit und bedeutendem Wachstumspotential“ soll gestärkt werden. (Website Bodensee Standort Marketing, Website Bodenseekreis)

Markenlaunch Vierländerregion Bodensee: Die Regionenmarke „Vierländerregion Bodensee“ wurde offiziell am 13.09.2011 mit mehreren Highlights gestartet. Die 15 Projektpartner enthüllten auf der Fähre „Tabor“ auf dem See die Regionenmarke spektakulär mit 300 Ballonen in den Markfarben orange, rot und violett. Seitlich war an der Fähre das größte Bodensee-Panoramabild aller Zeiten angebracht. Zugleich hatte der Film zur Marke Weltpremiere. (Foto: Achim Mende)



Dem IWB-Projekt liegt die Studie „Themenwelt Bodensee“ der Arthesia AG zugrunde (s. Website Vierländerregion), die eine inhaltliche Grundlage für zukünftige Standortentwicklungs- und Marketingkonzepte entlang des Bodensees lieferte. Augenmerk lag zudem auf der Frage, wie nationalstaatliche Interessen mit grenzüberschreitenden Zielen verbunden werden können. Das IWB-Projekt setzt nun die Ergebnisse der Studie um.

Beteiligt sind alle relevanten Institutionen, Wirtschaftsfördereinrichtungen und Kompetenzträger, die den Bodenseeraum gemeinsam als starken Wirtschaftsstand-

ort vermarkten möchten – ein Ziel, das auch im Leitbild der Internationalen Bodenseekonferenz 2008 verankert wurde. Neben den wirtschaftlichen Potenzialen werden die Bereiche Tourismus, Wissenschaft und Bildung, Kultur, Politik, Sport etc. integriert. Im Rahmen der gemeinsamen Marketing- und Kommunikationsoffensive ist die Regionenmarke „Vierländerregion Bodensee“ als ein zentraler Meilenstein entstanden; ein Internetportal („Marktplatz Bodensee“) ist derzeit im Aufbau. Die Regionenmarke wurde unter Einbeziehung des Tourismussektors bzw. des Projekts „Positionierung Bodensee“ der Internationalen Bodensee Tourismus GmbH erarbeitet.



Gemeinschaftsmesseauftritt auf der EXPO REAL: Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid am Stand der Vierländerregion Bodensee auf der EXPO REAL 2012 (Foto: Bodensee Standort Marketing GmbH)

Towards „Top Technology Cluster“ TTC im deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum

Seit 2008 wirken die Süd-Niederlande (Provinzen Nord-Brabant und Limburg), das östliche Belgien (Provinzen Flämisch-Brabant, Limburg und Lüttich) sowie das westliche Nordrhein-Westfalen (Teilbereiche der Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf) in der gemeinsamen INTERREG-Initiative „Top Technology Region (TTR)“ zusammen. Der besondere strategische Ansatz dieser Initiative besteht darin, Projekte voranzutreiben, mit der die herausragenden wirtschaftlich-technologischen Potenziale dieses Raumes grenzübergreifend entwickelt werden sollen. Darüber hinaus sollen die institutionellen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit über die Grenze hinweg verbessert werden.

Um die Kooperationen zwischen technologieorientierten Unternehmen (einschl. Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen) zu stimulieren, werden während der Projektlaufzeit eine Vielzahl von Kennenlern-, B2B-Matchmaking- und Projekt-Partnering-Aktivitäten angeboten. Darüber hinaus können über zusätzliche Unterstützungsmaßnah-

men (Business Development Support) technologieorientierte Unternehmer fachliche Expertise, Dienstleistungen und finanzielle Förderung erhalten, mit denen die ersten Schritte von guten Ideen zu konkreten Projektansätzen und zu gemeinsamen Projektkonsortien problemlos gemeistert werden können. Mit diesem Ansatz wird vor allem die metropolitane Wettbewerbs- und Innovationsfunktion gestärkt und regionale Governance durch neue projektspezifische Strukturen weiterentwickelt.

Towards „Top Technology Cluster“ TTC stellt einen ersten konkreten Beitrag dar, um die gemeinsame Initiative TTR ELAt mit Leben zu füllen. TTC fokussiert auf zwei wichtige strategische Linien des TTR ELAt-Aktionsprogramms: Business-Entwicklung und Netzwerke. Es zielt auf die durch eine internationale Benchmark-Studie als besonders aussichtsreich identifizierte Technologiefelder ab: Gesundheit/Life Sciences, Informations- und Kommunikationstechnik, Energie sowie neue Werkstoffe/Chemie. Durch das Projekt können Wirtschaftskraft und unternehmerische Innovationsförderung gestärkt und nicht zuletzt neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die MGR wird so zu einem interessanten Standort für neue Unternehmen und kann sich auf europäischer Ebene positionieren.



Midterm Veranstaltung am 28. Juni 2012 im Forum M, Aachen: Prof. Joel West, PhD, Open Innovation-Forscher aus Claremont (CA), USA (links); Erste Innovationsgutscheine an Aachener Technologiefirmen (rechts) (Fotos: AGIT mbH/Andreas Herrmann); www.ttc-innovation.eu

6. Über nationale Grenzen hinaus schauen – Grenzüberschreitende Raumbeobachtung

Kapitel 6 im Überblick

In den letzten Jahren haben die MGR den Bedarf an Geoinformationssystemen erkannt: Geoinformationssysteme sind unabdingbar, um die Potenziale und Defizite in den MGR abschätzen und zukünftige Entwicklungen prognostizieren zu können.

Grenzüberschreitende Raumbeobachtung muss sich mit spezifischen Schwierigkeiten auseinandersetzen: Relevante Daten zu Raumstruktur und Raumentwicklung liegen meist nicht europaweit vor, sind oftmals in ihrer Erhebung nicht vereinheitlicht und damit auch im Ergebnis nicht vergleichbar. Diese Probleme sind bislang nicht zufriedenstellend gelöst. Insbesondere die INTERREG-Initiative hat den Aufbau grenzüberschreitender GIS in den IMeG-Regionen und anderen MGR in Europa befördert. Viele Projekte wurden auf den Weg gebracht. Auch auf Bundesebene ist die grenzüberschreitende Perspektive erforderlich, beispielsweise beim Bundesverkehrswegeplan. Eine vereinheitlichte Datenstrukturen in Europa bleibt eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Strategien zur Raumentwicklung sind gerade in Grenzregionen wichtig, um territoriale Kohärenz und Integrationsprozesse zu fördern. Sie können ihre volle Wirkung jedoch nur entfalten, wenn sie auf einer sicheren Datengrundlage basieren. Nur so lassen sich aktuelle Potenziale und Defizite in den MGR sicher abschätzen sowie zukünftige Entwicklungen prognostizieren. Genau hier liegt für viele Grenzregionen das Problem: Verschiedene nationale Praktiken zur Erhebung und Aufbereitung von Grundlagen treffen aufeinander, so dass sich eine Zusammenführung von Informationen und statistischem Material nicht einfach gestaltet. Die Herausforderung besteht in der Generierung, Harmonisierung und Aufbereitung einer einheitlichen und kohärenten Datenbasis für die gesamte Grenzregion.

Die wohl größte Herausforderung ist die **europaweite Datenverfügbarkeit**, die trotz des Angebots vieler Datenbanken und Statistiken wie eurostat, ESPON oder Euro-Geographics oft nicht gegeben ist. Eng damit verbunden ist ein zweites Problem: Selbst wenn generell Daten zu einer spezifischen Fragestellung in allen europäischen Ländern vorhanden sind, liegen sie meist nur auf NUTS 1- oder 2-Ebene vor, nicht aber auf **NUTS 3-Ebene** oder gar für die LAU-Einheiten. Für raumplanerische Fragestellungen in Grenzregionen müssen aber oft Daten dieser räumlichen Ebene herangezogen werden, da die höheren NUTS-Ebenen aufgrund der großen Maßstäblichkeit keine geeignete Grundlage für konkretere Planungen bieten. Selbst bei Vollständigkeit der Datensätze auf den entsprechenden NUTS- und LAU-Ebenen stellt sich die Frage, wie und wann die **Daten erhoben wurden**. Rahmenbedingungen und Kriterien der Erhebung werden zwischen den europäischen Staaten und in vielen Grenzregionen nicht abgestimmt; die Datensätze sind damit nur eingeschränkt vergleichbar. Pendlerbewegungen werden beispielsweise häufig nur innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten und in unregelmäßigen Abständen erhoben. Teils fehlen die hierzu erforderlichen Daten zu Zweitwohnsitzen. Als problematisch erweisen sich zudem Veränderungen von Gemeindegrenzen, aus denen eine mangelnde Kongruenz von Datenbezug und Raumzuschnitt resultiert. Oft sind die Daten innerhalb der administrativen Einheiten nicht einheitlich werden. Selbst nachdem die Daten harmoni-

siert wurden, zeigen sich hinsichtlich der kartographischen Darstellung bei Signaturen oder Legenden Unterschiede; nicht alle Daten lassen sich aufgrund anderer Maßstäblichkeit in gleicher Weise darstellen.

Grenzüberschreitende Raubeobachtung aus Sicht des Bundes

Auf der Bundesebene steht die grenzüberschreitende Raubeobachtung im Zusammenhang mit der in § 25 ROG (Raumordnungsgesetz) formulierten Aufgabe des Bundes, ein Informationssystem zur räumlichen Entwicklung im Bundesgebiet und in den angrenzenden Gebieten zu etablieren. In vielen Bereichen spielen grenzüberschreitende Daten auch aus bundesdeutscher Sicht eine wichtige Rolle, z.B. bei der Bundesverkehrswegeplanung. Da als Entscheidungsgrundlage für die Infrastrukturplanung langfristige Verkehrsprognosen erforderlich sind, wird derzeit eine Verflechtungsprognose 2030 erstellt, die auch grenzüberschreitende Verkehrsströme und Güteraustauschbeziehungen berücksichtigen muss, so u.a. zwischen Karlsruhe und dem Elsass.

Zwar liegen auch schon jetzt Daten für Europa bzw. die Grenzümräume Deutschlands auf bundesdeutscher Ebene vor; dies zeigt eindrucksvoll die Studie „Metropolräume in Europa“ des BBSR (2010). Eine differenzierte und systematische Aufnahme planungsrelevanter Daten in Grenzregionen auf Bundesebene wäre zusätzlich ein großer Gewinn und könnte eine grenzüberschreitende integrierte Raumplanung in den Grenzregionen in erheblichem Maße befördern.

Da der Bedarf an einem grenzüberschreitenden Informationsmanagement bzw. Regionalmonitoring seit Jahren offenkundig ist, werden aktuell Daten-, Karten- und Geoinformationsportale in den IMeG-Regionen aufgebaut. Die Beispiele von Geoinformationsportalen verdeutlicht, dass es verschiedene Wege gibt, wie Karten mit regional bedeutsamen Informationen für unterschiedliche Raumakteure und die interessierte Bevölkerung erstellt werden können.

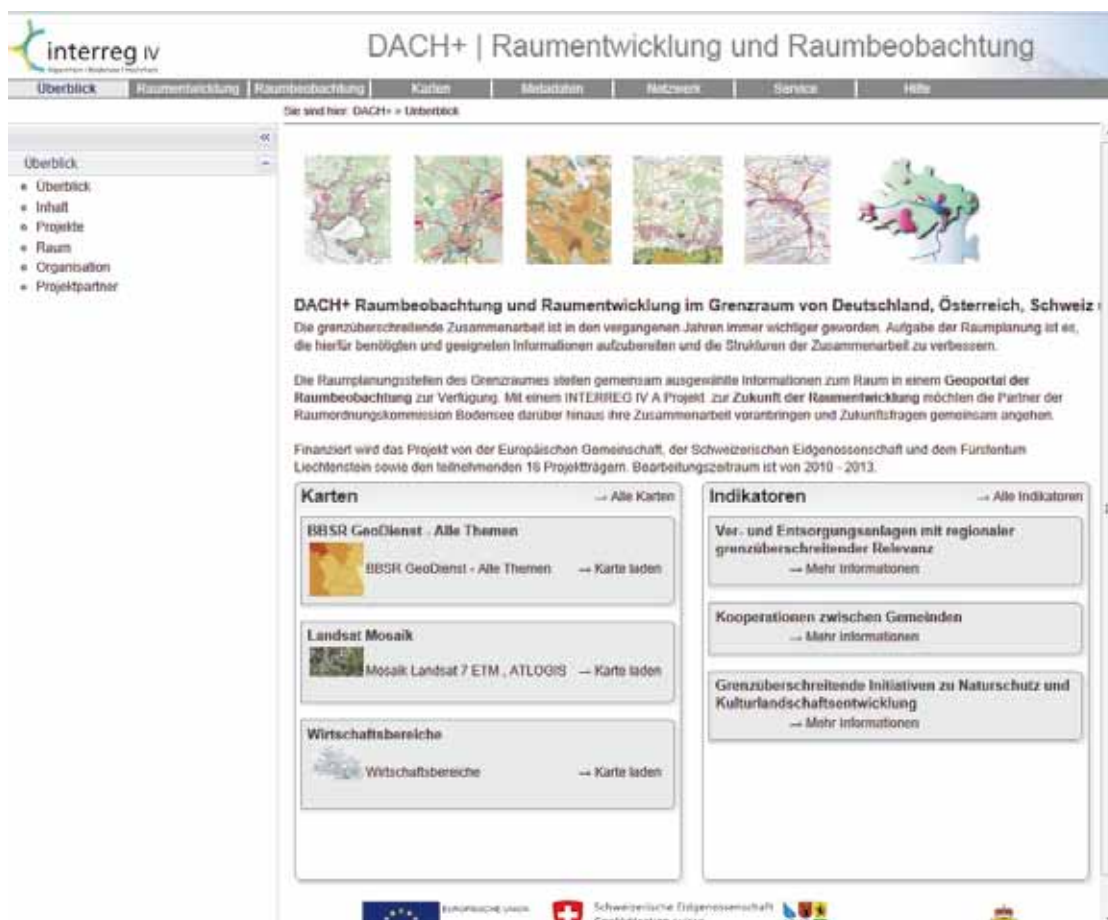
Bodenseeregion – das Portal DACH+

Mit dem Portal „DACH+“, das sich mit der Raumentwicklung und Raumbeobachtung in der Bodenseeregion beschäftigt, wurde im Rahmen des INTERREG-Programms der Aufbau eines Geoinformationssystems gestartet. Mittlerweile hat sich das Projekt etabliert, so dass eine Weiterführung außerhalb der INTERREG-Förderung geplant ist.

Der im DACH+ verwendete Kartenviewer führt verschiedene raumplanerisch relevante Informationen zusammen. Dadurch, dass u.a. Daten des Geoportals Raumordnung Baden-Württemberg zur Verfügung stehen, können beispielsweise bei DACH+ der Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg, der Flächenwidmungsplan Vorarlberg oder die Festlegungen des Richtplans Graubünden

direkt eingeladen und mit Diensten anderer Fachstellen überlagert werden. Neben den im Rahmen des DACH+-Projekts erarbeiteten bzw. erworbenen Geodaten (z.B. Corine-, Relief- und topographische Daten) können so auch externe Daten durch WMS-Dienste (WebMapServices) genutzt werden. Durch die Nutzung der verschiedenen Webdienste kann DACH+ Daten zu landwirtschaftlicher Betriebsstruktur, Zerschneidung, Tourismus, KFZ-Dichte oder Pendlerbilanz grenzüberschreitend zur Verfügung stellen. Relevante Daten für Raumplanung und Raumentwicklung, wie zentrale Orte, Verdichtungsräume und Schutzgebiete, werden der BBSR-Raumbeobachtung entnommen. Im Vergleich zu anderen Portalen gibt DACH+ dem Nutzer einen Werkzeugkasten an die Hand, mit dem Karten individuell zusammengestellt werden können.

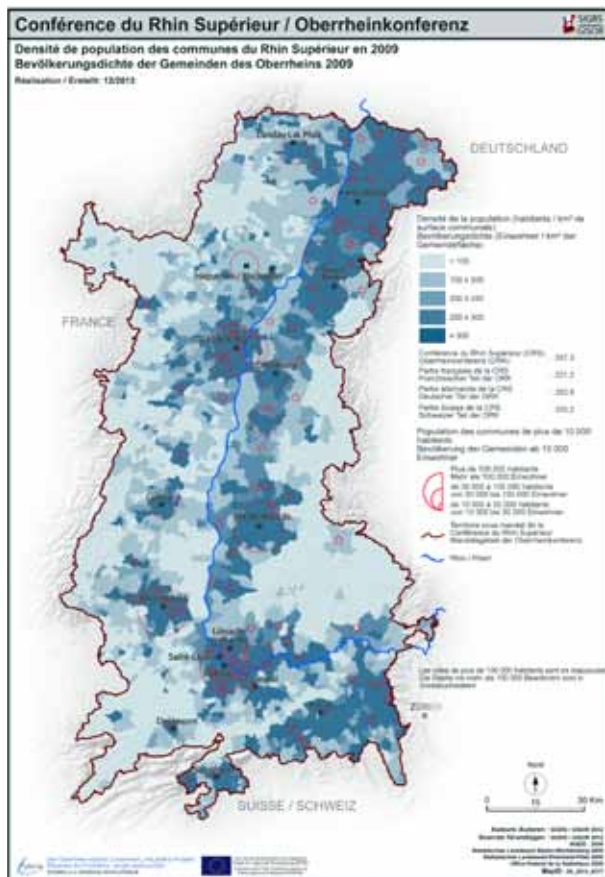
Abb. 28: Das GIS-Portal DACH+ (Website DACH+)



Trinationale Metropolregion Oberrhein – GISOR

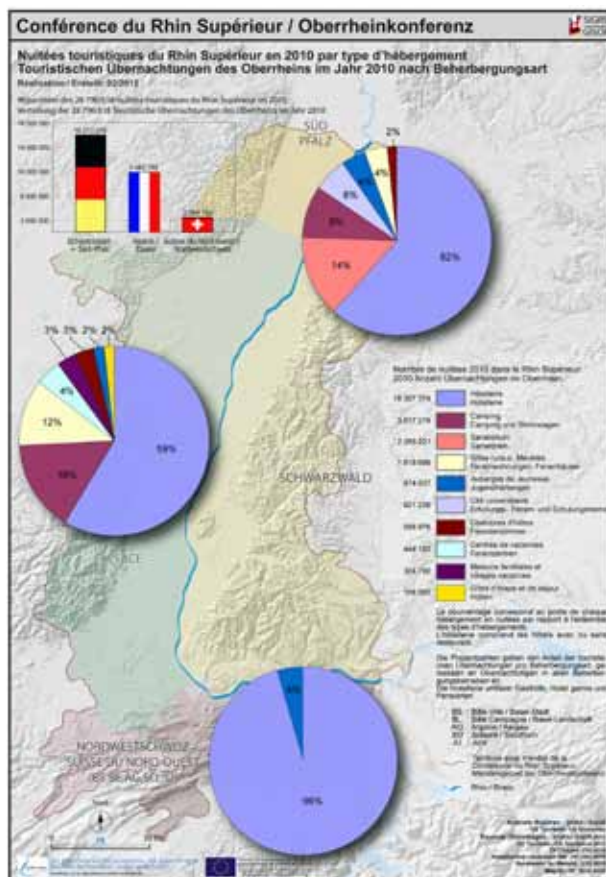
GISOR ist eine digitale geographische Datenbank für den Oberrheinraum mit Karten bzw. sozioökonomischen Daten, die zugleich ein sehr effektives Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der Nordwestschweiz und Frankreich darstellt (Website GISOR). Der Mehrwert besteht darin, dass die Akteure der ORK, die ORK-Arbeitsgruppen, die Finanzpartner wie auch die öffentlichen Träger die online zur Verfügung stehenden Karten für grenzüberschreitende Aktionen, Pilotprojekte und Planungszwecke nutzen können. (Politische) Entscheidungen können somit oftmals schneller gefällt werden. Zentrales Anliegen ist außerdem, grenzüberschreitende Karten zu entwickeln, die jeder Bürger am Oberrhein für berufliche oder private Zwecke nutzen kann.

Abb. 29: Bevölkerungsdichte der Gemeinden des Oberrheins 2009 (SIGRS/GISOR 2012)



Dem Portal „Geographisches Informationssystem des Oberrheins“ (GISOR) liegt im Vergleich zu DACH+ ein anderer Aufbau zugrunde; die Ziele der beiden Systeme sind jedoch gleich. Bei GISOR werden die Geodaten in einem System zusammengeführt und dort kartographisch aufbereitet. Es entsteht eine Kartensammlung mit Themenkarten beispielsweise zu Umwelt, Transport, Flächennutzung, Statistik, Gesundheit und Tourismus. Sie stehen auf der Website als Download zur Verfügung, ebenso zahlreiche Geobasisdaten, thematische Geodaten und Metadaten (Website GISOR). Durch die Bereitstellung fertiger Karten ist im Vergleich zum DACH+-Portal ein sehr schneller Zugriff auf Informationen möglich. GISOR stellt für den Nutzer deshalb ein leicht handhabbares, aber nicht individuell auszugestaltendes Angebot dar.

Abb. 30: Touristische Übernachtungen des Oberrheins im Jahr 2010 nach Beherbergungsart (SIGRS/GISOR 2012)



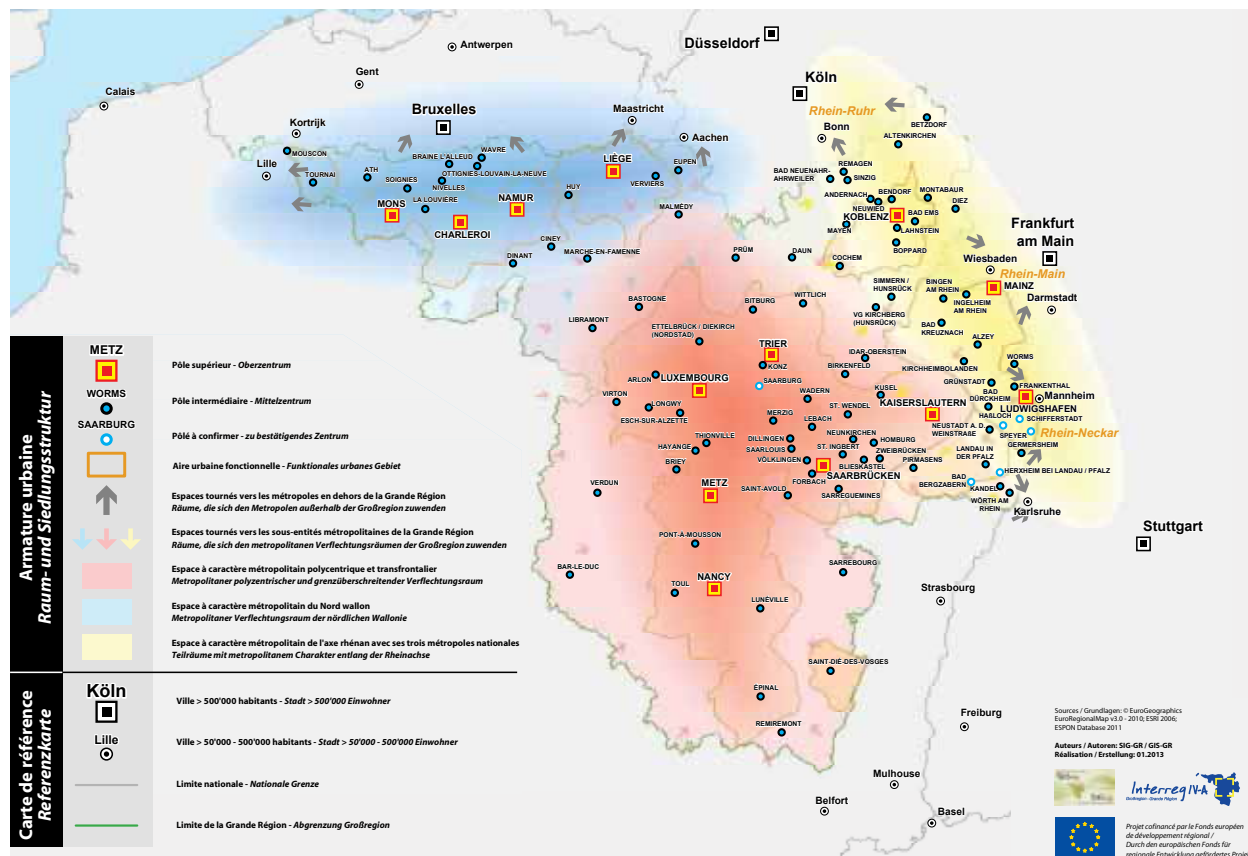
Großregion – GIS-GR

Das Geoinformationssystem für die Großregion wurde vom Gipfel der Großregion auf den Weg gebracht und in der ersten Phase (2010-2013) durch INTERREG finanziert. Es dient der Strukturierung, Bearbeitung, Abgleichung und Analyse georeferenzierter und thematischer Daten und verbessert so das Verständnis der Prozesse in der Großregion. Insbesondere im letzten Jahr hat sich das System enorm weiterentwickelt und ermöglicht die Erstellung eigener Karten. Zudem werden Karten und Erläuterungstexte auf der Website zum Download angeboten. Thematisch unterstützen diese z.B. die Erstellung des Raumentwicklungskonzepts der Großregion, stellen die metropolitane Dimension, die Zentrenstruktur und die Typologie der metropoliten Funktionen in Bezug auf die Oberzentren

der Großregion dar. Weitere thematische Karten werden sukzessive erarbeitet und veröffentlicht (s. www.gis-gr.eu).

Die institutionelle Zusammenarbeit der Großregion verfügt über ständige Arbeitsgruppen, die mit der Verwirklichung von konkreten Projekten und Konzepten beauftragt sind. Das GIS-GR ist ein wichtiges Arbeitsinstrument für die großregionalen Arbeiten im Bereich der räumlichen Planung und Entwicklung, sowie für die Projekte und Initiativen der thematischen Arbeitsgruppen der Großregion. Der Koordinierungsausschuss Raumentwicklung als die Arbeitsgruppe der Großregion, die mit der Begleitung aller im Rahmen der Raumplanung und Raumentwicklung zu bearbeitenden Aufgaben, z.B. des Raumentwicklungskonzeptes beauftragt ist, steht im ständigen Austausch mit dem GIS-GR. (MDDI 2013)

Abb. 31: Die metropolitane Dimension der Großregion (MDDI 2013: 55)



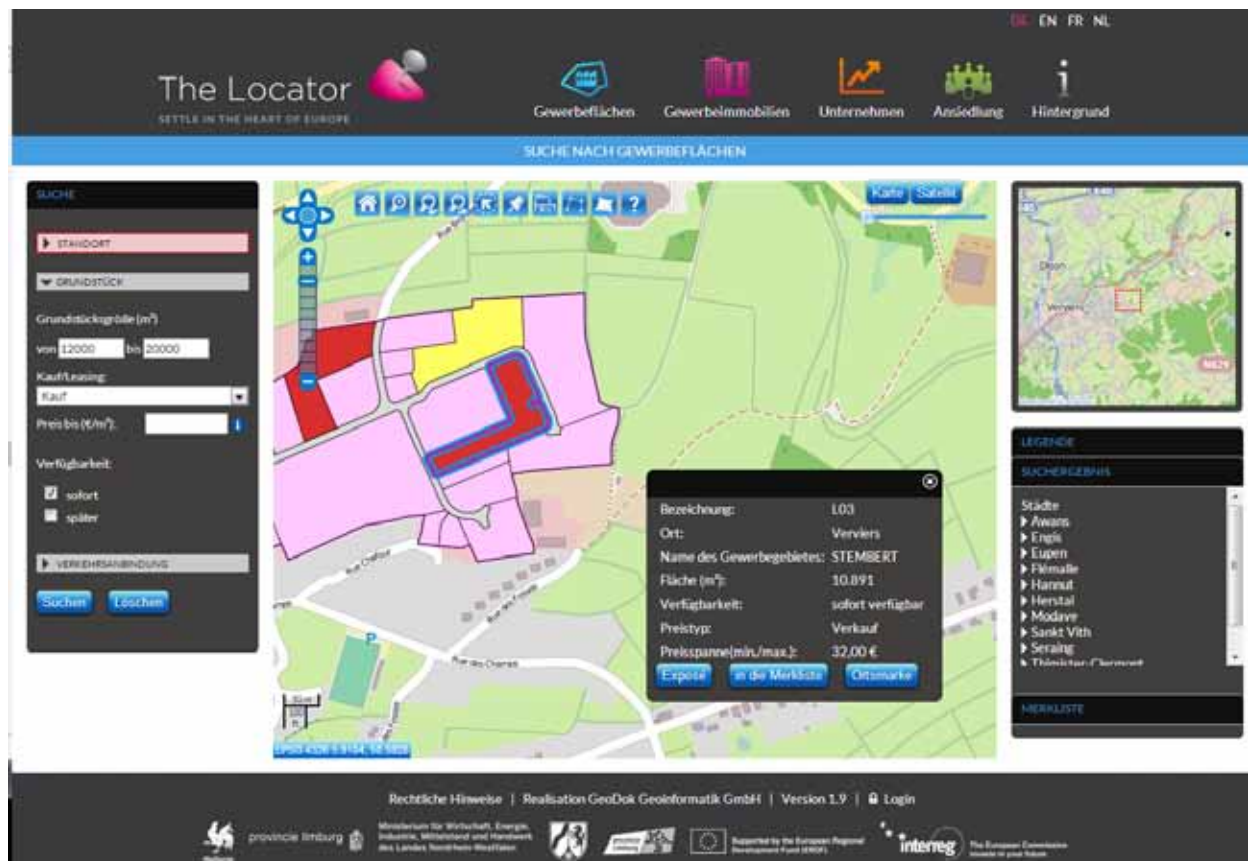
Euregio Maas-Rhein – The Locator

„Grenzenlose Informationen für Unternehmen“ soll das gerade im Aufbau befindliche viersprachige, multifunktionale Unternehmensstandort-Informationssystem für die Euregio Maas-Rhein „The Locator“ liefern. Im Gegensatz zu den anderen vorgestellten Projekten werden hier keine allgemeinen regionalen Daten angeboten, sondern aktuelle, detaillierte und grenzüberschreitend vergleichbare Ansiedlungsinformationen. Das System ist noch im Aufbau, allerdings haben Interessierte schon jetzt die Möglichkeit, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Gewerbeflächen zu suchen: Im drop down-Menü können Informationen zu Standort (Land, Region, Stadt/Gemeinde, Name des Gewerbegebietes), Grundstück (Größe, Kauf/Leasing, Preis/m², Verfügbarkeit sofort/später) und zur Verkehrsanbindung (Entfernung in km zum (Güter-)Bahnhof, Binnenhafen,

Autobahn, Flughafen) eingegeben werden. Auf einer Karte werden nach Angabe der individuellen Suchparameter alle potenziellen Gewerbeflächen angezeigt; zudem stehen Grundstücksexposés zur Verfügung. Alle Informationen gibt es auf Englisch, Deutsch, Niederländisch und Französisch. (Website AGIT – The Locator, AGIT 2012)

Hervorgegangen ist das Standort-Informationssystem aus dem INTERREG-Projekt „Industrial Site Portal EMR“ und wird von einem grenzüberschreitenden Konsortium, bestehend aus der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) und weiteren Partnern in den Niederlanden und Belgien, bereitgestellt. Das gesamte Projekt wird voraussichtlich bis Mitte 2014 laufen; danach soll das Webportal von den beteiligten Partnern aus eigenen Mitteln fortgeführt werden. (Website AGIT – The Locator)

Abb. 32: The Locator bietet Suchfunktionen für Gewerbeflächen (Website AGIT – The Locator)



7. Kooperation und Konflikte besser managen

Kapitel 7 im Überblick

Trotz Jahrzehnte langer Zusammenarbeit stehen die Grenzregionen immer noch vor großen Herausforderungen in der gemeinsamen Raumentwicklung. Sprachbarrieren, nationale Rechts- und Verwaltungssysteme wie auch unterschiedliche Planungskulturen und Akteursebenen erschweren die Zusammenarbeit. Schwierige Problemfelder werden selten behandelt. Vor allem bei wichtigen oder konfliktreichen Standortentscheidungen in den nationalen Teilräumen werden die Institutionen jenseits der Grenze oftmals zu spät und nicht angemessen informiert.

Gründe liegen oft in den heutigen Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die vielfach nicht darauf ausgelegt sind, grenzüberschreitende Konflikte zu lösen – es fehlt bislang an entsprechenden Strategien zur Konfliktbewältigung (Euro-Institut 2010).

Durch intensive Verflechtungen gibt es eine besonders hohe Konfliktdichte. „Kooperation und Konflikte besser managen“ ist deshalb ein zentrales Anliegen in den metropolitanen Grenzregionen. Der zum Thema Kooperationsmanagement in MGR durchgeführte Workshop hat dazu erste wichtige Ansatzpunkte geliefert. Unter Mitwirkung der IMeG-Partner und Gäste aus Belgien, Frankreich und der Schweiz konnten erste Ansatzpunkte erarbeitet werden. Der interkulturellen Dimension von Konflikten in Grenzregionen, Methoden einer konstruktiven Konfliktkultur in territorialen Kooperationssystemen und der Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Governance im Hinblick auf Konfliktlösungen wurde dabei besonderes Augenmerk geschenkt.

In der grenzüberschreitenden Kooperation kommt die Information der Planungsakteure im Nachbarstaat über (raumwirksame) Planungsvorhaben oftmals zu kurz. Immer dann, wenn nicht frühzeitig und auf Augenhöhe kommuniziert wird, wenn die Planungsprozesse intransparent erscheinen, kommt es schnell zu Unmut und Konflikt. Die gegenseitige Information ist allerdings nur ein erster Ansatzpunkt. Zukünftig muss darauf hingewirkt werden, dass der kulturelle Hintergrund der Planungsakteure dies- und jenseits der Grenze angemessen berücksichtigt wird, Wege für eine konstruktive Konfliktkultur gefunden und die derzeitigen Governancestrukturen weiterentwickelt werden.

„Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bedeutet nicht, dass einer der Partner zunächst national allein handelt und im Nachhinein versucht, die Nachbarn auf der anderen Seite der Grenze zu beteiligen oder mit ihnen zusammenzuarbeiten. Sie umfasst [...] die Entwicklung von gemeinsamen Programmen, Prioritäten und Aktionen. Sie beinhaltet auch eine umfassende Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppierungen, Verwaltungsebenen etc. an der Kooperation.“ (Jens Gabbe, ehem. Generalsekretär der AGEg, in: AGEg 2001: 10)

Die thematische Ausrichtung grenzüberschreitender Kooperation und Projekte hat sich im Laufe der Jahre immer weiter aufgefächert: Von Wirtschaft und Forschung über Kultur und Bildung bis hin zu Naturschutz, Verkehr und Raumentwicklung sind alle Bereiche vertreten. Obwohl in den Grenzregionen vielfältige drängende und auch konfliktreiche Problemlagen bestehen, werden diese in den grenzüberschreitenden Projekten oftmals unzureichend thematisiert. Auslöser für grenzüberschreitende Zusammenarbeit war und ist oftmals die Bewältigung konkreter Probleme.

Schwierige Problemfelder werden größtenteils ausgeklammert – das Lösen einfacher grenzüberschreitender Probleme beziehungsweise Sachverhalte steht im Vordergrund: „Diese Strategie der Nichtthematisierung von Konflikten in den regionalen Institutionen ist, wenn auch kontraproduktiv, doch verständlich: Die Kooperationsbeziehungen basieren stark auf persönlichen Vertrauensbeziehungen – und diese will man nicht durch Konflikte belasten, insbeson-

dere dann nicht, wenn keine Lösungswege sichtbar sind. Die Konfliktlösungsunfähigkeit der grenzüberschreitenden Planung ist systemimmanent: Solange keine Ansatzpunkte gefunden wurden, wie innerhalb von horizontal vernetzten Kooperationsstrukturen Konflikte gelöst werden können, kann sie nicht geändert werden.“ (Bächtold 2010: 34)

Die heutigen Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit können die derzeitigen grenzüberschreitenden Konflikte deshalb nur bis zu einem bestimmten Grad lösen; es fehlt bislang an entsprechenden Strategien zur Konfliktbewältigung (Scherer 2010). Aus diesem Grund hat sich die IMeG-Partnerschaft vertieft mit dem Management von Informationen, Kooperationen und Konfliktlösungen in metropolitanen Grenzregionen auseinandergesetzt. Am Anfang stand dabei die Betrachtung der verschiedenen Barrieren, die für Grenzregionen spezifisch sind und dort zu Konflikten führen können.

Hemmnisse in der grenzüberschreitenden Kooperation

Mit Grenzregionen werden ganz spezifische Schwierigkeiten in der Kooperation zwischen den Partnern dies- und jenseits der Grenzen verbunden. Ein wesentlicher Aspekt, der die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gleichermaßen prägt und erschwert, sind die sprachlichen Unterschiede. Selten entfallen Sprachbarrieren vollständig wie im deutschsprachigen Bodenseeraum. Je mehr Sprachen in den grenzüberschreitenden Kontext eingebunden sind, desto schwieriger wird der direkte Umgang mit den Menschen auf der anderen Grenzseite. Dies gilt in besonderem Maße für die Grenzregionen entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs. So einigte man sich in der centrope zunächst auf Englisch als Diskussionssprache, musste jedoch bald erkennen, dass die Tiefe der fachlichen Diskussionen dadurch stark eingeschränkt wird. Neben der Sprache stellt auch die nicht vereinheitlichte Währung in der centrope eine Erschwernis bei der Projektfinanzierung dar – ein Aspekt, der in den IMeG-Regionen seit Einführung des Euro keine Rolle mehr spielt (Lutter 2012).

Der unterschiedliche Staatsaufbau mit seinen spezifischen Handlungsebenen und Zuständigkeiten, verschiedene

Rechtssysteme und die fehlende Harmonisierung von Rechtsvorschriften ist in besonderem Maße hinderlich für die grenzüberschreitende Kooperation. Hier eröffnen sich für die regionalen und lokalen Akteure jedoch nur wenig Spielraum, da die Regelungskompetenzen zumeist auf nationaler Ebene liegen: „So liegt in der Kommune, in der ein Problem als Aufgabe definiert wird, oft nicht die Ebene, in der es auch zu lösen wäre [...]. Die Identifikation übergeordneter Ebenen mit den speziellen ‚Randproblemen‘ von Kommunen im Grenzraum nimmt mit der Entfernung (mental und räumlich) ab. Dabei wird deutlich, dass die Nationalstaaten für die rechtlichen Rahmensetzungen verantwortlich sind und hiermit erheblich die Handlungsmöglichkeiten steuern“ (TRANSLOKAL 2006: 39). Eine stärkere Harmonisierung von Gesetzen und Regelungen, insbesondere wenn es um die Planung von Großvorhaben wie die Ansiedlung von Einzelhandel oder den Bau von Windkraftanlagen geht, wäre dringend erforderlich.

Darüber hinaus erschwert insbesondere die fachlich-sektorale Ausrichtung von Verwaltungshandeln eine integrative grenzüberschreitende Raumentwicklung (Nebel 2010: 5). Hier fehlt oft genug der „Blick für das Ganze“: Die Raumkategorie „Region“ im Sinne eines grenzüberschreitenden Vernetzungsraumes ist noch nicht im Bewusstsein angekommen (vgl. Baasner/Neumann 2005: 15ff). Hinzu kommen das mangelnde Verständnis der Rechtslage und Voraussetzungen von Raumordnung und räumlicher Planung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf lokaler und regionaler Ebene. Häufig ist den Raumakteuren nicht klar, wer der richtige Partner mit entsprechenden Zuständigkeiten und Handlungsbefugnissen auf der anderen Seite der Grenze ist (Beyerlin 1988: 38). Dies hat zur Folge, dass eher zurückhaltend als aktiv gehandelt wird. Planungsakteure können in vielen Fällen zudem nur handeln, wenn sie seitens der Politik beauftragt wurden. Fehlt der politische Auftrag oder das politische Dach für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, bleibt die Raumplanung in der Defensive (Hrbek/Weyand 1994: 51).

Das Beispiel einer Korridoruntersuchung für eine zusätzliche Flussquerung in einer der IMeG-Regionen zeigt, dass selbst eine Standardaufgabe der räumlichen Planung durch Staatsgrenzen zu einem hochkomplexen Projekt wird. Oftmals fehlen qualifizierte Planungsbüros, die über ausreichende Kenntnis, Kompetenz und Erfahrung in beiden

Planungssystemen verfügen. Bi- oder trinationale Bürogemeinschaften haben mit internen Reibungsverlusten zu kämpfen. Hinzu tritt der zeitliche und finanzielle Zusatzaufwand für die Zweisprachigkeit von Arbeitssitzungen, Entscheidungsgremien und Produkten. Auftragnehmer wie Auftraggeber sehen sich ungleich größeren Herausforderungen gegenüber als bei vergleichbaren Planungsaufgaben im nationalen Kontext. Die vielfältigen Schwierigkeiten führen dazu, dass das Interesse an grenzüberschreitender Raumentwicklung unterschiedlich stark ausgeprägt und die Umsetzung komplexer Programme und Projekte durch die verschiedenen Interessenslagen weiter gehemmt wird (Hrbek/Weyand 1994: 51).

Eine intensivere Zusammenarbeit in der Regionalentwicklung ist jedoch notwendige Voraussetzung, um infrastrukturelle und technische Asymmetrien bzw. Kompatibilitätsdefizite zu beseitigen oder zumindest zu vermindern.

Natürlich wird die Zusammenarbeit in den Grenzregionen selbst als wichtig und essentiell empfunden. Unterschwellig prägen jedoch bis heute Stereotypen zu Mentalitäten und kultureller Prägung, gepaart mit tief verwurzelten historischen Erinnerungen an (kriegerische) Auseinandersetzungen die Zusammenarbeit und erschweren das aufeinander Zugehen (Ahrens/Schöne 2008: 30, 91).

Stärken und Schwächen der grenzüberschreitenden Governancesysteme

Die Governancesysteme in den IMeG- und anderen metropolitanen Grenzregionen zeigen spezifische Stärken und Schwächen (Beck 2013: 5ff; s. Tab. 3). Zu den Stärken zählen insbesondere die über lange Zeit etablierten interpersonellen und interinstitutionellen Netzwerke und Kooperationsstrukturen, eine große thematische Bandbreite in Programmen und Projekten sowie etablierte Arbeitsstrukturen, in denen sich die Aufgabenwahrnehmung bereits verstetigt hat. Diesen Stärken stehen allerdings auch gravierende Schwächen gegenüber: Geschäftsprozesse und Entscheidungsverfahren gestalten sich aufgrund der unterschiedlichen Hierarchieebenen und der Vielfalt an Akteuren sehr komplex und sind für „Außenstehende“ nicht immer transparent. Durch den „nationalen Tunnelblick“ weichen die Bedürfnisse der

gesamten MGR vor den Interessen der nationalen Teilräume ab. Es besteht ein Mangel an Führung und Steuerbarkeit der Prozesse sowie an grenzüberschreitenden Handlungskompetenzen. Das Rotationsprinzips in den Gremien der MGR bedeutet einen häufigen Personalwechsel.

„In grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen führt insbesondere das Aufeinandertreffen unterschiedlicher politisch-administrativer Systeme und Kulturen zu einer

hohen Komplexität und Eigendynamik der Verfahren“ (Euro-Institut 2010). Dies hat verschiedene Ursachen und liegt z.B. in der Mehr-Ebenen-Problematik begründet. Hier wird noch nach Wegen gesucht, wie unterschiedliche Politik- und Verwaltungsebenen der nationalen Teilräume im Kontext der Gesamtregion erfolgreich kooperieren können. Blickt man gezielt auf die Akteure der verschiedenen Ebenen, so wird schnell sichtbar, dass es wenige sog. „Leitfiguren“ gibt, die sich dies- und jenseits der Grenze aktiv für die

Tab. 3: Grenzüberschreitende Governance-Systeme in der Übersicht: Stärken, Schwächen und Fazit zu Grenzen der „Stärke schwacher Kopplung“ (eigene Darstellung nach Beck 2013: 5ff)

Stärken

- Spezifische Antworten auf individuelle Herausforderungen und Handlungsnotwendigkeiten divergenter räumlicher und politisch-administrativer Ausgangsbedingungen
- Eigene Traditionen funktionaler Handlungsmuster, die zu eigenen „Kooperationskulturen“ geführt haben; diese sind von den Akteuren mitgetragen und verinnerlicht
- Enge inter-personelle und inter-institutionelle Netzwerke, basierend auf Vertrauen, sowohl Generalisten als auch Fachleute einbezogen
- Politisches und administratives Spitzenpersonal aktiv beteiligt (Chefsache), ergänzt um Einzelpersonlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft
- Große thematische Breite und Offenheit für neue Entwicklungen
- Auf Dauer angelegte Arbeitsstrukturen → Verstetigung der Aufgabenwahrnehmung
- Projektorientierung

Schwächen

- Einstimmigkeitsprinzip und Konsenszwang behindern Innovation
- Rotationsprinzip gefährdet Kontinuität
- Tendenz zu Resolutionen statt echten Entscheidungen; Umsetzungsdefizit
- Informationsdefizite hinsichtlich grenzüberschreitender Handlungsbedarfe/ Potenziale (Problem der Statistiken/Quantifizierung von Wirkungen)
- Hohe Komplexität der grenzüberschreitenden Geschäftsprozesse und Entscheidungsverfahren, spezifische Eigendynamik, die Effektivität tendenziell behindert
- Mangel an Führung und Steuerbarkeit der Prozesse (es gibt keinen Chef und keine grenzüberschreitende Hierarchie)
- Systemische Grenzen von Transparenz der „kleinen Außenpolitik“
- Fehlen von gemeinsamen Arbeitsinstrumenten
- „Nationaler Tunnelblick“ → Herausforderung der Schaffung eines echten „grenzüberschreitenden regionalen Kollektivs“
- Mangel an originären grenzüberschreitenden Handlungskompetenzen („Politikfeld aus zweiter Hand“)

Fazit

Unterschiedliche politisch administrative Systeme und (Verwaltungs-) Kulturen implizieren hohe Komplexität der Verfahren:

1. Vernetzung unterschiedlicher nationaler Politikarenen impliziert ausgeprägte Mehr-Ebenen-Problematik
 2. Schwierigkeit des Findens grenzüberschreitend anerkannter „Leitfiguren“ zur Initiierung, Förderung und Symbolisierung der grenzüberschreitenden Kooperation (insb. auf der großräumigen Ebene)
 3. Originäre Handlungskompetenzen einer substanziellen grenzüberschreitenden Politikproduktion (im Sinne von regionaler Selbststeuerung) existieren nicht per se
 4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist zwar netzwerkartig, aber meist inter-institutionell und nicht wirklich intermediär
- Wichtige Voraussetzungen einer „nationalen“ regional governance müssen grenzüberschreitend erst noch geschaffen werden

Kooperation einsetzen und durch ihre Bemühungen mit der Region in Verbindung gebracht werden. Zudem müssen grundlegende Handlungskompetenzen zur regionalen Selbststeuerung in Grenzregionen erst gebildet werden; sie existieren nicht per se – wie in den meisten Metropolregionen des Binnenlandes.

Die aktuellen Governancestrukturen zeichnen sich zwar durch eine Vielzahl an Netzwerken aus, oft kommt aber der Austausch zwischen den einzelnen Institutionen zu kurz: „Während im nationalen Kontext Netzwerke aufgrund der losen, intermediären Kopplung ihrer Mitglieder geeignete Steuerungsmodi für eine bedarfs- und potenzialgerechte Regionalentwicklung auf Grundlage funktionaler Verflechtungen darstellen, ist der grenzüberschreitende Kontext zu- mindest bislang sehr viel stärker auf öffentlich-rechtliche politisch-administrative Funktionsbedingungen rückverwiesen“ (Euro-Institut 2010: 17).

Insbesondere die Hindernisse in den Grenzregionen zeigen, dass die „Stärke schwacher Kopplung“ (Scherer/Schnell 2002) ab einem gewissen Punkt an ihre Grenzen kommt; nämlich genau dann, wenn grenzüberschreitende Konflikte nicht mehr über die grenzregionalen Governancesysteme gelöst werden können. Was als Konflikt wahrgenommen wird, hängt dabei wesentlich von den beteiligten Akteuren und ihrem jeweiligen nationalen Hintergrund sowie der damit verbundenen kulturellen Prägung ab. Die „kulturellen Basisausprägungen“ beeinflussen nicht nur das Handeln eines jeden Einzelnen, sondern letztlich des ganzen grenzüberschreitenden Systems – dies ist das Ergebnis einer im Jahr 2008 am Beispiel der Oberrhein durchgeführten Studie (Beck 2008; s. Tab. 4).

Kooperationsmanagement in metropolitenen Grenzregionen

In den Grenzregionen haben sich die grenzüberschreitenden Governancesysteme über lange Zeiträume und verschiedene Entwicklungsstufen etablieren können (s. Abb. 33). Begegnung und Information der beteiligten Akteure bilden den Ursprung aller Kooperation und sind die Basis für die weitere Verstetigung. Mit zunehmender Intensität

des Austausches und der Verbindlichkeit wächst auch der Bedarf, die Zusammenarbeit stärker zu koordinieren und Strategien zu entwickeln. Um das Ziel der territorialen Kohäsion zu erreichen, ist es jedoch nicht ausreichend, wenn die Akteure auf der Diskurs- und Strukturierungsebene zusammenarbeiten; sie müssen vor allem auf der Handlungsebene Entscheidungen treffen und Projekte umsetzen.

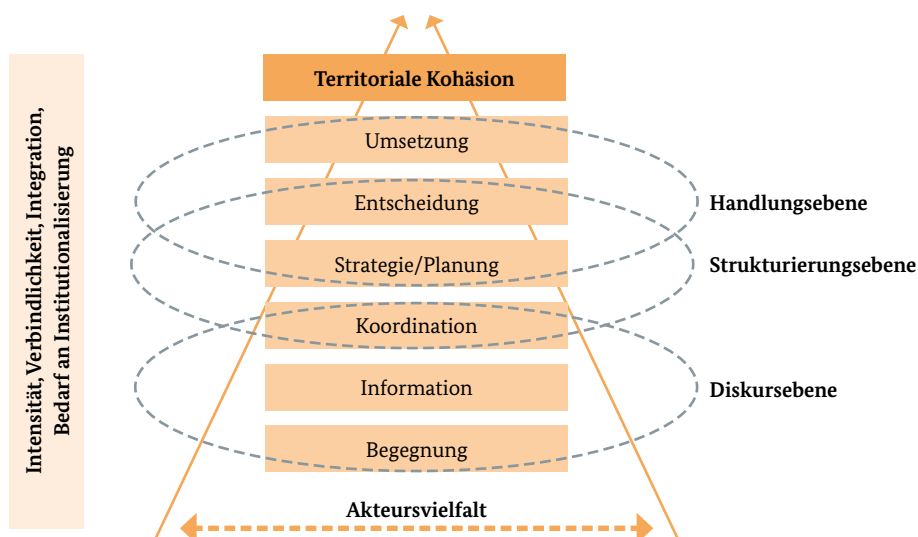
Insbesondere das Umsetzen von grenzüberschreitenden Projekten birgt Herausforderungen. Gerade weil der Blick der Akteure durch den eigenen nationalen Hintergrund, die Sprache und Mentalität etc. geprägt ist und gleichfalls Staatsaufbau, Rechtssystem, Planungskultur usw. anderen Voraussetzungen unterliegen, entstehen leicht Konflikte. Konflikte unterscheiden sich in Hinblick auf Intensität, Ausprägung und Verlauf. So sind sie zu Beginn oft noch latent und verhärten sich erst im weiteren Prozess. Im positivsten Fall finden die Akteure einvernehmlich zueinander. Aber auch materielle Anreize, rechtliche Instrumente oder hierarchische Entscheidungsmacht können dazu führen, dass der Konflikt beigelegt wird (Beck 2013: 27).

Die Ursachen von Konflikten können ganz unterschiedlich sein. Aus sozioökonomischer Sicht werden oft negative Spill-over-Effekte eines nationalen Teilraums auf einen anderen nationalen Teilraum angeführt. Auch können Handlungserfordernisse im grenzüberschreitenden Gesamttraum nicht mit denen der nationalen und/oder grenzüberschreitenden Teilräume – und umgekehrt – vereinbar sein. So entstehen Konflikte auf der territorialen Ebene. Darüber hinaus können aber auch rechtliche bzw. administrative Aspekte in Differenzen münden. Fehlende Steuerungs- und Entscheidungsmechanismen zur verbindlichen Regelung kollektiver grenzüberschreitender Sachverhalte und Probleme sowie der unterschiedliche Umgang mit Problemlösungsansätzen bergen aus politischer bzw. kultureller Sicht Potenzial für Spannungen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem Konflikt kommt, hängt wiederum vom Policytyp, den zu bearbeitenden Aufgaben, dem Institutionalisierungsgrad, dem Verhältnis zwischen den Akteuren sowie der Akteurstypologie ab (s. Tab. 5).

Tab. 4: Kulturelle Basisausprägungen von nationalen Teilregionen – Beispiel Oberrhein
(eigene Darstellung nach Beck 2008: 196)

Kommunikationsstil	Implizit	F			CH	D	Explizit
Faktor Zeit	Polychrom	F			CH	D	Monochrom
Handlungsorientierung	Person	F	CH			D	Aufgabe
Differenzierung	Einheit	F			D	CH	Vielfalt
Diskursorientierung	Dissens		F	D		CH	Konsens
Machtdistanz	Hoch	F		D		CH	Niedrig
Problemlösung	Zirkulär	F	CH			D	Linear

Abb. 33: Entwicklungsstufen grenzüberschreitender Governance
(eigene Darstellung nach Beck 2011: 11/ORK 2009: 24)



Tab. 5: Konfliktwahrscheinlichkeit in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
(eigene, veränderte Darstellung nach Beck 2013: 31)

		Policy-Typologie	Aufgaben-Typologie	Institutionalisierungsgrad	Beziehungs-Typologie	Akteurs-Typologie
Konfliktwahrscheinlichkeit	eher hoch	• Redistributiv • Geostrategisch • Innovativ • Regulativ • Querschnittsorientiert	• Kooperation • Implementation • Planung	Sekundärorganisation (Projekte)	• Unpersönlich • Formal • Unregelmäßig • Gegenseitiges Misstrauen	• New-comers • Techniker • Geringe Handlungskompetenz
	eher niedrig	• Distributiv • Routine • Sektoral • Selbst-regulativ	• Koordination • Information • Repräsentation	Primärorganisation (Gremien/ Institutionen)	• Persönlich • Informal • Regelmäßig • Gegenseitiges Vertrauen • „win-win“	• „Alte Hasen“ • Politiker • Hauptamtliches Personal der GÜZ • Große Handlungskompetenz

Workshop „Kooperationsmanagement in metropolitanen Grenzregionen“

Für den Workshop zum Thema „Kooperationsmanagement in metropolitanen Grenzregionen“ am 11. und 12. März 2013 in Kehl erarbeitete Dr. Joachim Beck erste Arbeitshypothesen, die als Basis für die Diskussion um geeignete Lösungsansätze dienen:

- Grenzüberschreitende Konflikte lassen sich primär auf der latenten Ebene verorten, manifeste Konflikte sind eher die Ausnahme.
- Konflikte und die ihnen zugrundeliegenden Ziel- und Interessensdivergenzen werden grenzüberschreitend eher selten offen thematisiert und damit nicht wirklich (pro-)aktiv verarbeitet (Gefahr der schleichenden Eskalation).
- Sehr oft sind grenzüberschreitende Konflikte extern generiert, d.h. durch Akteure/ Handlungsebenen, die nicht Bestandteil des regionalen Kooperationssystems selbst sind; das Konfliktniveau überfordert dabei das Problemlösungspotenzial des regionalen Kooperationssystems.
- Auch für grenzüberschreitende regionale „Binnen-Konflikte“ sind oftmals nicht wirklich endogene Problemlösungskompetenzen gegeben (divergente systemische Rahmenbedingungen).
- Grenzüberschreitende Konflikt-Konstellationen sind hochkomplex und durch eigene (interkulturelle, -systemische und -institutionelle) Dynamiken gekennzeichnet.
- Die Grenze ist oft weniger eigentliche Ursache denn Symbol für Konflikte – letztere werden durch erstere aber im grenzüberschreitenden Raum symbolisiert.

Daraus resultieren nach Beck grundlegende Fragestellungen, so auf der Ebene des kooperativen Sub-Systems selbst: Inwiefern lässt sich eine gewachsene Kooperationskultur gezielt weiterentwickeln? Eine weitere zentrale Frage betrifft das grenzüberschreitende Prinzipal-Agent-Problem: Lassen

sich die normativen Prämissen eines modernen Governance-Ansatzes unter den aktuellen Rahmenbedingungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einlösen?

Weitere offene Fragen beziehen sich auf die

- Einbindung privater und gesellschaftlicher Akteure in Entscheidungsprozesse
- Kompetenzdelegation auf funktionale grenzüberschreitende Netzwerke
- Querschnittskoordination der diversen Netzwerke
- zukünftige Rolle der bestehenden Kooperationsstrukturen
- Reduktion der Abhängigkeit von (fachpolitischen) Heimatinstitutionen
- Bindungswirkung territorialer Entwicklungsziele für sektorale Akteure
- Möglichkeiten und Folgen der Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips
- Vereinbarkeit territorialer Bedarfe und administrativer Zuständigkeiten
- Synchronisierbarkeit unterschiedlicher sektoraler Handlungslogiken

Konfliktfälle aus den IMeG-Regionen wie z.B. der Bau eines Factory Outlet Centers an der deutsch-französischen Grenze zeigen, dass der Dialog um eine effektive und angemessene Konfliktlösung frühzeitig beginnen sollte. Es war und ist den IMeG-Partnern ein Anliegen, die Notwendigkeit eines strategischen Kooperations- und Konfliktmanagements in metropolitanen Grenzregionen aufzuzeigen. Dabei ist es unumgänglich,

- die interkulturelle Dimension von Konflikten in Grenzregionen stärker zu berücksichtigen,
- Methoden einer konstruktiven Konfliktkultur in territorialen Kooperationssystemen zu etablieren und
- die grenzüberschreitende Governance im Hinblick auf Konfliktlösungen weiterzuentwickeln.

IMeG-Workshop am 11. und 12. März 2013 in Kehl „Kooperationsmanagement in metropolitanen Grenzregionen“

11. März 2013: Einführung

13.00	Eintreffen der Teilnehmer und Mittagsimbiss
13.30	Einführung in die Arbeit des IMeG Gerd-Rainer Damm, Ministerium für Inneres und Sport des Saarlandes und Sprecher der IMeG-Partnerschaft Andrea Hartz, agl (Projektmanagement)
13.45	Einführung in das Thema Dr. Joachim Beck, Euro-Institut
14.30	Grenzüberschreitende Kooperation: Chancen und Risiken im Umgang mit Konflikten Einführung und Methodik Mirko Bastian, Hochrheinkommission
14.35	Workshops I – III I. Die interkulturelle Dimension von Konflikten Anne Dussap-Köhler, Euro-Institut II. Methoden zur Etablierung einer konstruktiven Konfliktkultur in territorialen Kooperationssystemen Dr. Corina Bastian, Zweisicht / Freiburg III. Die Weiterentwicklung von grenzüberschreitender Governance im Hinblick auf Konfliktlösungen Dr. Roland Scherer, Universität St. Gall
16.00	Kaffeepause
16.30	Fortführung der Workshops I – III
17.30	Präsentation der Workshop-Ergebnisse und Diskussion
18.30	Gemeinsames Abendessen

12. März 2013: Erarbeitung von Lösungsansätzen

9.00	Begrüßung und Rückblick auf Tag 1 Dr. Joachim Beck, Euro-Institut
9.15	Beispiele aus den Grenzräumen – Moderiertes Podiumsgespräch Dr. Joachim Beck, Euro-Institut Andrea Hartz, agl (Projektmanagement) - Factory Outlet Center Roppenheim Dr. Gerd Hager, Regionalverband Mittlerer Oberrhein - Raumentwicklungskonzept Nordwest+ Karl Heinz Hoffmann, Regionalverband Hochrhein-Bodensee - Entwicklung einer Grenzüberschreitenden Polyzentrischen Metropolregion Gerd-Rainer Damm, Ministerium für Inneres und Sport des Saarlandes und Sprecher der IMeG-Partnerschaft - Beispiel aus dem Verkehrsbereich – Grenzraum Deutschland-Niederlande Andreas Warnecke, Aachener Verkehrsverbund - Werkstattbericht aus dem Projekt „Kooperationsvereinbarung Raumplanung ORK“ Eddie Pradier, Euro-Institut
11.00	Kaffeepause
11.15	Erarbeitung von Thesen zum Kooperationsmanagement
12.45	Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse



Workshop-Impressionen (Fotos: Mirko Bastian)

Die interkulturelle Dimension von Konflikten

Voraussetzung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist eine **positive Grundhaltung** der beteiligten Akteure, die durch Wohlwollen, Offenheit und Neugierde gegenüber dem, was jenseits der Grenze passiert, geprägt ist. Insbesondere engagierte und motivierte Einzelpersonen haben das Potenzial, für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Durchführung von Projekten zu begeistern.

Da das Handeln anderer Akteure meist schneller kritisch hinterfragt wird als das eigene, sollte die **Fähigkeit zur Selbstreflexion** zukünftig stärker geschult werden. Vor allem auf der eigenen nationalstaatlichen Ebene bedarf es einer kritischen Betrachtung der politischen Prozesse und deren Wahrnehmung durch Akteure anderer Nationalitäten. Ein realistisches Selbstbild in Bezug auf Planungsroutinen und Diskurspraktiken in der Raumentwicklung hilft, die **Stärken und Schwächen** der jeweiligen Planungssysteme und -prozesse besser einschätzen zu können – eine wesentliche Voraussetzung dafür, grenzüberschreitend erfolgreich zu arbeiten.

Um das Verständnis für die Partner jenseits der Grenze zu fördern, könnten „**interkulturelle Vermittler**“ mit spezifischen Kompetenzen, sprachlichen und kulturellen Fähigkeiten zum Einsatz kommen. Der Vermittler kann als „**Schnittstelle**“ zwischen Akteuren, Akteursgruppen oder auch einzelnen Institutionen wirken. Er hilft, kulturelle Unterschiede wahrzunehmen und zu akzeptieren, Stereotypen und Vorurteile zu hinterfragen. Durch ihre Beratungsfunktion können die Vermittler im besten Fall darauf hinwirken, mögliches Konfliktpotenzial frühzeitig zu erkennen und im oftmals unüberschaubaren Akteursgeflecht die richtigen Verbindungen herbeizuführen, Eskalationen zu unterbinden und den Weg für Konfliktlösungen zu ebnen. Diese wichtige Schnittstellenfunktion in der Grenzregion sollte mit Blick auf die zunehmende Mobilität von Arbeitnehmern institutionell eingebettet werden, um Erfahrungswissen zu sichern und weitergeben zu können.

Gleichzeitig ist es essentiell, das **Wissen um kulturelle Unterschiede** in der Planungspraxis und Projektbearbeitung sowie dem Verwaltungshandeln der beteiligten National-

staaten systematisch zu fördern. Bereits in Ausbildung und Studium sollten Kenntnisse über die Arbeitsweise im Nachbarstaat vermittelt werden. (Tandem-)Sprachkurse und Fortbildungen oder ein Austausch bzw. eine Abordnung von Personal dies- und jenseits der Grenze können Berufstätige weiterqualifizieren. Im Rahmen der Personalentwicklung sollte in Stellenausschreibungen bzw. Beschreibungen des Tätigkeitsfeldes darauf hingewiesen werden, dass eine bestimmte Stundenzahl für grenzüberschreitende Aufgaben vorgesehen ist. Grenzüberschreitende Kooperation könnte sich dann besser im Alltagsgeschäft der Institutionen etablieren. In der Oberrheinregion wurde mit den unter dem Namen INFOBEST bekannten multinationalen Institutionen schon ein Weg in diese Richtung gegangen. Das deutsch-französische und zugleich bi-/multilinguale Personal berät die Bevölkerung und sorgt u.a. für die für eine Abstimmung zwischen den Interessen der grenzüberschreitenden Institution und des jeweiligen Nationalstaats. Für die konkrete Zusammenarbeit in Bezug auf spezifische raumordnerische Fragestellungen ist die Erarbeitung von Praxisleitfäden und Hinweisen zur Verbesserung von Verfahren ein erfolgversprechender Weg.

Methoden einer konstruktiven Konfliktkultur in komplexen territorialen Kooperationssystemen

Für eine Optimierung der Konfliktkultur sollte zunächst das gemeinsame Verständnis für die Grenzregion gestärkt werden: Die Region muss als Ganzes gesehen und Partikularinteressen in den nationalen Teilräumen im Kontext der für die Gesamtregion vereinbarten strategischen Vorgaben diskutiert werden. Der Ausbau regionaler Potenziale und des metropolitanen Charakters gelten dabei als Handlungsmaxime. Zum Aufbau und zur Verankerung einer konstruktiven Planungs- und auch Konfliktkultur ist die Mitwirkung aller Akteure notwendig; sie müssen die Möglichkeit haben, ihre Interessen in den Abwägungsprozess einzubringen. Die Raumordnungsakteure können in diesem Zusammenhang die **Rolle des Impulsgebers und Moderators** wahrnehmen.

Um die Informationsflüsse transparenter zu gestalten, wurde der Aufbau von **Netzwerkknoten oder Clearingstellen**

angeregt: Hier sollten die Informationen zusammenfließen, an alle Raumakteure bzw. Projektbeteiligten weitergeleitet und von diesen abgerufen werden. So ließe sich frühzeitig erkennen, wo ein Konflikt entstehen könnte. Gegenseitige Information ist jedoch nur der erste Schritt; darüber hinaus geht es darum, in einem dauerhaften Prozess Entscheidungen abzustimmen und einvernehmliche Lösungen zu generieren.

Grenzüberschreitende Konflikte können auf der regionalen Ebene dann gelöst werden, wenn diese in dem jeweiligen Konfliktbereich über die **Kompetenzen** zur Lösung verfügt. Optional können aber auch die Arenen gewechselt und die Konfliktlösung aufgrund der vielschichtigen horizontalen und vertikalen Governancestrukturen dabei auf eine höhere Ebene oder ein anderes Gremium verlagert werden. „[Durch **Arenenwechsel**] werden nicht nur neue Akteure ins Spiel gebracht, sondern auch anstehende Probleme in einem veränderten Entscheidungskontext neu definiert. Die Strategie beinhaltet also einerseits eine Veränderung von Konfliktstrukturen durch Umdefinition des Entscheidungsproblems, andererseits aber auch eine Verlagerung der Verhandlungen in einen anderen institutionellen Kontext“ (Benz 2009: 175). Die hohe Komplexität von Planungs- und Aushandlungsprozessen, Hierarchieebenen und Institutionen lässt sich dabei als Chance sehen: So kann die Möglichkeit des Arenenwechsels in Zukunft stärker genutzt werden, um teilweise festgefahrene Konfliktsituationen zu klären und daraus zu lernen. Noch stellt sich jedoch die Frage, wer den Arenenwechsel forcieren soll und welche Rolle dabei den Akteuren der Raumordnung zugewiesen wird.

Die Weiterentwicklung von grenzüberschreitender Governance im Hinblick auf Konfliktlösungen

Überall dort, wo viele Personen aufeinandertreffen, gibt es eine Pluralität an Meinungen und Einstellungen. Hilfreich ist daher, sich schon zu Beginn eines Projektes über die jeweiligen Vorstellungen, Ziele und Erwartungen zu verständigen. Dies gilt auch für den Konfliktfall: Ein Konflikt kann letztlich nur gelöst werden, wenn er von allen Beteiligten als ein solcher angesehen wird und die **grenzüberschreitende Konfliktlösung als Notwendigkeit** erscheint.

Soll die grenzüberschreitende Governance in Hinblick auf bessere Konfliktlösungsoptionen weiterentwickelt werden, muss die Raumplanung über ihre Aufgaben und Funktion nachdenken: Eine proaktive Haltung ist wichtig. Die Akteure müssen frühzeitig erkennen, wenn ein Thema aufgrund seiner Chancen oder auch Risiken in der grenzüberschreitenden Kooperation an Bedeutung gewinnt. Dabei gilt es jedoch, den ressortübergreifenden Blick zu wahren. Im weiteren Prozess geht es dann darum, Handlungsstrategien zu entwickeln, eigene Positionen einzunehmen und letztlich das Thema nach innen und außen zu kommunizieren. Dieses sog. **Issue-Management** ist wichtig, um frühzeitig zu agieren anstatt nur zu reagieren. Raum- und Regionalplaner müssen gleichzeitig die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit erkennen und mit Akteuren kooperieren, die bestimmte Aufgaben besser erfüllen können.

Neben einer gut funktionierenden **Governance** braucht die grenzüberschreitende Kooperation auch **Governmentsstrukturen** in Form von starken (übergeordneten) politischen Gremien, die klare strategische Vorgaben formulieren wie z.B. die Rahmenbedingungen und Ziele der grenzüberschreitenden Kooperation bzw. die Zuweisung von Finanzmitteln an die Institutionen regeln. Diese Vorgaben gelten für die in der grenzüberschreitenden Kooperation tätigen Akteure und bilden die Basis. Unterfüttert werden sie ganz konkret durch die Arbeit der eigens für die Kooperation gegründeten grenzüberschreitenden Institutionen. Die Voraussetzungen für mehr Government sind gut; so hat bereits in den 1980/90er Jahren die Phase der „Gouvernementalen Differenzierung“ und der Bildung legislativer Organe in vielen Grenzregionen eingesetzt (Euro-Institut 2010).

8. Der Schritt auf die europäische Ebene – Europäische Konferenz in Luxemburg

Kapitel 8 im Überblick

Die am 19. und 20. November 2012 durchgeführte Europäische Konferenz „Metropolitane Grenzregionen in Europa“ war ein Meilenstein in der Arbeit des IMeG. Sie fand in Kooperation mit der luxemburgischen Landesplanung in Luxemburg statt. Knapp 120 Gäste folgten an den beiden Konferenztagen spannenden Vorträgen und Podiumsdiskussionen. Bereits am Vorabend der Konferenz unterstrichen die politischen Vertreter aus den IMeG-Regionen und des Bundes die Bedeutung der IMeG-Initiative.

3

In den Podiumsdiskussionen zu „Governance und Organisation – Was macht grenzüberschreitende Kooperation erfolgreich?“ bzw. „Territoriale Strategien und Projekte – Wie lassen sich metropolitane Grenzregionen stärken?“ wurden die Erfolgsfaktoren grenzüberschreitender Governance und Organisation aufgezeigt und konkrete Beispiele aus metropolitenen Grenzregionen in Europa vorgestellt. Begrüßt wurden dazu Vertreter der europäischen metropolitenen Grenzregionen Öresundregion, Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai, Grand-Genève und centropé. Peter Mehlbye, Direktor der ESPON-Koordinierungsstelle in Luxemburg, befasste sich in seiner Rede mit der Bedeutung metropolitenen Grenzregionen für Regionalentwicklung, Wachstum und Innovation. Dr. Wolfgang Streitenberger, Conseiller in der Generaldirektion Regionalpolitik/EU-Kommission, zeigte erste Ansätze zur Ausgestaltung der neuen Förderperiode 2014-2020 auf.

Mit den Luxemburger Thesen hat der IMeG eine klare Botschaft mitgebracht. Der Initiativkreis ruft darin die MGR auf, sich zu vernetzen und voneinander zu lernen. Deshalb stand auch der Austausch mit Vertretern der AGEK, der MOT sowie des IKM auf dem Programm. „Im Netzwerk handeln“ war die zentrale Botschaft der Konferenz.

8.1 Ziele der Konferenz

Der IMeG konnte sich als Zusammenschluss der deutschen Teilräume der metropolitanen Grenzregionen Euregio Maas-Rhein, Großregion, Trinationale Metropolregion Oberrhein und grenzüberschreitender Verflechtungsraum Bodensee in den letzten Jahren erfolgreich in der deutschen Raumordnungspolitik etablieren. Mit der Durchführung der Konferenz „Metropolitane Grenzregionen in Europa“ am 19. und 20. November 2012 in Luxemburg nutzten IMeG-Partnerschaft und Bundesraumordnung in Kooperation mit der luxemburgischen Landesplanung die Chance, Themen und Ziele metropolitaner Grenzregionen auf europäischer Ebene zu präsentieren.

Ziel der Konferenz war es, neue Kontakte zu anderen MGR und zu Netzwerken in Europa aufzubauen bzw. bereits bestehende Kontakte zu intensivieren. Vor allem ging es darum, sich darüber zu verständigen, welche Bedeutung MGR für Regionalentwicklung, Wachstum und Innovation in Europa haben, und wie sich Metropolisierungsstrategien im grenzüberschreitenden Kontext auf den Weg bringen bzw. erfolgreich umsetzen lassen. Im Vordergrund standen die Governancestrukturen und Organisationsformen sowie Konzepte und Projekte zur Stärkung der MGR (s. Kap. 4 und 5). Da MGR spezifische Förderbedarfe haben und die fünfte Strukturfondsperiode ansteht, wurde auch auf dieses Thema ein besonderes Augenmerk gelegt.



PROGRAMM

19. NOVEMBER 2012 Empfang der Luxemburger Landesplanung

18:00 Uhr / Empfang der Gäste

18:30 Uhr / Begrüßung

Claude Wiseler / Minister für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur, Luxemburg

Monika Bachmann / Ministerin für Inneres und Sport des Saarlandes

18:45 Uhr / Die Luxemburger Raumordnung im Kontext der Großregion

Romain Diederich / Premier Conseiller de Gouvernement, Ministère du Développement durable et des Infrastructures, Luxemburg

19:15 Uhr / Die Rolle metropolitaner Grenzregionen

Uwe Hüser / Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz

Dr. Katharina Erdmenger / Leiterin des Referats Europäische Raum- und Stadtentwicklungspolitik/territorialer Zusammenhalt im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Dr. Gisela Splett / MdL, Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg

Hermann Vogler / Vorsitzender des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben und Oberbürgermeister a.D. von Ravensburg

20:15 Uhr / Gemeinsames Abendessen

20. NOVEMBER 2012 Europäische Konferenz „Metropolitane Grenzregionen in Europa“

09:30 Uhr / Anmeldung und Empfang

10:00 Uhr / Begrüßung und Einführung: Das Netzwerk „Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen“ (IMeG)

Gerd-Rainer Damm / Ministerium für Inneres und Sport des Saarlandes und Sprecher der IMeG-Partnerschaft

10:15 Uhr / Metropolitane Grenzregionen in Europa – Welche Bedeutung haben sie für Regionalentwicklung, Wachstum und Innovation?

Peter Mehlbye / Direktor der ESPON-Koordinierungsstelle, Luxemburg

10:45 Uhr / Governance und Organisation – Was macht grenzüberschreitende Kooperation erfolgreich?

Diskussionsrunde mit Podiumsgästen:

Caroline Huck / Koordinatorin der „Säule Politik“ in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO)

Dr. Johannes Lutter / Stellv. Geschäftsführer des Europaforums Wien und Leiter des centrepo Koordinationsbüros

Stef Vande Meulebroucke / Generaldirektor der Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai

Pascale Roulet / Projektleitung (Waadt) des Agglomerationsprogramms Frankreich-Waad-Genf

Klaus-Dieter Schnell / Geschäftsführer der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK)

Johan Tiedemann / Berater, Oeresund Committee

12:15 Uhr / Mittagspause

13:15 Uhr / Territoriale Strategien und Projekte – Wie lassen sich metropolitane Grenzregionen stärken?

Diskussionsrunde mit Podiumsgästen:

Dr. Patrick Leypoldt / Leiter der Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm Basel

Dr. Johannes Lutter / Stellv. Geschäftsführer des Europaforums Wien und Leiter des centrepo Koordinationsbüros

Stef Vande Meulebroucke / Generaldirektor der Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai

Pascale Roulet / Projektleitung (Waadt) des Agglomerationsprogramms Frankreich-Waad-Genf

Dr. Christophe Sohn / Kommissarischer Leiter der Abteilung Geographie und Entwicklung/CEPS, Luxemburg, und Koordinator des Forschungsprogramms METROLUX

Johan Tiedemann / Berater, Oeresund Committee

14:45 Uhr / Territoriale Kohäsion und Strukturpolitik in Europa – Wie lassen sich metropolitane Grenzregionen fördern?

Dr. Wolfgang Streitenberger / Conseiller, Generaldirektion Regionalpolitik; EU-Kommission, Brüssel

15:15 Uhr / Kaffeepause

15:45 Uhr / Schlussrunde: Im Netzwerk handeln – Wie können sich metropolitane Grenzregionen in Europa vernetzen?

Klemens Ficht / Regierungsvizepräsident im Regierungspräsidium Freiburg

Karl-Heinz Lambertz / Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und Präsident der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)

Jean Peyrony / Generaldirektor der Mission Opérationnelle Transfrontalière (MOT)

Ralph Schlusche / Stellv. Sprecher des Initiativkreises Europäische Metropolregionen in Deutschland (IKM) und Verbandsdirektor des Verbands Region Rhein-Neckar

16:45 Uhr / Fazit und Thesen des Tages

Gerd-Rainer Damm / Ministerium für Inneres und Sport des Saarlandes und Sprecher der IMeG-Partnerschaft

17:00 Uhr / Ende der Veranstaltung

MODERATION:

Andrea Hartz / agl I angewandte geographie, landschafts-, stadt- und raumplanung, Saarbrücken

Prof. Dr. Jürgen Aring / TU Dortmund, Büro für Angewandte Geographie (BfAG), Meckenheim

Prof. Dr. Tobias Chilla / Universität Erlangen-Nürnberg, Geographie





Der Tagungsort der Konferenz im luxemburgischen Ministère du Développement durables et des Infrastructures (MDDI) war gut gewählt: „Luxemburg als Euro-pastadt ist als Tagungsort geeignet wie keine andere“ (Splett 2012). Luxemburg spiegelt insbesondere durch seine hohe Vielfalt an Sprachen und Nationalitäten die europäische Idee wider. Dazu tragen auch die zahlreichen europäischen Institutionen wie der Europäische Gerichtshof, der Europäische Rechnungshof, das Sekretariat des Europäischen Parlaments, die Europäische Investitionsbank oder die Dienststellen der Europäischen Kommission bei. Luxemburg ist wirtschaftlicher Mittelpunkt und wichtiger Motor der Großregion. Als starker Partner in der grenzüberschreitenden Kooperation setzt sich das MDDI für eine nachhaltige Entwicklung ein und möchte den durch Metroborder angestoßenen Prozess der Umsetzung einer Grenzüberschreitenden Polyzentrischen Metropolregion vorantreiben. Luxemburg geht

diesen Weg gemeinsam mit den anderen Teilräumen der Großregion. Erst kürzlich unterstrich die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke bei einer Fachministerkonferenz in Luxemburg die große Bedeutung einer integrierten Entwicklungspolitik: „Die Ausarbeitung einer räumlichen Entwicklungsstrategie unter besonderer Berücksichtigung der metropoliten, grenzüberschreitenden Verflechtungen, in der die Themen Mobilität und verkehrliche Anbindung der Großregion einen zentralen Stellenwert erhalten, ist ein guter Schritt. So stärken wir die Sichtbarkeit der Großregion im europäischen Kräftespiel und stellen uns als Grenzüberschreitende Polyzentrische Metropolregion (GPMR) auf“ (Website RLP – Großregion). Dieses „europäische Kräftespiel“ hat für die MGR eine besondere Relevanz, zumal man „die europäische Raumentwicklung nicht mehr nur in nationalen Grenzen denken“ kann (Erdmenger 2012).

8.2 Konferenzergebnisse

Metropolitane Grenzregionen: Potenziale für Regionalentwicklung, Wachstum und Innovation in Europa

Innovation lebt in Europa nicht nur von guten Ideen, sondern auch von Standortkonzentrationen, Vernetzungen und guter Erreichbarkeit. „Auch territoriales Gleichgewicht und ein polyzentrales Europa sind wichtig!“, betont Peter Mehlbye, Direktor der ESPON-Koordinierungsstelle in Luxemburg. Die europäischen Metropolregionen bieten mit ihrem polyzentrischen Gefüge insgesamt gute Ansatzpunkte für eine starke zukünftige Entwicklung. Ihre nationalstaatlichen „Binnengrenzen“ sind darüber hinaus nicht nur Barriere, sondern auch Schnittstellen, so das Ergebnis des Projekts „ULYSSES – Using applied research results from ESPON as a yardstick for cross-border spatial development planning“, an dem 18 Grenzregionen von 2010 bis 2012 beteiligt waren. Grenzüberschreitende Aktivitäten sind substanziell, da sie daran mitwirken, die Ziele der Strategie Europa 2020 zu erreichen und den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Krise herbeizuführen. (Mehlbye 2012)

Metropolitane Governance und territoriale Strategien

Um MGR zukünftig erfolgreich aufzubauen, sind starke wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Strukturen erforderlich. Grenzüberschreitende Raumentwicklung integriert diese unterschiedlichen Aspekte im Sinne des territorialen Zusammenhalts. Governancestrukturen und institutionelle Kapazitäten müssen dabei besser auf die Bedarfe der MGR ausgerichtet und konsequent weiterentwickelt werden. Metropolitane Grenzregionen brauchen aber nicht nur starke institutionelle Strukturen, sondern auch personelle „Motoren“ – motivierte Personen und Politiker, die Ideen umsetzen wollen und dabei alle Sektoren der Gesellschaft einbeziehen. (Mehlbye 2012)

In der Diskussionsrunde „Governance und Organisation – Was macht grenzüberschreitende Kooperation erfolgreich?“ wurden konkrete Ansätze aus metropolitenen Grenzregionen in Europa vorgestellt. Die Teilnehmer gaben

Einblick in die Organisationsstrukturen ihrer metropolitenen Grenzregion und beleuchteten die jeweiligen Stärken der Governancesysteme. Sichtbar wurde, dass die Ansätze zwar unterschiedlich sind, die Ziele jedoch vergleichbar: Die Governancestrukturen sollen an den Zielen einer integrierten metropolitenen Raumentwicklung ausgerichtet werden (s. Kap. 3). So setzt man in der TMO darauf, Akteure aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilbevölkerung stärker in die bislang von staatlichen Akteuren dominierte grenzüberschreitende Kooperation einzubeziehen. In der centropo wurde ein differenzierter Ansatz gewählt, um einerseits alle nationalen Teilräume bei notwendigen Basiskooperationen zu beteiligen, andererseits spezifische Themen und Projekte im Rahmen von Allianzkooperationen effektiv bearbeiten zu können. Diese regionsspezifischen Governancestrukturen ermöglichen den metropolitenen Grenzregionen, sich breiter aufzustellen und schlagfertiger zu werden, wenn es darum geht, territoriale Strategien und Projekte voranzubringen.

In der Podiumsdiskussion zu territorialen Strategien wurden u.a. Projekte präsentiert, die die kohärente Entwicklung der Grenzregionen in den Blick nehmen (s. Kap. 4). So verwies Pascale Roulet (2012) auf die Region Grand Genève, in der in den letzten 20 Jahren zwar viele Arbeitsplätze, jedoch wenig arbeitsplatznaher Wohnraum geschaffen wurde. Viele Arbeitnehmer zogen in die Peripherie – verbunden mit erhöhtem Pendleraufkommen und steigender Verkehrsproblematik. Mit dem ‚Schéma d’agglomération transfrontalière‘, einem grenzüberschreitenden Agglomerationsprogramm, wird versucht, der enormen Dynamik nun besser Rechnung zu tragen.

Auf Ebene der operativen Projekte (s. Kap. 5) wurde mit dem Beispiel der Öresundbrücke belegt, dass konkrete Maßnahmen im Infrastrukturbereich die regionalen Verflechtungen nachhaltig befördern. Ähnliches gilt für den Ausbau der blauen und grünen Achsen (trame bleue et verte) in der Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai, bei denen unter Berücksichtigung der ökologischen und ökonomischen Potenziale ein integrierter Ansatz im Vordergrund steht. Die Beispiele legen die Bedeutung von Schlüsselthemen und -projekten offen, die für das innere Funktionieren der Grenzregion entscheidend sind.

Territoriale Kohäsion und Strukturfondspolitik in Europa 2014-2020

Dr. Wolfgang Streitenberger, Senior Adviser, Gen.Dir. Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Europäische Kommission, Brüssel; 2012

Die EU-Kommission will die territoriale Kohäsion in Europa verbessern – dies kann und soll gerade auch durch die Förderung der metropolitanen Grenzregionen geschehen. Territorialen Zusammenhalt zu erreichen ist jedoch einfacher gesagt als getan, da Wettbewerbsfähigkeit, Kohäsion und nachhaltige Entwicklung unter einen Hut gebracht werden müssen. Erschwerend kommt hinzu, dass dies nicht nur auf allen Ebenen der Governance, sondern auch sektorenübergreifend und über administrative Barrieren hinweg geschehen muss – und darüber hinaus über nationale Grenzen: Die erste Aufgabe muss daher darin bestehen, die Barrieren zu überwinden, die das Zusammenwachsen von dies- und jenseits der Grenzen liegenden funktionellen Gebieten zu "metropolitanen Grenzregionen" behindern.

Die zweite Aufgabe hat ihren Ursprung im politischen Willen – und in der Notwendigkeit, – die Ziele der Europa 2020 Strategie umzusetzen. Um die Ziele zu verwirklichen, werden integrierte, territorial differenzierte und institutionell akkordierte Antworten benötigt. Diese können nicht ohne enge Kooperation zwischen der europäischen Ebene und den nationalen, regionalen und lokalen Ebenen gegeben werden, aber auch nicht ohne dabei administrative Grenzen innerhalb und zwischen Mitgliedsstaaten zu überschreiten. Europa 2020 ist das zweite Motiv und der Motor für verstärkte territoriale Kohäsion. Grenzüberschreitende Kooperation ist das Schlüssel-instrument für fortgeschrittenen territorialen Zusammenhalt.

Funktionelle, durch Grenzen geteilte Gebiete, legen über das Mosaik der EU-Mitgliedsstaaten noch ein zusätzliches Muster. Sie sind typisch für Europa. Unter ihnen erlangen städtische grenzüberschreitende Regionen immer mehr Bedeutung. In ihnen schlummert ein enormes Entwicklungspotenzial, dank ihrer größeren Arbeitsmärkte, besseren Geschäftsmöglichkeiten, höheren internationalen Attraktivität und breiteren kulturellen Angebote.

Diese Aspekte haben die Vorbereitungen der neuen Kohäsionspolitik 2014-2020 stark beeinflusst. Besondere Berücksichtigung fanden dabei auch die zukünftigen Herausforderungen für Regionen und Städte. Bei der Gestaltung der neuen Kohäsionspolitik hat sich die Kommission daher zu einem integrierten territorialen Ansatz entschlossen, der gekennzeichnet ist durch

1. einen neuen Governance-Rahmen,
2. neue grenzübergreifende Arbeitsweisen,
3. ein dichtes Netz an partnerschaftlichen Akteuren, das auch

die Bürger miteinbezieht und

4. die Konzentration auf langfristig angelegte, gemeinsame Ziele.

Im Grunde ist eine qualitative Wende notwendig, um das Potenzial der europäischen Städte voll auszuschöpfen. Dies gilt noch mehr für grenzüberschreitende Ballungszentren. Wie kann diese qualitative Wende vollzogen werden? Themen wie Wissensmanagement und Datensammlung, sektorübergreifende Kooperation, mehr Engagement der Stakeholder und Bürgerpartizipation bekommen in einer grenzüberschreitenden Situation eine gänzlich neue Dimension. "Kooperation" muss über den sozusagen „klassischen“ Informationsaustausch hinausgehen und durch flexible Governance-Mechanismen geprägt sein.

Die Europäische Union hat schon – und wird auch weiterhin – eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielen. So helfen von der der Kohäsionspolitik geförderten Networking-Programme wie URBACT Städten dabei, voneinander zu lernen. Ein fundiertes Verstehen dieser Herausforderungen und der territorialen Dynamiken ist eine Grundvoraussetzung erfolgreicher grenzüberschreitender Kooperation. Deswegen wird das ESPON-Programm weiterhin unterstützt.

Die zentralen Elemente der kommenden Kohäsionspolitik im Allgemeinen

Eine verstärkte integrierte Programmgestaltung wird durch den Gemeinsamen Strategischen Rahmen auf EU-Ebene und durch die Partnerschaftsabkommen auf nationaler Ebene sichergestellt. Integrierte Programmgestaltung wird für alle Strukturfonds verpflichtend. Die Mitgliedsstaaten werden zudem erstmalig die Möglichkeit haben, Multi-Fonds-Programme vorzubereiten und zu implementieren, also Mittel aus dem Regionalfonds, dem Sozialfonds und dem Kohäsionsfonds miteinander zu kombinieren.

Außerdem schlägt die EU-Kommission eine größere Flexibilität hinsichtlich der territorialen Abdeckung von Programmen vor und ermöglicht so eine Programmgestaltung auch unterhalb des NUTS II Levels. Funktionellen geografischen Gebieten wird ermöglicht, unter bestimmten Bedingungen Projekt-Ausgaben auch außerhalb der Programmregion zu tätigen – was insbesondere für grenzübergreifende Gebiete von Relevanz ist.

Im Rahmen der neuen Kohäsionspolitik können Mitgliedsstaaten besser auf sub-regionale Bedürfnisse mittels der neu in der Gesetzgebung vorgesehenen "Integrierten Territorialen Investitionen" (ITIs) eingehen. Mit Hilfe dieses Instruments

können Förderungen aus verschiedenen Prioritätsachsen bzw. aus einem oder mehreren Operationellen Programmen miteinander kombiniert werden.

Die neue Kohäsionspolitik legt einen Schwerpunkt zudem auf nachhaltige Stadtentwicklung. Dieser sollen mindestens 5% der Ressourcen aus dem Regionalfonds gewidmet werden. Neu in der urbanen Dimension der Kohäsionspolitik sind die (eventuell auch grenzüberschreitenden) Maßnahmen zur lokalen Entwicklung ("community-led development"). Diese erlauben die Selbst-Gestaltung und Selbst-Umsetzung von integrierten Strategien durch lokale Gruppen und können auch mit Hilfe mehrerer Strukturfonds gemeinsam finanziert werden.

In einer Novelle zur EVTZ-Verordnung hat die Kommission einige Bereiche identifiziert, in denen die EVTZ verbessert werden sollten, wobei aber die Grundstruktur der EVTZ nicht geändert werden wird und bereits bestehende EVTZ ihre Statuten oder Arbeitsweise nicht modifizieren müssen. Die existierende Verordnung wird klarer formuliert: erstens, um mit dem Lissabon-Vertrag konform zu gehen; zweitens, um bestimmte Aspekte zu vereinfachen und drittens um mehr Transparenz und Kommunikation über Form und Arbeitsweise der EVTZ zu gewährleisten.

Nicht zuletzt sieht die Kommission mehr Flexibilität vor und öffnet die Zwecksetzung von EVTZ für jedweden Aspekt territorialer Kooperation, d.h. auch über das Management von aus dem Regionalfonds geförderten Programmen und Projekten hinaus. Mit der neuen EVTZ-Verordnung wird außerdem eine sichere gesetzliche Basis für die Teilnahme von Behörden und Regionen aus Drittländern geboten.

Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ)

Weiterhin sollen die drei Schienen der ETZ, nämlich die grenzüberschreitende, die interregionale und die transnationale Zusammenarbeit gestärkt werden. Die Kommission schlägt vor, die Fördermöglichkeiten für territoriale Kooperation um 30% zu erhöhen und misst der ETZ damit einen hohen Stellenwert bei. Besonders erwähnenswert ist dabei, dass das thematische Ziel „Capacity-building/Kapazitätsaufbau“ auch für die territoriale Zusammenarbeit gültig ist und deswegen eine wichtige Rolle in der Finanzierung von grenzüberschreitenden, transnationalen oder interregionalen Kooperationen spielen wird.

Das jüngste Beispiel für eine neuartige territoriale Kooperation, sind die sog. makroregionalen Strategien der EU, etwa für den Ostsee-, Atlantik- oder für den Donaauraum. Mit diesen Strategien sollen Projekte in einer Reihe von sog. Prioritätsfeldern gefördert werden. Demzufolge will zum Beispiel die Donaus-

strategie Probleme angehen, denen die Donauländer typischerweise gegenüber stehen: z.B. unterschiedliche administrative Traditionen, unterschiedliche Zugangsweisen zu Rechtsstaatlichkeit und Transparenz sowie unterschiedliche Entwicklungsstufen von Verwaltung, Institutionen und Zivilgesellschaft.

Noch ein paar Gedanken zu einem operativen Aspekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit: Die Kommission ist davon überzeugt, dass gut funktionierende, administrative und institutionelle Kapazitäten auch in den metropolitanen Grenzregionen essentielle Voraussetzungen für erfolgreiche grenzüberschreitende Kooperationen sind. Ohne solche Kapazitäten bzw. ohne gezielten Kapazitätsaufbau kann grenzüberschreitende Kooperation nicht gelingen. Die Europäische Kommission plant daher, das "Capacity-building", d.h. den Kapazitätsaufbau, im Rahmen der neuen Kohäsionspolitik in der kommenden Finanzperiode 2014-2020 voranzutreiben und zu unterstützen. Bereits im Legislativ-Paket für die neue Kohäsionspolitik wurde eine stärkere thematische Konzentration der von der EU-Kommission förderbaren regionalen Investitionen angestrebt; sie konzentriert sich auf elf thematische Ziele.

Hier ist vor allem Ziel 11 "Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Gewährleistung einer effizienten öffentlichen Verwaltung" von Bedeutung. Die Stärkung der institutionellen und administrativen Kapazitäten auf allen Ebenen und die Förderung der Grundsätze guter "Governance" sind die Methoden, um die Grundlagen für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu schaffen. Dies sollte mit dem Abbau von ordnungspolitischen Lasten und zu hohem Verwaltungsaufwand Hand in Hand gehen. Die zukünftige Kohäsionspolitik wird bezüglich Ziel 11 nicht nur traditionelle Methoden des administrativen Kapazitätsaufbaus, sondern beispielweise auch innovative Politikgestaltung und Organisationsentwicklung, e-government und transparentes, öffentliches Vergabewesen unterstützen.

Die Fonds können dabei auch zur Bereitstellung von Ausrüstung und Infrastruktur beitragen, um öffentliche Dienstleistungen in Bereichen wie Arbeitsmarkt, Gesundheit, Sozialpolitik oder Zollwesen zu modernisieren.

Die verstärkte Europäische Territoriale Kooperation, das besondere Augenmerk auf die urbane Dimension, die neuen territorialen Instrumente, wie ITI und "community-led development" belegen, dass die Kooperation auch in metropolitanen Grenzregionen im Rahmen der territorialen Kohäsion sehr ernst genommen wird und dementsprechend gefördert werden kann. Der Erfolg der zukünftigen Kohäsionspolitik hängt aber nicht nur von Akteuren auf der europäischen oder nationalen Ebene ab, sondern vor allem auch von engagierten Akteuren vor Ort.

Im Netzwerk handeln – Wie können sich metropolitane Grenzregionen in Europa vernetzen

„Ohne Netzwerke funktioniert unsere Gesellschaft, vor allem in Grenzregionen, nicht“ war die klare Botschaft von Klemens Ficht, Regierungsvizepräsident im Regierungspräsidium Freiburg, mit der er die IMeG-Vertreter und den IKM zur engeren Zusammenarbeit aufrief. In der Diskussion betonte der Sprecher des IKM und Verbandsdirektor des Verbands Region Rhein-Neckar, Ralph Schlusche, dass sich IKM und IMeG mit vergleichbaren Themenfeldern beschäftigen, so z.B. mit den Leitbildern und Handlungsstrategien der Raumentwicklung oder der Metropolendebatte in Europa. Deshalb steht für die nächste Etappe eine stärkere Zusammenarbeit auf der Agenda.

Zudem hat sich der IMeG seit seiner Gründung verstärkt um den Austausch mit anderen grenzüberschreitenden Institutionen in Europa wie der AGEG und der MOT bemüht. Die 1971 gegründete AGEG gilt als ältester europäischer Zusammenschluss für Grenz- und grenzübergreifende Regionen. Mit einem Erfahrungsschatz von über 40 Jahren im Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation und rund 100 Mitgliedern setzt sich die AGEG für die Interessen der Grenzregionen ein. Sie unterstützt die Zusammenarbeit in ganz Europa und koordiniert den Erfahrungs- und Informationsaustausch, um aus den bestehenden Hindernissen in der grenzüberschreitenden Kooperation, Chancen zu definieren (Website AGEG). „Dabei muss man einen langen Atem haben. Die ersten Erfolge sind die, die am meisten begeistern; irgendwann stellt sich eine gewisse Routine ein. Deswegen muss man immer wieder aufs Neue Begeisterung für grenzüberschreitende Kooperation finden, auch in der AGEG“, so Karl-Heinz Lambertz (2012).

Bei der MOT handelt es sich um eine 1997 gegründete Initiative des französischen Staates, die sich vor allem als Task-Force für grenzüberschreitende Zusammenarbeit versteht. Sie ist auf Dienstleistungen im Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation ausgerichtet und betreut und berät im Zuge dessen ihre Mitglieder. So betreibt die MOT verstärkt Lobbying auf europäischer Ebene, fördert den Austausch u.a. von best practice-Beispielen und setzt sich für die Vernetzung von Europäischen Verbänden für

Territoriale Zusammenarbeit und der MOT ähnlichen Strukturen auf nationaler Ebene ein. Sehr aktiv arbeitet die MOT im 2010 gegründeten Netzwerk „Budapest-Plattform“ mit, zu dessen Mitgliedern das Ministerium für Inneres und Königreichsbeziehungen der Niederlande (Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties), der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit Galicien-Nordportugal (Agrupación Europea de Cooperación Territorial Galicia-Norte de Portugal) und der Zentral-europäische Service für grenzüberschreitende Initiativen in Ungarn (Central European Service for Cross-Border Initiatives, CESCO) gehören. Der Generaldirektor der MOT, Jean Peyrony, betonte auf der IMeG-Konferenz, dass der Erfahrungsaustausch als verbindendes Element zwischen IMeG und MOT sehr wichtig ist und man dies weiter intensivieren möchte.

AGEG, MOT und IKM haben dem IMeG eins voraus: Sie bestehen schon seit vielen Jahren oder gar Jahrzehnten und haben die mit der Institutionalisierung verbundenen Hürden überwunden bzw. Wege gefunden, damit umzugehen. Klare Voraussetzungen für den Erfolg, so die Erfahrung der Podiumsgäste, sind die gleiche Augenhöhe unter den Partnern und gemeinsame Zielvorstellungen. Es sei besonders wichtig, sich gemeinsam neue Aufgaben und Ziele zu setzen und starke Partner zu finden, die die Bemühungen auch in schwierigen Phasen vorantreiben. Diese Aspekte sind viel wichtiger als beispielsweise die gleiche Flächengröße von Mitgliedsregionen. Bestes Beispiel dafür ist die Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) im IKM: Im Vergleich zur Hauptstadtregion ist die MRN mit einer kritischen Masse von 2,4 Mio. Einwohnern und einer Größe von 5.600 km² relativ „klein“, zeichnet sich aber durch ihre enorme Wirtschaftskraft aus. Für die MRN gilt rückblickend, dass der IKM-Beitritt ein richtungsweisender Schritt war: „Ohne den Beitritt, wären wir auf keinen Fall das, was wir heute sind“ erklärte der Verbandsdirektor Ralph Schlusche.

Auch der IMeG bietet gute Voraussetzungen für gemeinsame Erfolge, darüber waren sich die Vertreter der grenzüberschreitenden Institutionen einig und rieten, den begonnenen Weg weiterzugehen: „Setzen Sie die Arbeit fort und arbeiten Sie mit anderen Strukturen zusammen, wenn Sie ihre Regionen zu grenzüberschreitenden polyzentrischen Metropolregionen ausbauen wollen“ so der Rat von Jean Peyrony.

Luxemburger Thesen

Um einen Beitrag für die zukünftige Entwicklung der grenzüberschreitenden polyzentrischen Raumentwicklung in der EU und die innovative Vernetzung von Stadtregionen und Städten weiter in den Vordergrund der nationalstaatlichen Raumordnungspolitik und der europäischen Kohäsionspolitik zu stellen, hat der IMeG mit der luxemburgischen Landesplanung sieben Thesen formuliert und auf der IMeG-Konferenz vorgestellt wurden.

1. MGR sind Motoren der Entwicklung in Europa

Die metropolitanen Grenzregionen verfolgen als Motoren für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Entwicklung in Europa das Prinzip der territorialen Kohäsion und Kooperation. Sie verdienen die gleiche Aufmerksamkeit und Würdigung wie die nationalen Metropolregionen.

2. Chancen der MGR nutzen:

„Stärken stärken – Hemmnisse abbauen“

Die metropolitanen Grenzregionen sind vielfältige Lebens-, Wirtschafts- und Kulturräume, deren Potenziale durch grenzüberschreitende Verflechtungen und Kooperationsstrukturen geprägt sind. Zugleich weisen sie auch grenzspezifische Besonderheiten in der Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit auf. Die Stärken zu stärken und die Hemmnisse abzubauen muss das Ziel aller Grenzregionen Europas werden.

3. MGR – „Europa im Kleinen“ – Europa nah bei den Menschen

Die metropolitanen Grenzregionen leisten einen bedeutenden Beitrag zur dauerhaften Sicherung und Weiterentwicklung der europäischen Wirtschaftskraft und Integration. Sie sind das „Europa im Kleinen“. Nirgendwo anders werden die Erfolge der europäischen Integration in der Lebenswirklichkeit der Menschen so unmittelbar spürbar wie dort. Umso wichtiger ist die Einbeziehung der Bevölkerung in die Gestaltung der Grenzregionen. Die Wahrnehmung dieser Regionen muss sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf europäischer Ebene gestärkt werden.

4. Starke Kooperationsstrukturen für eine starke MGR

Die metropolitanen Grenzregionen können auf eine langjährige Erfahrung im Aufbau grenzüberschreitender Kooperationsstrukturen zurückgreifen. Die institutionelle Stärkung und der Ausbau leistungsfähiger Organisationsstrukturen sind die Ziele der Grenzregionen. Die Gründung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein im Jahr 2010 und der durch die ES-PON-Studie Metroborder eingeleitete Prozess zur Schaffung einer grenzüberschreitenden polyzentrischen Metropolregion (GPMR) in der Großregion gehen u.a. mit gutem Beispiel voran!

5. Die Basis für erfolgreiche Entwicklung: Territorialer Strategiebezug

Die metropolitanen Grenzregionen stehen vor der Zukunftsaufgabe, eine räumliche und funktional integrierte Entwicklungspolitik zu gestalten. Um die knappen Ressourcen effizient zu nutzen, müssen die Programme und Projekte zielgerichtet an den Potenzialen und Hemmnissen ansetzen – ein starker territorialer Strategiebezug und ein nachhaltiges Konfliktmanagement sind unabdingbar.

6. Zielgerichtete Förderinstrumente für MGR

Die metropolitanen Grenzregionen begleiten wichtige Politikprozesse in der europäischen Struktur- und Kohäsionspolitik und legen dabei die besonderen Bedürfnisse der Grenzregionen offen. Die Ausgestaltung auch der künftigen europäischen Förderinstrumente muss daher an die Bedarfe der Grenzregionen angepasst werden.

7. Im Netzwerk handeln!

Der Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen ruft die metropolitanen Grenzregionen mit ihren reichhaltigen regionalen Identitäten und Kulturen und der Vielfalt nationaler Hintergründe auf, sich auszutauschen und voneinander zu lernen. Gemeinsam sollen sie sich den grenzüberschreitenden Herausforderungen stellen und sich auf europäischer Ebene für ihre Belange stark machen.

9. Zukunftsperspektiven des IMeG

Kapitel 9 im Überblick

In der nächsten Phase des IMeG gilt es, die gute Basis, die in den letzten Jahren geschaffen wurde, weiterzuentwickeln. Die Erfolge des IMeG sind ein Ansporn für alle Partner, sich weiter für die Belange der metropolitanen Grenzregionen im Rahmen des Initiativkreises einzusetzen. Neue Aufgaben stehen für die nächsten zwei Jahre auf der Agenda des IMeG, insbesondere die Vernetzung und der Austausch mit anderen metropolitanen Grenzregionen in Europa sowie die gemeinsame Arbeit an thematischen Schwerpunkten.

Im März 2013 haben die IMeG-Partner ihr zukünftiges Arbeitsprogramm erarbeitet. Anliegen des IMeG wird auch weiterhin sein, das Selbstverständnis der MGR auszubauen, diese Räume zu profilieren und zu positionieren. Die Partner werden sich dafür einsetzen, den Bekanntheitsgrad des Initiativkreises in den IMeG-Regionen zu erhöhen und das Bewusstsein für die grenzüberschreitenden Grenzregionen zu stärken.

Die Durchführung der IMeG-Konferenz hat Voraussetzungen geschaffen, um den IMeG auch auf europäischer Ebene besser zu vernetzen. Ein zentrales Thema wird deshalb der weitere Erfahrungsaustausch mit anderen metropolitanen Grenzregionen in Europa sein. Eine Verstärkung des Austausches mit anderen MGR in Europa kann zukünftig sowohl über die Zusammenarbeit mit den zur Konferenz geladenen Gastregionen, d.h. Öresundregion, Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai, Grand Genève und centropo, als auch mit nationalen und europäischen Netzwerken wie dem IKM, der AGEG und der MOT forciert werden. Diese Bestrebungen sollen durch gemeinsame Aktivitäten und Projekte auf verschiedenen Ebenen und im Rahmen unterschiedlicher Förderkulissen offensiv vorangebracht werden.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt dabei auf Strategien zur gezielten Stärkung metropolitaner Funktionen und Verflechtungen. Vertieft werden sollen u.a. Wege einer effektiven Positionierung zu raumentwicklungspolitischen

Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene (z.B. Leitbilder der Raumentwicklung, Territoriale Agenda der EU, EU-Kohäsionspolitik nach 2013). Auch Themen wie grenzüberschreitendes Informations- und Konfliktmanagement oder grenzüberschreitende Governance sollen verstärkt betrachtet werden. Der mit Vertretern aus den benachbarten Teilregionen jenseits der deutschen Grenze durchgeführte Workshop „Kooperationsmanagement in metropolitanen Grenzregionen“ war ein erster wichtiger Schritt, um ein offenes Gespräch über die verschiedenen Sichtweisen der Akteure zu initiieren und die Konflikte der Vergangenheit als Chance für die Zukunft zu sehen. Er hat gezeigt, dass insbesondere die Etablierung einer konstruktiven Kooperationskultur im Kontext von Raumentwicklung und Raumplanung noch am Anfang steht. Gerade der Erfahrungsaustausch mit Partnern aus den benachbarten Teilräumen der deutschen IMeG-Partner jenseits der Grenze hat deutlich gemacht, dass die Ableitung übertragbarer Erkenntnisse, der Transfer in die Praxis und die daraus entstehenden Empfehlungen ein Gewinn für alle (metropolitanen) Grenzregionen sein können.

In der kommenden Phase soll die grenzüberschreitende Vernetzung stärker in den Fokus gerückt werden. Der IMeG möchte sowohl mit den benachbarten Teilräumen jenseits der deutschen Grenze in Kontakt treten als auch zusammen mit anderen metropolitanen Grenzregionen einen Schritt in Richtung Europa gehen.

Verzeichnisse

Abkürzungsverzeichnis

AGEG	Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen	GPMR	Grenzüberschreitende Polyzentrische Metropolregion
AGIT	Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer AGIT mbH	IBH	Internationale Bodensee-Hochschule
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung	IBK	Internationale Bodensee Konferenz
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	IGBK	Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee
BBSR	Bundesinstitut Bau-, Stadt- und Raumforschung	IKM	Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	IMeG	Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen
CBPMR	Cross-Border Polycentric Metropolitan Region	ITI	Integrierte Territoriale Investitionen
CESCI	Central European Service for Cross-border Initiatives	IWB	Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee
DACH+	Portal zur Raumbeobachtung und Raumentwicklung im Grenzraum von Deutschland (D), Österreich (A), Schweiz (CH) und Liechtenstein (+)	LAU	Local administrative unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte	MDDI	Ministère du développement durable et des Infrastructures, Luxembourg
EMR	Euregio Maas-Rhein	MGR	Metropolitane Grenzregionen
EOM	Entwicklungskonzept Oberes Moseltal	MKRO	Ministerkonferenz für Raumordnung
EU	Europäische Union	MORO	Modellvorhaben der Raumordnung
ESPON	European Spatial Planning Observation Network	MORO güV	Modellvorhaben der Raumordnung zu grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen
ETZ	Europäische Territoriale Zusammenarbeit	MOT	Mission Opérationnelle Transfrontalière
EVTZ	Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit	MRN	Metropolregion Rhein-Neckar
EW/km ²	Einwohner pro Quadratkilometer	NUTS	Nomenclature des unités territoriales statistiques
FUA	Functional Urban Area (=Funktionale Stadtregionen)	ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
GDP	Gross domestic product (= Bruttoinlandsprodukt)	REK	Raumentwicklungskonzept
GIS	Geoinformationssystem	ROG	Raumordnungsgesetz
GISOR	Geographisches Informationssystem für das Gebiet des Oberrheins	ROK-B	Raumordnungskommission Bodensee
GIS-GR	Geoinformationssystem für die Großregion	TAEU	Territoriale Agenda der Europäischen Union 2020
		TEB	Trinationaler Eurodistrict Basel
		TEC	Transport en Commun
		TMO	Trinationale Metropolregion Oberrhein
		TTC	Top Technology Cluster
		TTR	Top Technology Region
		TTR-ELAt	Top Technology Region - Eindhoven/Leuven/Aachen technology triangle
		WMS	WebMapServices

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Die Metropolregionen in Deutschland und die Regionen des MORO zu grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen
- Abb. 2: Die Leitbildkarte aus dem Jahr 2006 und der Entwurf des Leitbilds für die Fortschreibung 2013
- Abb. 3: Grenzgängerströme in der Großregion 2011
- Abb. 4: Mitgliedshochschulen der Internationalen Bodensee-Hochschule
- Abb. 5: Großräumige Regionalisierungsprozesse am Beispiel des SaarLorLux-Raums
- Abb. 6: Das polyzentrische städtische System in den vier IMeG-Regionen
- Abb. 7: Räumliche Verteilung der Metropolfunktionen in Europa
- Abb. 8: Die metropolitanen Grenzregionen in Europa
- Abb. 9: Die auf vier Säulen basierende Neuorganisation der Trinationalen Metropolregion Oberrhein
- Abb. 10: Die Vierländerregion Bodensee – Netzwerkartige Kooperationsstrukturen organisieren
- Abb. 11: Der institutionelle Aufbau der centrope
- Abb. 12: Die Entwicklung der centrope im Rahmen des capacity-Prozesses
- Abb. 13: Basis- und Allianzkooperationen als Erfolgsfaktor für integrierte territoriale Entwicklung
- Abb. 14: Organigramm des EVTZ Lille-Kortrijk-Tournai
- Abb. 15: Cover des Berichts „centrope Strategie 2013+ – centrope Aktionsplan“ und polyzentrisches Gefüge der centrope
- Abb. 16: Arbeitsplatzdichte bezogen auf die Gemeindefläche
- Abb. 17: Ergebnis des ESPON-Projektes „Metroborder“: Eine Grenzüberschreitende Polyzentrische Metropolitanregion in der Großregion – schematische Synthesekarte der Metroborder-Ergebnisse
- Abb. 18: Raumentwicklungskonzept Nordwest+
- Abb. 19: Zukunftsbild 2030: Korridor+
- Abb. 20: Das grenzüberschreitende städtische System an der Mosel mit Siedlungsschwerpunkten
- Abb. 21: Cover der Bewerbungsschrift „Europa wiederentdecken“ zur Initiative „Maastricht – Kulturhauptstadt 2018“
- Abb. 22: Knoten und Kanten im B-Zugnetz, das die Mittel- und Kleinzentren für ein schnelles grenzüberschreitendes Angebot verbindet
- Abb. 23: Bus und Bahn – grenzenlos! Schnellverkehrsplan in der Euregio Maas-Rhein
- Abb. 24: Improved accessibility and mobility: Scenario Konkurrenzkraft 2025
- Abb. 25: Die Oberrheinregion als Tourismusdestination
- Abb. 26: Die eIZOM-Gesundheitskarte
- Abb. 27: Trame bleue et verte
- Abb. 28: Das GIS-Portal DACH+
- Abb. 29: Bevölkerungsdichte der Gemeinden des Oberrheins 2009
- Abb. 30: Touristische Übernachtungen des Oberrheins im Jahr 2010 nach Beherbergungsart
- Abb. 31: Die metropolitane Dimension der Großregion
- Abb. 32: The Locator bietet Suchfunktionen für Gewerbeflächen
- Abb. 33: Entwicklungsstufen grenzüberschreitender Governance

Tabellenverzeichnis

- Tab. 1: Phasen der Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Kooperation in den IMeG-Regionen
- Tab. 2: Die Grenze als Ressource
- Tab. 3: Grenzüberschreitende Governancesysteme in der Übersicht: Stärken, Schwächen und Fazit zu Grenzen der „Stärke schwacher Kopplung“
- Tab. 4: Kulturelle Basisausprägungen von nationalen Teilregionen – Beispiel Oberrhein
- Tab. 5: Konfliktwahrscheinlichkeit in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Literaturverzeichnis

AGEG – Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (2004): Europäische Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen. Neufassung, Stand: 07.10.2004. Gronau

AGIT – Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (2012): Pressemitteilung der AGIT vom 19. September 2012, Nr. 24/12

Ahrens, Gerd-Axel; Schöne, Marzena (2008): Kooperative Ansätze bei integrierter, grenzüberschreitender Verkehrsplanung auf regionaler Ebene. Leitfaden. Dresden, Januar 2008

Arens, Johannes (2012): Steckbrief zum Projekt „Maastricht – Kulturhauptstadt 2018“, der von Herrn Arens im Zuge der IMeG-Leitprojekt-Recherche ausgefüllt wurde

Beck, Joachim (2013): Kooperationsmanagement in metropolitenen Grenzregionen. Konfliktverarbeitung als Herausforderung grenzüberschreitender Governance. Powerpoint-Präsentation im Rahmen des Workshops „Kooperationsmanagement in metropolitenen Grenzregionen“

Baasner, Frank; Neumann, Wolfgang (2005): Dossier Grenzen und Kooperationen: Grenzüberschreitende Kooperation: Deutschland-Frankreich: eine analytische

Bestandsaufnahme. In: Dokumente – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog. Bonn: Verl. Dokumente GmbH: 11-17

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg., 2006): Perspektiven der Raumentwicklung in Deutschland. Bonn/Berlin. Abruf am 09.04.2009 unter: www.bbr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2006/PerspektivenRaumentwicklung.html

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2012): Raumordnungsbericht 2011. Abruf am 08.08.2013 unter: www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2012/ROB2011.html

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2010): Metropolräume in Europa. = Analysen Bau. Stadt. Raum. Band 1. Bonn: Selbstverlag des BBR

Beck, Joachim (2011): Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa. Vortrag anlässlich der Jahrestagung der GIZ am 29.08.2011 in Berlin, (S. 1-39), unveröffentlichtes Manuskript

Beck, Joachim (2008): Patterns of Administrative Culture in Cross-Border Cooperation. In: Beck, Joachim; Thedieck; Franz (Eds. 2008). The European Dimension of Administrative Culture, Baden-Baden (Schriften der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Band 33): 179-213 (196)

Bächtold, Hans-Georg (2010): Zur Planung in funktionalen Räumen. In: Tec 21, Jg.: 136, Nr.21 (2010): 34-35

Benz, Arthur (2009): Politik in Mehrebenensystemen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Beyerlin, Ulrich (1988): Rechtsprobleme der lokalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Berlin: Springer

Blatter, Joachim; Scherer, Roland (2006): Die Bodenseeleitbilder als Spiegel der grenzüberschreitenden Kooperation und im Spiegel der Wissenschaften. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Brennpunkt Stadt, Lebens- und Wirtschaftsraum, gebaute Umwelt, politische Einheit. Fest-

schrift für Heinrich Maeding zum 65. Geburtstag. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik: 281-292

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2012a): Info-Brief, MORO-Initiative Landschaftsnetz Mosel Phase 2 „Integrierte Flusslandschaftsentwicklung – Landschaftsnetz Mosel“, Nr. 6 Juni 2012

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2012b): Landschaftsnetz Mosel, Réseau des paysages mosellans

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2011): Metropolitane Grenzregionen. Abschlussbericht des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) „Überregionale Partnerschaften in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“

centrope Koordinationsbüro (2012a): Programm des „centrope summit 4“. Abruf am 16.05.2013 unter: www.centrope.com/de/politische-konferenzen/pamhagen-2012

centrope Koordinationsbüro (2012b): Schlussfolgerungen des Politischen Board von centrope (konsolidierte Fassung). Ein selbständiger Kooperationsmechanismus mit erkennbarem Mehrwert. Pamhagen, 25. Oktober 2012

Chinalski; Maciej (2010): Regional Governance in der Oder-Partnerschaft. Universität Potsdam, WeltTrends Thesis, Nr. 8. Universitätsverlag Potsdam

Diederich, Romain (2012): Vortrag „Die Luxemburger Raumordnung im Kontext der Großregion“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

Erdmenger, Katharina (2012): Vortrag „Die Bedeutung metropolitaner Grenzregionen aus Sicht der Bundesraumordnung“ im Rahmen des Programmpunkts „Die Rolle metropolitaner Grenzregionen“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

ESPON; University of Luxembourg (2010): Grenzüberschreitende Polyzentrische Metropolregionen, ed. MDDI, 202p. Abruf am 18.06.2013 unter: www.dat.public.lu/publications/documents/metroborder/metroborder_final_report_de.pdf

Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai (2011): 2012-2013. Eurométropole, Actions et Stratégie. Abruf am 05.07.2013 unter: www.eurometropolis.eu/fileadmin/user_upload/Divers/Documentation/PLAN_ACTION_FR_.pdf

Euro-Institut (2010): Kooperations- und Governancestrukturen in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen – Analyse der bestehenden grenzüberschreitenden Strukturen der Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen und räumlichen Zuschnitten. Schlussbericht der Expertise, bearbeitet von Beck, Joachim in Kooperation mit Pradier, Eddie; Unfried, Martin; Gengler, Claude; Wittenbrock, Rolf. Kehl

Ficht, Klemens (2012): Beitrag im Rahmen der Schlussrunde „Im Netzwerk handeln – Wie können sich metropolitane Grenzregionen in Europa vernetzen?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

Gabbe, Jens (2001), zitiert in AGE 2001 (Ahrens/Schöne 2008)

Gerber, Philippe; Enaux, Christophe (2012): Einführung und Vorstellung der Broschüre. In: Schmitz, Frédéric; Devon, Guillaume; Gerber, Philippe (Hrsg., 2012): Die Mobilität der in Luxemburg beschäftigten Grenzgänger“. 6-7

Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm Basel (2012): Strategie 2030 – Trinationale Agglomeration Basel. Agglomerationsprogramm Basel, 2. Generation. Liestal

Hartz, Andrea; Damm, Gerd-Rainer; Köhler, Stefan (2010): Großräumige grenzüberschreitende Verflechtungsräume – Ein „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) des Bundes. In: Raumforschung und Raumordnung (RuR): Großräumige grenzüberschreitende Verflechtungsräume. 6/2010. Springer: 499-513

Heidenreich, Martin (1999): Grenzregionen. Entwicklungschancen und -barrieren zwischen West- und Mitteleuropa. In: Fuchs, G.; Krauss, G.; Wolf, H.-G. (Hrsg.): Die Bindungen der Globalisierung. Interorganisationsbeziehungen im regionalen und globalen Wirtschaftsraum. Marburg: Metropolis-Verlag. Abruf am 11.12.2012 unter: www.sozialstruktur.uni-oldenburg.de/dokumente/grenzregionen.pdf

Hrbek, Rudolf; Weyand Sabine (1994): Betrifft: Das Europa der Regionen: Fakten, Probleme, Perspektiven. München: Beck

Hüser, Uwe (2012): Vortrag „Metropolitane Grenzregionen aus der Perspektive von Rheinland-Pfalz“ im Rahmen des Programmpunkts „Die Rolle metropolitaner Grenzregionen“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (2013): Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. 8. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 13. Gipfel der Exekutive der Großregion

Interreg-Projekt BODAN-RAIL 2020 (Hrsg., 2001): Das Konzept BODAN-RAIL 2020. Abruf am 15.03.2013 unter: www.bodan-rail.net

Kanton Aargau, Abteilung Raumentwicklung; Kanton Basel-Landschaft, Amt für Raumplanung; Kanton Solothurn, Amt für Raumplanung; Kanton Basel-Stadt, Hochbau- und Planungsamt; Regionalverband Hochrhein-Bodensee (2011): Raumentwicklungskonzept Nordwest +. März 2011

Köhler, Stefan (2007): Wachstumsregionen fernab der Metropolen – Zusammenführung und Ausblick. In: Köhler, Stefan (Hrsg.): Wachstumsregionen fernab der Metropolen. Chancen, Potenziale und Strategien. Hannover: 116-118. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 334

Lambertz, Karl-Heinz (2012): Beitrag im Rahmen der Schlussrunde „Im Netzwerk handeln – Wie können sich metropolitane Grenzregionen in Europa vernetzen?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

Leypoldt, Patrick (2012): Beitrag im Rahmen der Podiumsgespräche „Governance und Organisation – Was macht grenzüberschreitende Kooperation erfolgreich?“ und „Territoriale Strategien und Projekte – Wie lassen sich metropolitane Grenzregionen stärken?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

Lutter, Johannes (2012): Beitrag im Rahmen der Podiumsgespräche „Governance und Organisation – Was macht grenzüberschreitende Kooperation erfolgreich?“ und „Territoriale Strategien und Projekte – Wie lassen sich metropolitane Grenzregionen stärken?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

MDDI – Ministère du Développement durable et des Infrastructures (2013): SIG-GR. Système d'Information Géographique de la Grande Région/ GIS-GR. Geografisches Informationssystem der Großregion. Luxembourg

Mehlbye, Peter (2012): Vortrag „Metropolitane Grenzregionen in Europa – Welche Bedeutung haben sie für Regionalentwicklung, Wachstum und Innovation?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

MIAT 2009 – Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire (2009): Daten zu nicht festgesetzten Überschwemmungsgebieten 1993/95 im Rahmen des Plan Sectoriel Paysage

Nebel, Reto (2010): Schwerpunktaufgaben – Grenzüberschreitende Aufgaben. Powerpoint-Präsentation.

Oberreinkonferenz (Hrsg., 2009): Beitrag des Oberrheins zum „Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt – Territoriale Vielfalt als Stärke“ der Europäischen Kommission {SEK(2008) 2550}, Kehl, 2009

Øresundsbro Konsortiet (Hrsg., 2009): Die Øresundbrücke und ihre Region. Abruf am 14.05.2013 unter: www.kooperation-international.de/detail/info/die-oeresundbruecke-und-ihre-region.html

Peyrony, Jean (2012): Beitrag im Rahmen der Schlussrunde „Im Netzwerk handeln – Wie können sich metropolitane Grenzregionen in Europa vernetzen?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

ROG – Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) geändert worden ist. Abruf am 06.06.2013 unter: www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/rog_2008/gesamt.pdf

ROK-B – Raumordnungskommission Bodensee (2012): Protokoll vom 09.11.2012

Region Skåne (2008): Øresundsregionen 2025. Scenarier for trafik- og byudvikling. Juni 2008

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, Regionalverband Hochrhein-Bodensee (2010): Der europäische Verflechtungsraum Bodensee. Ein MORO-Projekt. Ravensburg, Waldshut-Tiengen. o.V.

Roulet, Pascale (2012): Beitrag im Rahmen der Podiumsgespräche „Governance und Organisation – Was macht grenzüberschreitende Kooperation erfolgreich?“ und „Territoriale Strategien und Projekte – Wie lassen sich metropolitane Grenzregionen stärken?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

Scherer, Roland (2010): Vortrag „Vom Umgang mit Konflikten in Grenzregionen – Das Beispiel der Regio Bodensee“ im Rahmen des 3. Projektworkshops in Friedrichshafen

Scherer, Roland; Schnell, Klaus-Dieter (2002): Die Stärke schwacher Netzwerke. Entwicklung und aktuelle Situation der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in der Regio Bodensee. In: Jahrbuch des Föderalismus 2002: 502-518

Schlusche, Ralph (2012): Beitrag im Rahmen der Schlussrunde „Im Netzwerk handeln – Wie können sich metropolitane Grenzregionen in Europa vernetzen?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

Schniedermeier, Lydia (2010): Die Bedeutung des INTER-REG-Prozesses für die grenzüberschreitende Kooperation am Beispiel der Regionen Oberrhein und Großregion. Diplomarbeit an der TU Dortmund

Schulz, Christian (1997): Saar-Lor-Lux: die Bedeutung der lokalen grenzüberschreitenden Kooperation für den europäischen Integrationsprozeß. In: Europa Regional, Bd. 5/2: 35-43

Sinz, Manfred (2007): Metropolregionen, ländliche Wachstumspole und Stabilisierungsräume in den neuen Leitbildern der Raumentwicklung. In: Köhler, Stefan (Hrsg.): Wachstumsregionen fernab der Metropolen. Chancen, Potenziale und Strategien. Hannover: 116-118. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 334

Sohn, C. (2013): The Border as a Resource in the Global Urban Space: A Contribution to the Cross-Border Metropolis Hypothesis. International Journal of Urban and Regional Research, Article first published online: 2 August 2013

Sohn, Christophe (2012): Beitrag im Rahmen des Podiumsgesprächs „Territoriale Strategien und Projekte – Wie lassen sich metropolitane Grenzregionen stärken?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

Sohn, Christophe; Walther, Olivier (2011): Luxemburg: Aufbau einer grenzüberschreitenden Metropolregion.

Sohn, Christophe; Reitel, Bernard; Walther, Olivier (2009): Cross-border metropolitan integration in Europe (Luxembourg, Basel and Geneva). IRIS Working Paper 2009-02. CEPS/INSTEAD, Differdange, Luxembourg

Splett, Gisela (2012): Vortrag „Landes- und Regionalplanung als Motoren grenzüberschreitender Zusammenarbeit“ im Rahmen des Programmpunkts „Die Rolle metropolitane Grenzregionen“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

Stichting Maastricht Culturele Hoofdstad 2018 (2012): Europa wiederentdecken. Bewerbungsschrift, 26. Oktober 2012. Bidbook-Fassung 2. Abruf am 24.05.2013 unter: www.via2018.eu/data/files/alg/id459/M2018_Bid%20Book_DU.pdf

Streitenberger, Wolfgang (2013): Vortrag „Territoriale Kohäsion und Strukturfondspolitik in Europa – Wie lassen sich metropolitane Grenzregionen fördern?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

Tiedemann, Johan (2012): Beitrag im Rahmen der Podiumsgespräche „Governance und Organisation – Was macht grenzüberschreitende Kooperation erfolgreich?“ und „Territoriale Strategien und Projekte – Wie lassen sich metropolitane Grenzregionen stärken?“ auf der Europäischen Konferenz des Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMeG) am 19./20. November 2012 in Luxemburg

TMO – Trinationale Metropolregion Oberrhein (2010): Gemeinsam handeln und gestalten. Eine Strategie für die Trinationale Metropolregion Oberrhein 2020. Abruf am 07.04.2013 unter: www.rmtmo.eu

TRANSLOKAL (Hrsg., 2006): Grenzen der Kooperation – Perspektiven im Grenzraum. Kooperationen zur Nutzung von Entwicklungschancen des deutsch-polnischen Grenzraums – Beispiele ausgewählter Handlungsfelder. Berlin

TU Dresden (2010a): Standortvor- und -nachteile grenzüberschreitender Verflechtungsräume. Endbericht der Expertise, bearbeitet von Wiechmann, Thorsten in Kooperation mit Knippschild, Robert; Albecker, Marie-Fleur. Im Auftrag der Projektpartnerschaft des MORO „Überregionale Partnerschaften in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“. Dresden

TU Dresden (2010b): Grenzüberschreitende Verflechtungsräume – Potenziale und offene Fragen. Synthese aus den Expertisen zu Definition und Abgrenzung sowie zu Standortvorteilen und -nachteilen grenzüberschreitender Verflechtungsräume. Bearbeitet von Wiechmann, Thorsten; Knippschild, Robert; Roth, Hélène; Albecker, Marie-Fleur. Im Auftrag der Projektpartnerschaft des MORO „Überregionale Partnerschaften in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“. Dresden

TU Dresden (2009): Definition und Abgrenzung grenzüberschreitender Verflechtungsräume – Analysen zu Verflechtungsindikatoren und Datenverfügbarkeit in vier Grenzräumen. Expertise, bearbeitet von Wiechmann, Thorsten in Kooperation mit Knippschild, Robert; Roth, Hélène. Im Auftrag der Projektpartnerschaft des MORO „Überregionale Partnerschaften in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“. Dresden

Warnecke, Andreas (2012): Steckbrief zum Projekt „M3“, der von Herrn Warnecke im Zuge der IMeG-Leitprojektrecherche ausgefüllt wurde

Websites

Website AGEG. Abruf am 30.01.2013 unter: www.aebr.eu/de/profil/ziele_aufgaben.php

Website AGIT – The Locator. Abruf am 03.05.2013 unter: www.the-locator.eu; www.the-locator.eu/72EMR_Frontend/main.jsf?lang=de#!homePage.eu

Website Agglomerationsprogramm Basel. Abruf am 08.04.2013 unter: www.agglobasel.org/zukunftsbild/

Website ARE – Bundesamt für Raumentwicklung. Abruf am 16.05.2013 unter: www.are.admin.ch/themen/agglomeration/00626/01680

Website Ärztezeitung. Abruf am 15.04.2013 unter: www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/krankenkassen/article/836459/dreilaendereck-egk-macht-patienten-mobil.html

Website Bodan-Rail 2020. Abruf am 22.04.2013 unter: www.bodan-rail.net/index.html

Website Bodenseekreis. Abruf am 15.04.2013 unter: www.bodenseekreis.de/verkehr-wirtschaft/wirtschaft/internationaler-wirtschaftsraum-bodensee.html

Website Bodensee Standort Marketing. Abruf am 15.04.2013 unter: www.bodensee-standortmarketing.com/internationaler-wirtschaftsraum-bodensee-iwb.html

Website centrope. Abruf am 08.08.2013 unter: www.centrope.com/de/projekt-centrope/multilaterale-partnerschaft; www.centrope.com/de/projekt-centrope/strategie-2013

Website CSC-Grenzgängerdienst. Abruf am 08.08.2013 unter: www.grenzgaengerinfos.org/Resources/elZOM_Depliant_DE.pdf

Website DACH+. Abruf am 10.06.2013 unter: www.dachplus.org/raumentwicklung/%C3%BCberblick

Website EEA – European Environment Agency, Natura 2000 data 2009. Abruf am 10.05.2012 unter: www.eea.europa.eu/data-and-maps/data/natura-1%20

Website Europarat – ELC. Abruf am 10.12.2012 unter: <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/QueVoulezVous.asp?NT=176&CM=8&DF=1/18/2008&CL=GER>

Website Europäische Kommission – Kulturhauptstadt Europas. Abruf am 14.05.2013 unter: http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/capitals/european-capitals-of-culture_de.htm

Website FFH-Gebiete. Abruf am 15.04.2013 unter: www.ffh-gebiete.de/natura2000/grundlagen

Website FWTM Freiburg. Abruf am 25.06.2013 unter: www.fwtm.freiburg.de/servlet/PB/menu/1262511_11/index.html

Website GISOR. Abruf am 16.05.2013 unter: www.sigrs-gisor.org/?q=de/content/pr%C3%A4sentation

Website GRAtlas – Tourismus Moselland. Abruf am 03.02.2012 unter: http://geo.uni.lu/joomla/index.php?option=com_content&task=view&id=1555&Itemid=239

Website IBK – Internationale Bodensee Konferenz. Abruf am 03.06.2013 unter: www.bodenseekonferenz.org/40-Jahre

Website Kanton Aargau. Abruf am 12.12.2012 / 01.02.2013 unter: www.ag.ch/de/bvu/raumentwicklung/strategien_konzepte/raumkonzept_nordwestschweiz/uebersichtskarte/uebersichtskarte_1.jsp

Website Ministère de l'Écologie, du Développement durable et de l'Énergie. Abruf am 20.06.2009 unter: <http://cartorisque.prim.net>

Website Mönchengladbacher Zeitung. Abruf am 15.04.2013 unter: www.mg-heute.de/?p=16116

Website mobility-euregio. Abruf am 08.07.2013 unter: www.mobility-euregio.com

Website Öresundskomiteen. Abruf am 08.08.2013 unter: www.oresundskomiteen.org/en/accessibility-and-mobility

Website Regionalmanagement Burgenland. Abruf am 24.05.2013 unter: www.rmb.at/de/aufgaben/projektmanagement/centrope_capacity

Website REK Nordwest+. Abruf am 18.06.2013 unter: www.ag.ch/media/kanton_aargau/bvu/dokumente_2/raumentwicklung/strategien_konzepte_1/raumkonzept_nordwestschweiz_1/Konzept_inklusive_Anhaenge_hohe_Aufloesung.pdf

Website RLP – Großregion. Abruf am 08.08.2013 unter: www.rlp.de/no_cache/einzelansicht/archive/2013/january/article/grossregion-waechst-zusammen

Website StädteRegion Aachen. Abruf am 15.05.2013 unter: www.staedteregion-aachen.de/wps/portal/internet!/ut/p/c4/XYzBDolwEAX_qLtdhYI3QIwHOZiYKN4a2kATaEmzGg_GbxeOmpfMZfIG7rDM66frNbv9Qg3aDu3qyQlqkhLxE0qt7L-qCpLzwdVZoqael_AdT0aK7rgLa9k69kt7KPMEMUcIorecS4GOEMtP_R90-SUJJYjFPiBQiGuu8sS8x8DQeL80J5mkqvjj8wBs!/

Website TMO – Trinationale Metropolregion Oberrhein. Abruf am 07.02.2013 unter: www.rmtmo.eu

Website Upper Rhine Valley – Tourismus am Oberrhein. Abruf am 06.07.2013 unter: www.upperrhinevalley.com

Website Vierländerregion. Studie „Themenwelt Bodensee“, erstellt von Arthesia AG, Zürich. Im Auftrag der Projektgruppe Themenwelt Bodensee. Abruf am 25.05.2013 unter: www.vierlaenderregion.com/downloads.html

Bildnachweis

Wir bedanken uns für die Überlassung von Bildmaterial. Die Bearbeiter haben versucht, alle Inhaber von Urheberrechten zu kontaktieren. Bei eventuellen Versäumnissen bitten wir, Kontakt mit den Bearbeitern aufzunehmen. Alle Rechte verbleiben bei den Urhebern.

Die Quellen für Abbildungen und Tabellen sind den jeweiligen Abbildungs- und Tabellenverweisen zu entnehmen.

Zudem wurden folgende Fotos zur Verfügung gestellt:

Titelseite: fotolia.com (Fotos), agl auf der Basis von Geodaten des BBSR und Website IKM (Karte)

Seite 28: Dirk Kron, „suedlicht moderation . mediation . planungsdialog“/Freiburg

Seite 29: Euregio Maas-Rhein

Seite 30: IBK-Archiv (Internationale Bodensee Konferenz)

Seite 40: Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm Basel (2012)

Seite 45: Dirk Michler

Seite 50: Stadt Kaiserslautern

Seite 53: Achim Mende

Seite 54: Bodensee Standort Marketing GmbH

Seite 55: AGIT mbH/Andreas Herrmann

Seite 69: Mirko Bastian

Seite 73, 75: Dirk Michler

Seite 76: agl, Saarbrücken

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44 | D-10115 Berlin

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
(BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn
Kontakt: Dr. Rupert Kawka | rupert.kawka@bbr.bund.de

Projektleitung und Sprecherregion des IMeG

Ministerium für Inneres und Sport des Saarlandes
Gerd-Rainer Damm, Leiter der Abteilung Landes- und Stadtentwicklung
Tel.: +49 (0)681 501-4616 | g.damm@innen.saarland.de
Dr. Andrea Chlench, Leiterin des Referats Landesplanung und Bauleitplanung
Tel.: +49 (0)681 501-4260 | a.chlench@innen.saarland.de

Projektpartner

Zweckverband Region Aachen
Artur Hansen | Tel.: +49 (0)241 9631950 | hansen@regionaachen.de
Regionalverband Mittlerer Oberrhein
Dr. Gerd Hager | Tel.: +49 (0)721 35502-20 | rvmo@region-karlsruhe.de
Regionalverband Südlicher Oberrhein
Dr. Dieter Karlin | Tel.: +49 (0)761 70327-10 | rvso@region-suedlicher-oberrhein.de
Regionalverband Hochrhein-Bodensee
Karl Heinz Hoffmann-Bohner | Tel.: +49 (0)7751 9115-10 | hoffmann@hochrhein-bodensee.de
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
Wilfried Franke | Tel.: +49 (0)751 36354-21 | franke@bodensee-oberschwaben.de

Assoziierter Projektpartner

Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz
Petra Schelkmann | Tel.: +49 (0)6131 16-5833 | Petra.Schelkmann@mwkel.rlp.de

Forschungsassistenz, Geschäftsstelle des IMeG und Bearbeitung des Abschlussberichts

agl | angewandte geographie, landschafts-, stadt- und raumplanung | www.agl-online.de
Andrea Hartz | Lydia Schniedermeier
www.metropolitane-grenzregionen.eu | info@metropolitane-grenzregionen.eu

Gestaltung und Satz: Stephanie Bächle, agl

Bildnachweis: s. S. 93

Druck: Druckerei des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bonn

© Berlin/ Bonn, 20. November 2013

